

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
14. Wahlperiode**

Plenarprotokoll 14/13

**13. Sitzung
Kiel, Mittwoch, 30. Oktober 1996**

Stenographischer Dienst und Ausschußdienst - Herausgabe 08.11.96

Tagesordnung:

Transport von lebenden Schlachttieren

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/326

Peter Jensen-Nissen (CDU)

Beschluß: Dringlichkeit bejaht und als Punkt 22 a in die Tagesordnung eingereiht

Gemeinsame Beratung

a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes 1997 (Haushaltsgesetz 1997)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/240

b) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1996 bis 2000

Bericht der Landesregierung

Drucksache 14/300

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Dr. Ottfried Hennig (CDU)

Ute Erdsiek-Rave (SPD)

Irene Fröhlich (BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Anke Spoorendonk (SSW)

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Günter Neugebauer (SPD)

Thomas Stritzl (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)

Hans Siebke (CDU)

Beschluß: Überweisung an den Finanzausschuß und die übrigen Ausschüsse

Persönliche Bemerkungen

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

Dr. Ottfried Hennig (CDU)

Gemeinsame Beratung

a) Arbeitsplatz „Haushalt“

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/231

b) Dienstleistungsagenturen

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/317

Gudrun Hunecke (CDU)

Birgit Küstner (SPD)

Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

Anke Spoorendonk (SSW)

Ingrid Franzen (SPD)
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Beschluß: Überweisung an den Sozialausschuß

Erhaltung der Eutiner Sommerspiele

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/247

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/269

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/325

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)
Sabine Schröder (SPD)
Herlich Marie Todsen (CDU)
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur
Dr. Ernst-Dieter Rossmann (SPD)

Beschluß: Überweisung an den Bildungsausschuß

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/307

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Beschluß: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuß

**Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Dritten Staatsvertrag zur Änderung
rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Dritter Rundfunkänderungsstaatsvertrag) und zur
Verbesserung des Rundfunkgebühreneinzugs**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/284

Beschluß: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuß

* * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

Beginn: 10.04 Uhr

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 6. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlußfähig. Erkrankt sind die Abgeordneten Frau Dr. Winking-Nikolay, der ich von hier aus gute Genesung wünsche,

(Beifall)

und Herr Plüschau, dem ich ebenfalls gute Genesung wünsche.

(Beifall)

Beurlaubt ist Herr Minister Gerd Walter am Nachmittag des heutigen Tages.

Herr Abgeordneter Lehnert - das ist eine erfreuliche Nachricht - hat heute Geburtstag. Ich gratuliere ihm sehr herzlich.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Geburtstagsstrauß ist nun überreicht; ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit. Ich werde eben noch darauf hingewiesen - ich denke, das ist neu für das Hohe Haus -, daß Herr Abgeordneter Zahn noch erkrankt ist. Er wurde operiert, aber er ist auf dem Wege der Genesung. Auch ihm herzliche Genesungswünsche.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Fraktion der CDU hat einen Dringlichkeitsantrag zum Transport von lebenden Schlachttieren eingereicht. Dieser Antrag liegt Ihnen mit der Drucksache 14/326 vor. Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Jensen-Nissen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich denke, dies ist entschieden!)

Peter Jensen-Nissen [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Angesichts der schrecklichen Bilder im Fernsehen, die wir in der vorigen Woche gesehen haben, fühle ich mich ganz persönlich getroffen und zutiefst betroffen über das, was sich hier abspielt. Tiere werden wie Maschinen behandelt, nicht als Geschöpfe, für die wir die Verantwortung tragen. Wir in diesem Hohen Hause sollten den politischen Druck auf die Bundesregierung und insbesondere auf die EU-Kommission verstärken, diesen Zustand zu beenden. Das zur Begründung.

Meine Bitte ist, unseren Dringlichkeitsantrag hier in die Tagesordnung mit aufzunehmen, um das, was wir bereits in der Vergangenheit gesagt haben, heute noch zu verstärken und zu einem gemeinsamen Konsens zu kommen, die Bemühungen des Agrarministers auf der Sonderkonferenz der Landesagrarminister zu unterstützen.

Meine Damen und Herren, ich würde mich sehr freuen, wenn Sie unserem Antrag zustimmen könnten, um dem schrecklichen Tun, das in diesen Häfen passiert, ein Ende zu bereiten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Begründung der Dringlichkeit? - Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann lasse ich über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen. Ich muß Sie darauf hinweisen, daß nach § 51 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung für die Bejahung der Dringlichkeit eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist.

Wer der Dringlichkeit des Antrages Drucksache 14/326 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen. Die Dringlichkeit ist damit bejaht.

(Unruhe)

Ich schlage vor, den Antrag als Punkt 22 a in die Tagesordnung einzureihen. - Ich höre keinen Widerspruch. Wir werden so verfahren.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, etwas aufmerksamer zu werden; das betrifft nicht nur die Abgeordneten.

(Heiterkeit)

Ich habe Ihnen eine Aufstellung über die im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgender Maßgabe zu behandeln.

Zu den Tagesordnungspunkten 9, 10 und 11 ist eine Aussprache nicht vorgesehen. Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 2 und 5, Gesetz über Sonn- und Feiertage, die Punkte 6 und 27, Haushaltsgesetz 1997 und Finanzplan 1996 bis 2000, die Punkte 12 und 21, Arbeitsplatz „Haushalt“ und Dienstleistungsagenturen, die Punkte 15 und 22, Hamburger Hafenschlickdeponie, sowie die Punkte 16 und 19, Elbvertiefung.

Wann die einzelnen Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 6. Tagung.

Fragen zur Fragestunde liegen nicht vor.

Wir werden unter Einschluß einer zweistündigen Mittagspause jeweils längstens bis 18.00 Uhr tagen.
- Ich höre keinen Widerspruch. Wir werden so verfahren.

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich komme darauf zurück, Herr Hentschel. Wir bleiben jetzt im Fahrplan. Ich habe zunächst die Freude, Besucher zu begrüßen - sowohl in der Besucherloge eine Reihe von Gästen als auch auf der Tribüne Schüler und Lehrer des Ernst-Barlach-Gymnasiums von Wedel. Herzlich willkommen.

(Beifall)

- Ich korrigiere mich präzisierender: Schüler und Lehrer der Ernst-Barlach-Realschule aus Wedel. Trotzdem herzlich willkommen.

(Zuruf: Oh, oh!)

- Meine Damen und Herren, diese geschäftsleitende Bemerkung muß nicht zu sehr ausgedehnten Diskussionen führen.

Wir kommen jetzt zur Beratung der Tagesordnungspunkte 6 und 27.

Gemeinsame Beratung

a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes 1997 (Haushaltsgesetz 1997)

Gesetzesentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/240

b) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1996 bis 2000

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/300

Ich erteile jetzt das Wort zur Begründung dem Herrn Minister für Finanzen und Energie.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum ersten Mal bringt eine von Sozialdemokraten und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN getragene Regierung einen Landeshaushalt und eine mittelfristige Finanzplanung in den Schleswig-Holsteinischen Landtag ein.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Bravo!)

Wir können sicherlich nicht alle Wünsche der Anhänger unserer Koalition erfüllen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das war der einzig richtige Satz!)

Wir haben aber doch einige Hoffnungen unserer Gegner zunichte gemacht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erst wurde gesagt: Die Koalitionsverhandlungen scheitern am Geld. Dann wurde gesagt: Die **Koalition** scheitert an der Mai-Steuerschätzung. Schließlich hieß es: Diese Regierung scheitert am

Haushalt. Aber diese Regierung steht, und die Koalition ist arbeitsfähig und stabil.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Und der Haushalt steht auch.

Wir wollen - so steht es im **Koalitionsvertrag** - auch unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen soziale und ökologische **Reformpolitik** machen. Das heißt für den Landeshaushalt: Mut zu Zukunftsinvestitionen, Konsequenz beim Sparen und Gerechtigkeit bei der Verteilung der Lasten! Oder, wie der Bundespräsident es vor einem Monat gesagt hat: „Bei den Opfern, die jetzt auf uns zukommen, muß es soziale Ausgewogenheit geben.“

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Ursula Kähler [SPD])

Nur so kommen wir in den wichtigsten Politikfeldern voran: Arbeitsplätze und soziale Sicherheit, Schulen, Kindergärten, Umweltschutz und Wohnungsbau. Aber es wird immer schwerer. Denn am 24. März dieses Jahres wurde nicht nur die rot-grüne Koalition in Schleswig-Holstein gewählt, für die CDU/CSU und F.D.P. waren die drei Landtagswahlen offensichtlich das Hornsignal zu einer schärferen Gangart in Sachen Sozialabbau. Bündnis für Arbeit - längst vergessen, Halbierung der Arbeitslosigkeit im Jahre 2000 - längst vergessen, Senkung des Solidarzuschlags, Herr Kubicki - schon vergessen - ich hoffe, nicht vom Wähler!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein, nein!)

Statt dessen: Weniger Kündigungsschutz, weniger Lohnfortzahlung, höheres Rentenalter, Exodus bei ABM! Diese Politik schafft weder Wachstum noch mehr Beschäftigung.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Diese Politik ist auch nicht Umbau oder Bekämpfung von Mißbrauch, nein, die Bundesregierung stellt die Idee des Sozialstaats selbst in Frage.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Wozu sind wir in der Bundesrepublik Deutschland mit dem Grundgesetz und mit der Demokratie einmal angetreten? - Doch zumindest dafür, den Interessen aller Staatsbürger in annähernd gleicher Weise gerecht zu werden. Diese Mindestanforderung erfüllt die Bundesregierung mit ihren Sparpaketen jedenfalls nicht.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]:
Kommen Sie mal zu unserem Haushalt, Herr Minister!)

Ministerpräsidentin Heide Simonis hat in der Regierungserklärung gesagt: „Wir setzen klare Maßstäbe, an denen wir uns orientieren und messen: Arbeit schaffen, Umwelt schützen, Gemeinsinn stärken.“

Mit dem Entwurf für den **Haushalt 1997** und die **mittelfristige Finanzplanung** zeigen wir, daß es auch anders geht als in Bonn, vor allem gerechter.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der erste Haushalt der Koalition von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzt auf Kontinuität, und er setzt natürlich auch neue Akzente. Unsere Finanzplanung basiert auf einem **Wirtschaftswachstum** von real 2 bis 2,5 %. Das haben alle Institute und der Finanzplanungsrat prognostiziert. Diese Daten scheinen sich zu erhärten.

In Schleswig-Holstein war und ist das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts höher als in Westdeutschland gewesen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber doch nur wegen des time-lag! Das wissen Sie doch auch!)

Dieses bescheidene Wachstum des Bruttoinlandsproduktes allerdings geht am Arbeitsmarkt völlig vorbei. Denn ein Wirtschaftswachstum in dieser Höhe reicht nicht über den Produktivitätsanstieg hinaus und wird deshalb auf dem Arbeitsmarkt nicht viel bewegen, jedenfalls nicht in die richtige Richtung.

Graf Lambsdorff - wo er recht hat, hat er recht, leider! -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Guter Mann!)

hat ehrlich eingeräumt: Deutschland ist nicht auf dem Weg von vier auf zwei Millionen Arbeitslose, sondern von vier auf fünf Millionen. Deshalb ist der Rückzug der Bundesregierung aus der aktiven Arbeitsmarktpolitik schlicht katastrophal, vor allem für die neuen Länder.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für unseren Landeshaushalt gilt auch 1997 und für die Jahre danach: Die **Bekämpfung der Arbeitslosigkeit** hat höchste Priorität.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für aktive Arbeitsmarktpolitik will die Landesregierung 1997 fast 66 Millionen DM einsetzen. Das sind 10 Millionen DM mehr als in diesem Jahr. Aber damit können wir die Kürzungen der Bundesregierung bei der Bundesanstalt für Arbeit in Milliardenhöhe nicht ersetzen.

Sie wissen, daß wir innerhalb nur eines Jahres von der Steuerschätzung Mai 1995 bis zur Steuerschätzung Mai 1996 die **Einnahmeerwartung** für die Jahre 1996 bis 1999 um rund 4,7 Milliarden DM nach unten korrigieren mußten. Das sind rund 9 % der Steuereinnahmen. Allein in diesem Jahr haben wir bereits zwei Kürzungsaktionen mit rund 400 Millionen DM hinter uns.

Noch vor einigen Wochen sah es so aus, als ob Schleswig-Holstein deutlich unter dem für 1996 geschätzten Steueraufkommen bleibt. Ende Juli lagen wir 1,6 % hinter dem Vorjahresstand. Ich habe im Finanzausschuß darüber berichtet. Aber nicht nur der September mit einem Zuwachs von fast 13 % gibt Hoffnung. Es ist Ausdruck einer offenbar leicht anziehenden **Konjunktur**. Die Bundesbank hält ein Wachstum von 1 % in diesem Jahr, die Gutachter - so wurde gestern bekannt - halten sogar ein Wachstum von 1,5 % für möglich. Aber wir haben auch aktiv dazu beigetragen: mit

schnelleren Steuerbescheiden, mit Personalverstärkung bei der Betriebsprüfung, der Steuerfahndung und den Vollstreckungsstellen.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Nicht zuletzt wegen der für Dezember bereits festgesetzten und uns bekannten Vorauszahlungen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer habe ich gute Gründe, das **Steueraufkommen** dieses Jahres optimistischer einzuschätzen als noch vor wenigen Wochen. Ich gehe davon aus, daß wir 1996 in keine größeren konjunkturbedingten Haushaltsrisiken laufen und daß das Haushalts-Soll bei den Steuereinnahmen in etwa erreicht wird. Ganz genau kann man das wegen des Finanzausgleiches nie schätzen.

Unser größtes Haushaltsrisiko ist nicht die Konjunktur. Unser größtes Haushaltsrisiko heißt Bonn.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Haushalts- und Steuerpolitik der Bundesregierung ist völlig unkalkulierbar geworden. Hierüber wird heute sicherlich im Bundestag ausführlich diskutiert. Wer diese Diskussion heute nicht verfolgen kann, sollte sich vielleicht einmal den Leitartikel der „FAZ“ von heute zu Gemüte führen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Wie sollten wir dieser Debatte zuhören können, wenn wir Ihnen zuhören?)

Den empfehle ich insbesondere der rechten Seite dieses Hauses.

Das Jahressteuergesetz 1996 hat uns in diesem Jahr 228 Millionen DM gekostet. Über das **Jahressteuergesetz 1997** wird zur Zeit hart verhandelt. Die SPD hat dabei den größten Skandal verhindert. Die Abschaffung der Vermögensteuer wird nicht durch eine Verschiebung der im letzten Jahr beschlossenen Kindergelderhöhung mitfinanziert. Die Kindergelderhöhung kommt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Tolle Tat!)

Die **Abschaffung der Vermögensteuer** bedeutet für Schleswig-Holstein im Jahre 1997 zirka 270 Millionen DM Mindereinnahmen. Das ist für den Finanzminister bedauerlich, das ist aber vor allem ein gesellschaftspolitischer und verteilungspolitischer Skandal.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Wo schafft das Wachstum, wo Beschäftigung? Diese Politik macht aus Wachstum und Beschäftigung Tarnbegriffe für Sozialabbau und ist Verteilungspolitik von unten nach oben, die immer mehr Menschen an den Rand drängt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Wir werden im Finanzausschuß Gelegenheit haben abzugleichen, wie die Vermögensbesteuerung in anderen Industriestaaten ist.

(Holger Astrup [SPD]: In den USA!)

Sie geht in anderen Industriestaaten, gemessen am Bruttosozialprodukt, nach oben. Nur bei uns soll sie in Richtung Null gefahren werden.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb werden wir - Schleswig-Holstein und andere Länder - am 8. November einen Gesetzentwurf für die Beibehaltung der Vermögensteuer im Bundesrat einbringen.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang
Kubicki [F.D.P.]: Ein bißchen spät!)

Die jetzige Fassung des Jahres 1997, also die Fassung des Finanzausschusses, führt nach unserer internen Schätzung zu Steuermindereinnahmen von zirka 100 Millionen DM im Jahre 1997 und von fast 500 Millionen DM bis zum Jahre 2000. Das ist nicht akzeptabel. Wir werden im Bundesrat und im Vermittlungsausschuß für eine weitere Kompensation kämpfen, zum Beispiel durch den Erhalt der privaten Vermögensteuer oder durch einen vorgezogenen Subventionsabbau.

Die tatsächlichen finanziellen Konsequenzen des Jahressteuergesetzes 1997 müssen wir mit der

Nachschiebeliste bereinigen. Eine Erhöhung der Neuverschuldung will ich in jedem Fall vermeiden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das können Sie gar nicht!)

Die Haushaltsrisiken durch die große Steuerreform 1998/99 sind noch nicht abzuschätzen und können zur Zeit auch noch nicht Gegenstand der mittelfristigen Finanzplanung sein.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat sich ehrgeizige finanzpolitische Ziele gesetzt. Die Nettokreditaufnahme wird bis zum Jahre 2000 schrittweise auf 800 Millionen DM gesenkt.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]:
Deswegen tun Sie erst einmal das Gegenteil!)

Die **Neuverschuldung 1997** liegt mit 1 190 000 000 DM deutlich unter der tatsächlichen Neuverschuldung der Jahre 1995/96, die konjunkturbedingt höher ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was ist das für ein Vergleich!)

Wir werden weder 1996 noch 1997 Schwierigkeiten bekommen mit der Verfassungsgrenze gemäß Artikel 53 der Landesverfassung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie wissen, daß Sie 1997 darüberkommen!)

Selbst wenn wir, wie wir gesagt haben, im Jahre 1996 eine Restkreditermächtigung in Anspruch nehmen, werden wir nach unseren Zahlen darunter bleiben.

Die **Nettoausgaben** werden im Durchschnitt der Jahre 1997 bis 2000 um 2 % steigen. 1997 sinken die Nettoausgaben um 0,3 %. Nach Steigerungsraten von 1,5 % im Jahre 1995 und einem Minus im Jahre 1996 ist das eine weitere beachtliche Ausgabensenkung. Im Haushaltssoll liegen nur Niedersachsen und Brandenburg noch unter diesen Ansätzen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sagen Sie, daß Sie dafür gar nichts können!)

Und, Herr Kubicki, selbstverständlich ist uns dabei für 1997 auch die Pflegeversicherung etwas zugute gekommen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nicht nur die!)

Wir haben, wenn man die Einsparungen aus der Pflegeversicherung und die Mehrausgaben, die wir durch die Pflegeversicherung im investiven Bereich haben, einrechnet, rund 30 Millionen DM netto weniger Ausgaben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Landesblindengeld!)

Aber unsere tatsächliche **Sparleistung** ist zum Beispiel daran abzulesen, daß die Nettoeinnahmen lediglich um 89 Millionen DM steigen, aber allein die Ausgaben für Zinsen um 81 Millionen DM und die für Pensionen um 43 Millionen DM zunehmen.

Die **mittelfristige Finanzplanung** 1996 bis 2000 sieht gegenüber der bisherigen mittelfristigen Planung für 1996 bis 1999 **Ausgabenkürzungen** von 3,8 Milliarden DM vor. Sie reduziert die alte Planung ab 1997 jährlich um 1 Milliarde DM. Das ist bereits ausgehandelt; denn wir wissen: Nur wenn Einsparungen in diesen Größenordnungen erfolgen, kann die durchschnittliche Steigerungsrate von 2 % eingehalten und die anvisierte Rückführung der Neuverschuldung realisiert werden. Das sind ehrgeizige Ziele, aber sie sind erreichbar.

Die **Kreditfinanzierungsquote** wird nach der mittelfristigen Planung von 8,9 % im Jahre 1996 auf 5,2 % sinken. Damit erreichen wir das Niveau der finanzstarken westlichen Flächenländer. Zur Erinnerung - das ist immer wichtig für die Opposition -: 1975 lag die Kreditfinanzierungsgrenze in Schleswig-Holstein bei 17 %, 1983 bei 14,6 % und 1988 bei 10,4 %. Ich denke, aus diesen Zahlen wird deutlich, daß es uns gelungen ist, jedenfalls den Indikator Kreditfinanzierungsgrenze deutlich nach unten zu stellen.

Aber nach wie vor bleibt richtig, daß die Pro-Kopf-Verschuldung unseres Landes mit über 10 000 DM pro Einwohner Ende dieses Jahres oder im Jahre 1997 sehr hoch ist. Deshalb gibt es zur Rückführung der Nettoneuverschuldung keine Alternative.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Haushaltskonsolidierung ist auf allen staatlichen Ebenen unumgänglich; doch das geht nicht nur über Sparprogramme. Deshalb warne ich vor allzu großzügigen Versprechungen in bezug auf die große **Einkommensteuerreform**. Alle Parteien sind sich darüber einig, den Eingangs- und den Spitzensteuersatz zu senken und die Bemessungsgrundlage zu erweitern. Aber die SPD wird sich nicht frühzeitig auf einen neuen Spitzensteuersatz festlegen, solange nicht feststeht, welche und wie viele Subventionen abgebaut werden und wie die Bemessungsgrundlage erweitert wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insbesondere in Sachen Subventionsabbau hat diese Bundesregierung bisher alle selbstgesteckten Ziele nicht erreicht. Möllemann läßt grüßen!

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Soll ich ihm das ausrichten?)

Ich halte es deshalb für grob fahrlässig, wenn Koalitionspolitiker jetzt im Vorfeld der Diskussion Nettoentlastungen von 30 Milliarden bis 50 Milliarden DM versprechen. Wir haben das gerade erlebt. Herr Kubicki, Steuerlügen haben kurze Beine.

(Beifall bei der SPD)

Wir gehen einen verantwortbaren Mittelweg, der unseren politischen Handlungsspielraum sichert, wichtige Zukunftsinvestitionen ermöglicht und den Haushalt konsolidiert.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Herr Präsident, ich möchte eine Anregung an den Ältestenrat geben: Der Abgeordnete Kubicki ist immer so nervös. Könnte er in Zukunft als erster reden? Dann ist er vielleicht etwas ruhiger.

(Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn sich Staat und Gesellschaft auf längere Zeit einschränken müssen, weil die Verteilungsspielräume kleiner werden, dann müssen die Lasten allerdings einigermaßen gerecht verteilt werden.

(Meinhard Füllner [CDU]: Das ist ein Schlagwort!)

Die Bundesregierung tut das nicht. Wenn aber die Regierung ihre soziale Verantwortung an den Nagel hängt und wenn sich in einer Gesellschaft die Meinung breitmacht, der Ehrliche ist der Dumme, dann gibt es eben die Quittung: wachsende Korruption, Wirtschaftskriminalität, Steuerhinterziehung, bis hin zum Rechtsradikalismus. Das zieht sich leider durch unsere ganze Gesellschaft.

Sparen heißt eben nicht, nur einen Teil der Gesellschaft gezielt auszuquetschen. **Sparen** heißt vor allem **Handlungsfähigkeit** sichern, Handlungsfähigkeit für **Zukunftsinvestitionen** auch des Staates. Wenn die Spielräume schrumpfen, müssen eben Prioritäten sorgfältig gesetzt werden. Darüber kann man sicherlich politisch streiten.

Ich will zwei **Prioritäten** nennen. Das Land hat zum Beispiel seit 1989 445 Millionen DM in den Ausbau der Hochschulen investiert. Das war eine richtige Zielsetzung und Priorität.

(Beifall bei der SPD)

Das Land Schleswig-Holstein hat im Energiesektor seit 1989 mit über 175 Millionen DM öffentlicher Fördermittel Investitionen in Höhe von 830 Millionen DM angeschoben und damit 1500 Arbeitsplätze in der Windenergie geschaffen.

(Beifall bei der SPD)

Was zum Beispiel wäre die Westküste heute ohne die Windenergie, ohne die Fachhochule Heide und ohne den Technologiestandort Itzehoe?

(Beifall bei der SPD)

Der Markt allein bringt einen solchen Strukturwandel nicht. Wir konsolidieren, um Handlungsfähigkeit für Zukunftsinvestitionen zu sichern. Deshalb werden wir für den Haushalt 1997

strukturelle und dauerhafte Einsparungen vorschlagen, die natürlich auch wehtun. Kürzen und niemandem wehtun - das geht nicht.

Der Vorwegabzug nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz wird dauerhaft auf 15,75 Millionen DM halbiert. Die Förderzuschüsse für Unterhaltsmaßnahmen nach dem Landeswassergesetz werden um 1,2 Millionen DM gesenkt. Die Mittel für den Bau von Landesstraßen werden um 2 Millionen DM gesenkt. Die sechsmonatige Wiederbesetzungssperre für alle Ressorts spart 20 Millionen DM - ausgenommen natürlich der Lehrerbereich. Wir kürzen die Zuschüsse im Hochschulbereich um insgesamt 12 Millionen DM.

(Zurufe von der CDU: Das ist unerhört! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

- Das sind 1,5 %. Darüber wird in diesem Hause sicherlich noch gestritten werden.

Wir kürzen bei der Landwirtschaftskammer. Auch 1997 gibt es eine Nullrunde bei den Gehältern der Minister und Staatssekretäre. Wir kürzen bei den Reisekosten um 1,6 Millionen DM. Von der Feuerschutzsteuer werden vorab 17 % für zentralen Brandschutz und Katastrophenschutz bereitgestellt.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Für Gehälter! - Weitere Zurufe von der CDU: Für Beamte im Ministerium! - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Ein Wortbruch ist das! - Lachen bei der SPD)

Diesen Weg haben auch andere Länder beschritten. Ich sage ausdrücklich: Im Abgleich mit den Sparvorschlägen in anderen Bereichen, die ich genannt habe, halte ich einen solchen Einschnitt - da sich der Bund aus dem Katastrophenschutz zurückgezogen hat - für vertretbar.

(Zurufe von der CDU: Brandschutz!)

Es geht nicht etwa um einen dramatischen Einschnitt oder Minderausgaben; es geht darum - dazu steht die Landesregierung -, die Feuerschutzsteuer auf dem bisherigen Niveau der letzten Jahre zu erhalten.

(Zurufe von der CDU)

Das sind gezielte, strukturelle Maßnahmen, aber gewiß kein Kahlschlag, wie die CDU meint. Die CDU spielt ein doppelbödiges, populistisches Spiel.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei
der CDU)

Ich gehe davon aus, daß Sie heute im Landtag noch gravierendere Einschnitte fordern werden.

(Holger Astrup [SPD]: Jede Menge!)

Vor Ort aber organisieren Sie den Widerstand in Sachen Reiterstaffel und Brandschutzsteuer.

(Beifall bei der SPD - Meinhard
Füllner [CDU]: Für Sicherheit! -
Holger Astrup [SPD]: Populisten! -
Zuruf des Abgeordneten Wolfgang
Kubicki [F.D.P.]

Den Sparmaßnahmen stehen solche Maßnahmen gegenüber, die Bürgerinnen und Bürgern helfen sollen, die es heute ganz besonders schwer haben. Das Wohnungsbauprogramm des Landes wird mit 4000 Wohnungen 1997/98 auf hohem Niveau fortgesetzt.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang
Kubicki [F.D.P.]

Die Erfüllung des Rechtsanspruches auf den Kindergartenplatz verfolgt die Landesregierung mit ungebrochenem ambitioniertem Programm. 25 Millionen DM Investitionen, zusätzliche Aufstockung des Investitionsfonds bei der Investitionsbank um 20 Millionen DM, und natürlich steigen auch die Zuschüsse für das pädagogische Personal um 4 Millionen auf 79 Millionen DM. Da ich weiß, daß Sie förmlich darauf warten, möchte ich Ihnen die Zahl aus dem Haushalt 1987 nennen: 1,8 Millionen DM für Kindertagesstätten - Investitionen und Zuschüsse. Das war Ihre Politik.

(Zurufe von der CDU)

Wir haben 8,8 Millionen DM für die Bekämpfung des Suchtmittelmißbrauchs und die Aids-Prävention veranschlagt. Für das einkommensabhängige

Pflegewohngeld und für Zuschüsse zu den ambulanten sozialen Diensten sind über 42 Millionen DM eingeplant. In der Altenpflegeausbildung haben wir den Ansatz auf 2,4 Millionen DM erhöht und können damit der deutlich gestiegenen Zahl der Auszubildenden Rechnung tragen. Es wird 1 Million DM Startgeld für das landeseigene Krebsregister geben, und natürlich wird es auch 1,4 Millionen DM für die weiteren Leukämieuntersuchungen geben.

Entgegen den Äußerungen hier im Hause bin ich guter Hoffnung - da sich Herr Hirche, übrigens ein Parteifreund von Ihnen, Frau Happach-Kasan, ausdrücklich für die weitere Ursachenforschung ausgesprochen hat -, daß wir vielleicht doch einen Mitfinanzier finden.

(Dr. Christel Happach-Kasan
[F.D.P.]: Aber nicht für diese
Fallkontrollstudie!)

2,4 Millionen DM für die Flüchtlingsarbeit, 700 000 DM für neue Projekte für Jugendliche, die Fördermittel für frauenpolitische Maßnahmen werden deutlich aufgestockt, um 3,8 Millionen DM im nächsten Jahr.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Der **Haushalt 1997** zeigt: **Sparpolitik** ist nicht gleich Sozialabbau.

(Zuruf von der CDU: Klientelpolitik!)

Einen Wettlauf mit dem Rest der Welt um den niedrigsten Lohn, die niedrigsten Steuern und die bescheidensten Sozialleistungen werden wir allerdings nicht gewinnen können. Vielleicht kann das Korea mit Arbeitszeitgesetzen aus der Zeit der Militärherrschaft oder Indonesien oder Burma. Wir nicht.

Wir setzen in unserem Haushalt auf **Innovation** und **Beschäftigung**, und wir werden die Wirtschaft weiterhin unterstützen, ihre Wettbewerbsposition zu sichern, Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Das Programm zur Unterstützung der schleswig-holsteinischen Werften und Sicherung der Arbeitsplätze wird insgesamt auf 37,5 Millionen DM aufgestockt. Wenn schon der Subventionsabbau im Steuerbereich in Zukunft

nicht zu verhindern ist, appelliere ich an alle hier im Hause, sich gegen die abenteuerlichen Pläne des Finanzausschusses des Bundestages auszusprechen, das rückwirkend durchzuführen; das hätte katastrophale Auswirkungen auf die Arbeitsplatzsituation mehrerer Werften in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der SPD)

1997 wird das Wagniskapitalprogramm um 2 Millionen DM auf 5 Millionen DM aufgestockt. Es ist ein anderes Finanzierungssystem, aber wir werden in verstärktem Umfang von diesem Instrument Gebrauch machen können. Wir werden jährlich 1 Million DM Gehaltskostenzuschüsse für Hochschulabsolventen als Innovationsassistenten bereitstellen, für das Programm zur Rüstungs- und Standortkonversion KONVER 11,5 Millionen DM aus EU-Mitteln, 10 % Komplementärmittel des Landes. Die Mittel für das Regionalprogramm werden 1997 wie versprochen von 22,5 Millionen auf 32,5 Millionen DM aufgestockt. Für die Förderung der ländlichen Räume sind 65 Millionen DM, für den Küstenschutz 70 Millionen DM vorgesehen, für die einzelbetriebliche Förderung der Landwirtschaft und die Förderung der Ernährungswirtschaft 87 Millionen DM.

Wir verknüpfen **Arbeit und Umwelt**. Investitionsschwerpunkte sind der Grundwasserschutz, finanziert aus Mitteln der Abwasserabgabe, Abfallverwertung, finanziert aus Mitteln der Abfallabgabe. Der Ansatz für Flächenschutz wird auf rund 24 Millionen DM erhöht. Für den Radwegebau sind 19 Millionen DM vorgesehen, für den ökologischen Landbau 3,1 Millionen DM, für Maßnahmen der ökologischen Technik und Wirtschaft 2,3 Millionen DM.

Die gesamten Bauinvestitionen halten wir mit 224 Millionen DM Landesmitteln - davon mehr als die Hälfte für den Hochschulbau - konstant. Die gesamten investiven Ausgaben des Landes werden mit 1,6 Milliarden DM immerhin auf dem Stand des Vorjahres gehalten. Auch ich wünschte mir hier positivere Zahlen, bei der gegenwärtigen Haushaltssituation ist das allerdings nicht möglich.

Auch **Kultur** ist ein wichtiger **Wirtschaftsfaktor**. Deshalb wird neben der bewährten

Theaterförderung als Schwerpunkt weiterhin in den Museumsstandort Schleswig, in beide Museen, auch personell, investiert. Das Schleswig-Holstein Musik Festival soll auch in Zukunft 4 Millionen DM erhalten.

Der vielleicht härteste Brocken bei der Haushaltssanierung sind die **Personaleinsparungen**. Die Opposition hat in ihrer Haushaltspressekonferenz dieses Thema in den Mittelpunkt gestellt. Bleiben Sie dabei bitte ehrlich und realistisch: Auch wo die CDU regiert, geht der Stellenabbau nicht schneller,

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Sie machen doch gar keinen Abbau, sondern Aufbau! 91 Stellen mehr! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Auf Bundesebene passiert das doch!)

auch dort wird im Personalhaushalt mit Wasser gekocht. - Schleswig-Holstein liegt nach einer Statistik des Bundesfinanzministeriums mit seiner Personalausgabenquote von 39,8 % im Ist-Ergebnis 1995 deutlich unter dem Durchschnitt von 42,4 % in den alten Flächenländern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe auch die aktuellen Zahlen für das Haushaltssoll 1996: Da liegen wir bei 39,1 %, die alten Flächenländer bei 41,9 %. Unser Ziel ist klar: In den nächsten vier Jahren wollen wir 1600 Stellen einsparen und die Personalausgabenquote weiter nach unten drücken.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Reine Heuchelei! Wieso weiter?)

- Auch Sie werden irgendwann dahinterkommen, daß man nicht die Köpfe zählt, sondern in Kosten rechnet.

(Holger Astrup [SPD]: Das glaube ich nicht! - Beifall bei der SPD)

Deshalb ist die Personalkostenquote so wichtig.

(Holger Astrup [SPD]: Das begreifen die nicht!)

Um unsere Zielsetzung zu erreichen, die Personalkostenquote mittelfristig auf unter 39 % zu senken, bedarf es neben unseren eingeleiteten Personalmaßnahmen einiger Punkte mehr.

Zum Beispiel: Das Projekt „Kritik und Aufgabenanalyse“ muß auch zu einer Personalkostensenkung führen. Erforderlich ist, daß uns der Bund mit der Dienstrechtsreform neue Handlungsmöglichkeiten schafft, mit einer deutlichen Entlastung bei den Versorgungslasten sofort und nicht erst im Jahr 2015, wie es Herr Kanther vorschlägt. Das Thema Versorgungsbericht will ich hier nicht im einzelnen erörtern. Ich finde es nur interessant, daß Herr Kanther zwar den Fehler macht, daß er das ganze Problem auf das nächste Jahrhundert verschiebt, aber genau die Idee, eine Rücklage anzusammeln, um den Spitzenbedarf der Versorgungslast zu untertunneln, liegt auch unseren Pensionsrückstellungen zugrunde.

(Beifall bei der SPD - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist unseriös! Da lacht der Herr Kanther sich tot! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schlichtweg Unsinn!)

Jeder, der sich seriös mit dieser Materie beschäftigt, weiß: Personaleinsparung in der öffentlichen Verwaltung ist das Bohren ganz dicker Bretter; verbale Kraftmeierei hilft da nicht weiter. Entlassungen wird es beim Land auch in Zukunft zur Senkung der Personalkosten nicht geben.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Im Kabinett wäre das aber hilfreich!)

Wir werden bis zum Jahr 2000 alle im Haushalt 1996 ausgebrachten kw-Vermerke realisieren und die für die Jahre nach 2000 terminierten kw-Vermerke vorziehen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das machen wir dann schon!)

Der Personalabbau von 1600 Stellen bis zum Jahr 2000 verteilt sich über alle Ressorts.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Sie tun doch das Gegenteil! Wie können Sie das immer wiederholen?)

Bis die für das jeweilige Ressort vorgesehene Stelleneinsparung erbracht ist, fällt jede zweite freiwerdende Stelle weg.

Generell ausgenommen werden von der Personaleinsparung die Schulen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und der Finanzminister!)

Im Jahr 1997 erhalten die Schulen 150 neue Stellen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, werden wir bis zum Jahr 2000 auch 450 zusätzliche **Lehrerstellen** bereitstellen und finanzieren, und zwar im Angestelltenbereich.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Letztes Jahr haben Sie noch behauptet, das ginge gar nicht!)

187 neue Stellen sind für die Übernahme von ausgebildeten Nachwuchskräften ausgebracht, und die Landesregierung wird alle für die Landesverwaltung Ausgebildeten auch übernehmen. Wenn Sie das anders sehen: Bitte sagen Sie es offen und ehrlich.

Im Personalhaushalt der **Polizei** werden mit insgesamt 4,5 Millionen DM fast 500 Beförderungen neben den durch Abgänge ermöglichten Beförderungen durchgeführt. Für mehr Steuergerechtigkeit werden für die **Steuerfahndung** fünf, für die Betriebsprüfung 20 und für die Vollstreckung fünf zusätzliche Stellen bereitgestellt.

(Beifall bei der SPD)

Ich will gar nicht darum herumreden: Insgesamt sind im Jahr 1997, in dem wir natürlich Stellen abgebaut haben, auch neue Stellen geschaffen worden. Davon sind 311 Nachwuchsstellen. Daraus ergibt sich eine absolute Steigerung von 92 Stellen, zwölf davon mit einem Sperrvermerk und 38 kostenneutral.

Meine Damen und Herren von der Opposition, die Übernahme von Auszubildenden, 150 neue

Lehrerstellen, die Verstärkung der Steuerfahndung und Betriebsprüfung sind - soweit ich das sehe - auch Forderungen der Opposition, und ich schließe nicht aus, daß hier in den Haushaltsberatungen noch draufgesetzt werden soll. Wir jedenfalls stehen dazu. Deshalb: Personalkostensenkung ja, aber für neue, wichtige Aufgaben muß es auch gezielt und sparsam neue Stellen geben, und nur solche haben wir eingesetzt.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen Aufgaben und Bürokratie über Bord werfen, eine bessere Wirtschaftlichkeit und eine höhere Produktivität erzielen, kurz: die Staatstätigkeit durchgreifend modernisieren. Wir setzen dabei auf **modernes Personalmanagement**, auf Aufgabenanalyse und Aufgabenkritik und auf konsequenten Einsatz von Informationstechniken. MESTA, COMPASS, FISKUS sind die Stichworte. Wir setzen dabei auf die organisatorische Verselbständigung von Aufgaben - wie bei den Fachkliniken geschehen -, auf die Budgetierung von Haushaltsansätzen, verbunden mit der Einführung einer **Kosten-Leistungs-Rechnung** für die gesamte Landesverwaltung. Darüber haben wir im Finanzausschuß ausführlich berichtet, und ich freue mich außerordentlich, daß wir gerade in der Landesbauverwaltung mit einer transparenten Kosten-Leistungs-Rechnung im Jahr 1997 beginnen.

Bei der Modernisierung geht es nicht nur darum, Kosten zu sparen. Es geht ebenso darum, die öffentliche Verwaltung zu befähigen, mit neuen Anforderungen fertig zu werden. Abspecken allein ist also nicht die ganze Lösung.

Meine Damen und Herren, die Haushaltsrede war auch geprägt von der politischen und sozialen Situation, wie sie mit dem Sparpaket der Bundesregierung entstanden ist. Soweit wir es aus eigener Kraft vermögen, stellen wir in **Schleswig-Holstein** die Weichen anders: mit gezielten Investitionen in die **Zukunft** des Landes - Hochschulen, Infrastruktur, Technologie -, mit einer ambitionierten Ökologiepolitik, die Arbeit und Umwelt verknüpft, mit einem Konsolidierungskurs, der jene schont, die sich aus eigener Kraft nicht helfen können.

Die Evangelische Kirche und die Katholische Bischofskonferenz haben 1994 in dem „Wort zur

wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ dieser Bundesregierung einiges ins Stammbuch geschrieben. Ich zitiere:

„Die Wirtschafts- und Strukturkrise hat nicht nur die Verteilungskämpfe verschärft und Grenzen der Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme aufgezeigt. Sie hat auch offenbart, in welchem Ausmaß der Sinn für das Wohl aller Menschen verlorengegangen ist und daß versäumt wurde, diesen Sinn wachzuhalten beziehungsweise zu wecken.“

Das soll und wird in Schleswig-Holstein nicht geschehen. Wenn gespart werden muß, ist das wichtigste Gebot Gerechtigkeit bei der Verteilung der Lasten. Dafür steht diese rot-grüne Landesregierung.

(Anhaltender Beifall bei SPD und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Grundsatzberatung. Das Wort hat der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Abgeordneter Dr. Hennig.

Dr. Ottfried Hennig [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, Thema verfehlt!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ein gutes Drittel war Bundespolitik. Das gehört hier nicht her,

(Ursula Kähler [SPD]: Das sagen Sie seit fünf Jahren jedes Mal als ersten Satz!)

und der Rest war kleinklein. - Schön, daß Sie sich gleich wieder erregen; das tut Ihnen bestimmt gut.

Wir beraten hier aber nicht das Steueränderungsgesetz im Bund. Wir machen hier auch keine Wahlkampfzeröffnung. Herr Minister, wenn Sie das tun wollen, dann ist das Ihr Bier. Ich glaube, Ihrer eigenen Verantwortung entsprechen Sie damit in einer völlig unzureichenden Weise, und ich bin auch ganz sicher, daß unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger diese ständigen

Rituale des Hin- und Herschiebens von Verantwortung zwischen Bund und Ländern außerordentlich leid sind.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Konrad Nabel [SPD]: Wenn das nur Rituale wären! Aber es geht doch um die Substanz!)

Tun Sie in Ihrer Funktion Ihre Pflicht, und mäkeln Sie nicht ständig über Dritte und über andere, die auch ihre Pflicht tun müssen.

Heute beraten wir den ersten rot-grünen **Haushalt** in der Geschichte unseres Landes. Das ist das Thema.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Die Erregungszustände werden sich von Jahr zu Jahr immer mehr legen; da bin ich ziemlich sicher. Es ist doch auch gar kein Anlaß dafür gegeben. - Das ist das Thema der heutigen Debatte, und die Fakten liegen auf dem Tisch. Anstatt die **Neuverschuldung** zu senken, wie Sie das hier erneut dreimal versprochen haben, Herr Minister, steigern Sie die Neuverschuldung um 115 Millionen DM auf 1,2 Milliarden DM. Das ist der Fakt. Wie Sie mit einer solchen Politik die Neuverschuldung um 400 Millionen DM binnen vier Jahren senken wollen, bleibt aufgrund der Fakten völlig unerfindlich. Dafür gab es nicht den geringsten Hinweis.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das macht er schon seit Jahren!)

Das sind Ankündigungen, die Sie nie einlösen können.

(Beifall bei der CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das macht er auch schon seit Jahren!)

Anstatt Personal abzubauen, worüber Sie über weite Passagen gesprochen haben - Sie haben doch versprochen, 1600 Stellen in vier Jahren abzubauen, das ist Ihre großartige Ankündigung -, schaffen Sie 91 zusätzliche Stellen. Das ist doch die Wahrheit in diesem Haushalt. Die **Personalkostenquote**, von der Sie immer sagen,

sie solle sinken, steigt. Sie steigt von 39,5 % auf 39,7 %; das bedeutet: Immer mehr Geld fließt in die Personalausgaben und fehlt für Investitionen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Aber Investitionen sind gleichbedeutend mit Arbeitsplätzen.

(Ursula Röper [CDU]: So ist es!)

Genau da steht in Ihrem Haushaltsentwurf: Fehlanzeige!

Sie kürzen quer durch die Landschaft. Vereine und Verbände, die zum Teil seit Jahrzehnten eine hochanerkannte Arbeit in diesem Lande leisten, müssen jetzt um ihre Förderung fürchten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Dem Grenzverein streichen Sie 173 000 DM. Die Europäische Akademie in Leck wollen Sie ganz dichtmachen, dem Schleswig-Holsteinischen Heimatbund streichen Sie 29 000 DM, den Dänen - Frau Spoorendonk! - für ihre Kulturarbeit 100 000 DM, und auch die Friesen bekommen Ihre **Kürzungen** zu spüren.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie alle! - Widerspruch bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nicht wie alle!)

Für die kulturellen Belange von Aussiedlern stehen im nächsten Jahr nicht einmal mehr halb so viele Mittel zur Verfügung wie im Vorjahr, und den Feuerwehren rauben Sie einfach 4,5 Millionen DM aus der Feuerschutzsteuer,

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: Ihre Sprache ödet mich an!)

Mittel, die ausweislich des Gesetzes ausschließlich für Zwecke des Brandschutzes vorgesehen sind. Diese Mittel nehmen Sie den Feuerwehren dennoch weg. Wenn Sie dann noch dazwischenrufen, „die bekommen ja nicht weniger, weil das Aufkommen gestiegen ist“, dann kann ich nur sagen: Was für eine absurde Logik ist das!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich bin sicher, daß die Bevölkerung sehr gut weiß, wie es um die Finanzen des Landes steht,

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nur Sie nicht!)

und daß eine Regierung Verständnis für unangenehme Einsparungen finden wird, Herr Hentschel, wenn diese Einsparungen wirklich der **Haushaltskonsolidierung** dienen und gerecht vorgenommen werden.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eben!)

Genau das tun sie aber nicht.

(Ursula Röper [CDU]: Richtig!)

Sie nehmen den einen das Geld, um es an andere wieder mit vollen Händen auszugeben und zu verteilen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es ist doch so - und welches dieser aufgezählten Fakten ist falsch? -: Die Ministerpräsidentin marschiert voran: eine neue Stelle für einen hauptamtlichen Behindertenbeauftragten,

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

eine neue Stelle für einen hauptamtlichen Kinderbeauftragten.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Stellenzahl in der Staatskanzlei steigt - jetzt bitte ich ebenfalls um Ihren grünen Beifall - um netto sechs Stellen auf 145 Stellen an;

(Holger Astrup [SPD]: Ach was!)

das sind 31 **Stellen** mehr als 1988. - Herr Gärtner, Sie können diese Zahlen gern bei mir abrufen; ich habe sie alle hier. Der Personalbestand in der

Staatskanzlei steigt um 31 Stellen; das ist eine Steigerung um 27,2 %.

(Holger Astrup [SPD]: Sie werden es nie lernen! Es ist einfach zwecklos!)

Schön, daß Sie uns noch einmal nachdrücklich zeigen, was Sie unter einem schlanken Staat verstehen, Frau Ministerpräsidentin.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Thorsten Geißler [CDU]: Dies ist ja das Musterbeispiel!)

Anstatt die Verwaltung wirklich schlank zu machen, nehmen Sie einen ordentlichen Schluck aus der Pulle.

Ein zweiter Staatssekretär - ich bitte Sie, sich dies alles unter Ihrer Überschrift, Herr Möller, „nicht in Köpfen rechnen, sondern in Kosten“, zu vergegenwärtigen, was das eigentlich heißt -

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und F.D.P.)

bei Ihnen, eine neue Staatssekretärin für das Frauenministerium - das bedeutet mehr **Spitzenbürokratie**.

(Holger Astrup [SPD]: Wir hätten noch einen Oppositionsführer dazu einstellen sollen!)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn es um Sparsamkeit geht, dann äußern Sie doch bitte auch einmal Ihre Meinung zu folgendem Faktum: Die **Zusammenlegung des Bundesrats- und des Justizministeriums** hat nicht eine einzige Stelle eingespart - nicht eine einzige Stelle! -, und wegen der **Neuschneidung des Ministeriums** - es heißt wohl „für Vermischtes und Bunt“, Frau Kollegin -

(Heiterkeit bei CDU und F.D.P.)

unter Einbeziehung des Wohnungsbaus wird jetzt die Einrichtung eines Verbindungsreferats zum Innenminister zusätzlich notwendig, weil eben die Aufgabenschneidung so unsinnig vorgenommen worden ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist aber wahrscheinlich der einzige, der arbeitet! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie vergessen, daß es zwei Ministerien weniger sind!)

Frau Simonis, ich glaube, ein Heide kann nicht heiliggesprochen werden, aber diese Heide ist die Schwester von St. Bürokratius.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: Witz, komm raus, du bist umzingelt!)

Zwei neue Stellen gibt es für die **Härtefallkommission im Asylbereich**, mit der nichts anderes beabsichtigt ist, als den großen Asylkompromiß, den wir hier im Landtag verabredet haben, auf kaltem Wege wieder auszuhebeln.

2 Millionen DM geben Sie zusätzlich für die **Flüchtlingsbetreuung** aus, als ob es diese Maßnahme bisher nicht gegeben hätte. Aber damit sich der Umbau des Haushalts auch richtig lohnt, gibt es für einen neuen Flüchtlingsrat noch 200 000 DM obendrauf. Auch dies ist Geld, das an anderen Stellen des Haushalts sehr viel dringender benötigt wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es! - Beifall bei CDU und F.D.P.)

Zwei zusätzliche Stellen und 200 000 DM - zusammen fast eine halbe Million DM - planen Sie für eine neue **Agitationsstelle gegen die Kernenergie** ein - ein Paradebeispiel rot-grüner Selbstbedienung.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist der Wille der großen Mehrheit der Bevölkerung!)

Die Aufgabe der Regierung ist es, für eine sichere, umweltfreundliche und kostengünstige Energieversorgung in Schleswig-Holstein zu sorgen; das ist ihre Aufgabe. Was Sie da machen, könnte allenfalls eine Aufgabe Ihrer Parteizentralen sein, aber nicht die einer Regierung. Deshalb nenne

ich dies einen regierungsamtlichen Machtmißbrauch für parteiideologische Zielsetzungen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Immer dann, wenn etwas unter dem Deckmantel - jetzt wird Ihre Erregung weiter steigen - der **Frauenförderung** firmiert, sehen wir die Regierung in rot-grünen Spendierhosen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist wieder einmal frauenfeindlich! Das ist ja genug bekannt!)

Plötzlich ist genug Geld da. - Dieser Zwischenruf war unter Ihrem Niveau, Herr Kollege!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt nicht! - Zurufe von der CDU)

- Das wird allerdings aus meiner Fraktion bestritten.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und F.D.P.)

Plötzlich ist also - wie gesagt - genug Geld da: 370 000 DM zur Vernetzung von Gleichstellungsbeauftragten,

(Wolfgang Kubicki [F.D.D.]: Ja, Haarnetze kriegen die!)

200 000 DM für neue, zusätzliche Frauenförderpläne, 50 000 DM zur Fortbildung von Gleichstellungsbeauftragten -

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

eine richtig schöne neue feministische Bürokratie ist das, was Sie hier schaffen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich bin sicher, das gleiche Geld zur Sicherung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz ausgegeben, würde Frauen und Familien in unserem Land wesentlich besser helfen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN]: Dazu ist schon etwas gesagt worden!)

Zwei neue Stellen und 360 000 DM zusätzlich - zusammen weit über eine halbe Million DM - haben Sie für die Emanzipation **gleichgeschlechtlicher Lebensweisen** übrig.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die fehlten jetzt noch, die Schwulen! Darauf habe ich gewartet!)

Ich zitiere wörtlich aus dem Haushalt. Ich bestreite nicht, daß es so etwas gibt, meine Damen und Herren; wie könnte ich!

(Lachen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Holger Astrup [SPD]: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben!)

Aber ich bestreite, daß es für diese Menschen einer neuen Bürokratie mit einem zusätzlichen Referat im Frauenministerium bedarf.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Beifall ist bedenklich!)

Die Zuschüsse für Projekte der **Entwicklungszusammenarbeit** werden um 300 000 DM verdoppelt. Ein neuer Eine-Welt-Beirat bekommt Geld,

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist viel zu wenig!)

und das, obgleich nur ein verschwindend geringer Teil dieser Gelder tatsächlich in den Entwicklungsländern ankommt. Auch dies ist im wesentlichen rot-grüne Klientel-Politik.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben Sie nicht richtig gelesen!)

Die Auflistung dieser Beispiele ließe sich beliebig fortsetzen. Sie sparen nicht, sondern das, was Sie machen, ist ein massiver Umbau des

Landeshaushalts zugunsten einer neuen rot-grünen Beiratsbürokratie und rot-grüner Spielwiesen. Das ist es.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es! - Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dies wiegt um so schwerer angesichts der politischen und wirtschaftlichen **Rahmenbedingungen**.

Die Wirtschaft sieht sich mit einem immer schärfer werdenden internationalen Konkurrenzdruck konfrontiert. Die **Standortbedingungen** müssen immer aufs neue angepaßt werden - anders ist die viel zu hohe Arbeitslosigkeit, die uns bedrückt, nicht zu bewältigen -, die wirtschaftliche Situation hat Rückwirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme, die durch die demographische Entwicklung zusätzlich unter Druck geraten. Gleichzeitig gilt es, Verkrustungen in unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die sich in guten Wachstumszeiten zweifellos gebildet haben, aufzubrechen und wieder Freiräume für eigenverantwortliches Handeln und für dynamische Kräfte in unserer sozialen Marktwirtschaft zurückzugewinnen. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Deswegen sage ich: Das oberste Ziel der Politik auf allen Ebenen in Deutschland muß es sein, die **wirtschaftlichen Rahmenbedingungen** wieder auf Wachstum, auf Innovationen, auf Investitionen und auf neue, zukunfts sichere Arbeitsplätze auszurichten. Das ist ihre Aufgabe.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deshalb muß der gerade im internationalen Vergleich viel zu hohe Kosten-, Steuer- und Abgabendruck für die Betriebe gesenkt werden. Deshalb ist die große **Steuerreform** mit einer wirklich durchgreifenden Entlastung für Betriebe und Steuerzahler der richtige Weg. Deshalb müssen bürokratische Hemmnisse und Hürden für wirtschaftliche Initiativen abgebaut werden.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo denn?)

- Die Frage ist von Ihnen völlig richtig gestellt.

Aber schauen wir uns an, was in Schleswig-Holstein geschieht. Alle notwendigen großen **Infrastrukturprojekte** bleiben auf der Strecke.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist das Bürokratie?)

- Ich dachte, Sie wären in der Lage, dem Lauf meiner Gedanken zu folgen. Ich bin bereits beim nächsten Punkt, Herr Hentschel.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir müssen auf Herrn Hentschel Rücksicht nehmen!)

Alle notwendigen Infrastrukturprojekte bleiben leider auf der Strecke, und Sie tragen die Verantwortung dafür.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Rot-Grün streitet über die A 20, und leider wird die feste Elbquerung von dieser Landesregierung mit Sicherheit nicht gebaut werden. Zu wirklichem Handeln sind Sie doch gar nicht in der Lage. Der Haushalt zeigt keine erkennbaren wirtschaftlichen Schwerpunkte, im Gegenteil: Der investive Anteil des Haushalts sinkt auf den historischen Tiefststand von 11,1 %, während ein wirtschaftlich sehr viel erfolgreicher Land wie Bayern eine fast doppelt so hohe Investitionsquote aufweist.

(Ursula Röper [CDU]: So ist es!)

Investitionen - ich wiederhole das - bedeuten aber **Arbeitsplätze**. Das ist es, was unser Land so dringend braucht. Anstatt nun Betriebe von Bürokratie und Abgaben zu entlasten, schaffen Sie neue Belastungen, Frauenförderpläne und Auflagen für öffentliche Aufträge. Sie gängeln die Betriebe. Sie halten an der pauschalen Einführung des zweiten Berufschultages fest, obwohl es die dringende Forderung, insbesondere der mittelständischen Wirtschaft und des Handwerks, ist, daß die Lehrlinge wieder mehr Zeit in den Betrieben verbringen. Mit dieser Politik schaffen

Sie nicht eine einzige neue Lehrstelle, im Gegenteil: Sie untergraben die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen. Damit schaden Sie den Interessen der jungen Menschen in unserem Land.

(Beifall bei der CDU - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir verbessern die Qualität!)

Einen ganzen Wahlkampf, Herr Möller, haben Sie Anfang dieses Jahres mit der Botschaft geführt, **Schleswig-Holstein** sei Geberland im **Länderfinanzausgleich** geworden.

(Günter Neugebauer [SPD]: Abwarten!)

Sie haben dies als Beleg für Schleswig-Holsteins Wirtschaftskraft genommen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Abwarten!)

- Wir haben schon ein halbes Jahr abgewartet, und jetzt liegen die Fakten auf dem Tisch! - Als unser Land kurz darauf wieder Empfängerland wurde, war Ihnen diese Nachricht natürlich keine Pressemitteilung wert.

Tatsache ist: Sie haben über Monate hinweg den Menschen eine Situation vorgegaukelt, die es so in Wahrheit gar nicht gibt. Sie haben den Menschen nicht die Wahrheit gesagt, sondern Sie haben sie in die Irre geführt. Auch das ist eine Form der Wählertäuschung.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch Blödsinn! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wissen, daß das nicht stimmt, Herr Hennig! - Günter Neugebauer [CDU]: Warten Sie doch bis zum Ende des Jahres ab!)

- „Warte noch ein Weilchen“ ist eine großartige Überschrift für die Reformleistungen dieser Regierung.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sicher, die **Wirtschaft** ist nicht zusammengebrochen. Aber etwas anderes stellen wir fest: **Lähmung** macht sich breit. Wo unser Land Bewegung braucht, tritt Stillstand ein. Wo mutige Entscheidungen zur Zukunftsentwicklung nötig sind, werden erst einmal Kommissionen eingesetzt. Darin sind Sie groß.

Wer die Entwicklung im rot-grünen Bündnis beobachtet, gewinnt den Eindruck, eine dicke Schicht von Mehltau legt sich über unser Land und hemmt die Dynamik.

(Beifall bei CDU und F.D.P. -
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Schimmel! - Meinhard Füllner
[CDU]: Grüner Schimmel!)

- Grüner Schimmel ist auch eine richtige Bezeichnung!

Die großen, wichtigen Themen des Landes bleiben liegen; denn Konfliktvermeidung um jeden Preis ist die Devise der Regierung. Meinungsverschiedenheiten werden in Formelkompromissen von Ihnen verhüllt. Nur keine Aufregung im Land - das ist Ihr oberstes Ziel, und deswegen tun Sie so, als ob sich gar nichts geändert hätte.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Deswegen hetzen Sie die Bürgermeister los!)

- Das Wort „hetzen“ fällt auf Sie zurück, Frau Kollegin; das ist nicht mein Sprachgebrauch.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb reden Sie jedem nach dem Mund, der es gern hören möchte.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gehen Sie doch mal an die Hochschulen! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die kommen morgen zu Ihnen! Die von den Hochschulen kommen morgen hierher!)

Die Ministerpräsidentin bekämpft vor Gewerkschaften den angeblichen sozialen Kahlschlag, um kurz darauf vor Unternehmern den

Eindruck zu erzeugen, als sei sie die Erfinderin der sozialen Marktwirtschaft.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wolfgang, jetzt ringe ich insbesondere um deine Aufmerksamkeit!

Präsident Heinz-Werner Arens:

Einen Moment bitte, Herr Dr. Hennig! - Zwischenrufe sind jederzeit möglich. Aber ein Grölen über die Reihen hinweg halte ich nicht für eine angemessene Form.

(Meinhard Füllner [CDU]:
Begeisterung!)

Dr. Ottfried Hennig [CDU]:

Ihr Stellvertreter - jetzt kommt eine ganz wichtige Passage, Herr Kollege Steenblock - begöckelt die Menschen an der Westküste, die Regierung habe mit dem Nationalpark eigentlich gar nichts vor, während er vor dem Städtetag ankündigt, er werde denen an der Westküste noch ordentlich vor das Schienbein treten, denn mit denen sei intellektuell ohnehin nicht viel los.

(Unruhe bei der CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich!)

Das ist nicht nur eine unglaublich arrogante Sprache, sondern auch Teil Ihrer Strategie. Jeder bekommt zu hören, was er hören will. Aber hinterher entscheiden Sie so, wie Sie es ohnehin schon längst geplant hatten. Deswegen sage ich Ihnen: Nicht Ihre Reden, nicht Ihre **Versprechen**, nicht Ihre Ankündigungen sind entscheidend, sondern entscheidend ist Ihr **Handeln**, und an Ihren Taten werden wir Sie erkennen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dieser Politik stellen wir unsere bessere **Alternative** entgegen. Wir wollen die Neuverschuldung deutlich senken; denn Ihre ungebremste Schuldenpolitik ist die schwerste Hypothek für kommende Generationen. Deshalb wollen wir den **Pensionsfonds** auflösen. Dabei wissen wir Herrn Kanther an unserer Seite.

(Beifall bei der CDU und des
Abgeordneten Wolfgang Kubicki
[F.D.P.])

Auch der Landesrechnungshof hat Ihnen nachgewiesen, daß Sie damit Ihr eigenes Ziel gar nicht erreichen können. Die 100 Millionen DM aus dem Verkauf der Provinzial sind zur Senkung der Neuverschuldung allemal besser eingesetzt als für Ihre Luftbuchungen.

Der Haushalt 1997 - das ist ein zweiter, ganz wichtiger Punkt - muß die Wende in der **Personalpolitik** bringen.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:
Weniger Lehrer?)

Sie schaffen dies nicht. Im Gegenteil: Sie schaffen 91 zusätzliche, neue Stellen. Die Personalkostenquote steigt unbegrenzt. Wir werden keiner einzigen neuen Stelle für Ihre zahlreichen Beauftragten, Beiräte und Gremien zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Personalabbau muß sehr viel drastischer vorgenommen werden. Die Aufblähung der Ministerialbürokratie um 454 Stellen seit 1988 - diese Zahl ist ja inzwischen unbestritten - muß vollständig rückgängig gemacht werden. Es gibt überhaupt keinen Grund, die Wiederbesetzungssperre zu lockern. Verwaltungsreform ernst nehmen, Personalabbau praktizieren, anstatt ihn nur anzukündigen - so gewinnen wir Luft im Haushalt, um die Personalkostenquote im kommenden Jahr zumindest auf dem diesjährigen Stand zu halten

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]: Im Hochschulbereich?)

und um sie ab 1998 tatsächlich zu senken.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:
Nun kommen die Vorschläge!)

Nur so gewinnen wir mittelfristig mehr Luft für weniger neue Schulden, für geringere Zinslasten, für mehr Investitionen und damit auch für mehr Arbeitsplätze. Das ist unsere und auch Ihre Aufgabe, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Es ist gut und richtig, Herr Rossmann, daß die Regierung 150 neue Stellen für die Schulen einrichten will. Aber wir wissen, daß diese Zahl angesichts der rapide steigenden Schülerzahlen bei weitem nicht ausreicht.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:
Sie wollten 600 in sechs Jahren!)

Deshalb ist es falsch - auf den Punkt sollten Sie jetzt einmal eingehen -, stur an der Entbeamtungspolitik festzuhalten,

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

die allein im Haushalt 1997 23,7 Millionen DM kostet - für nichts, für keine Stunde mehr, für keinen Lehrer mehr.

(Angelika Volquartz [CDU]:
Unglaublich! - Karl-Martin Hentschel
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Lesen Sie mal Ihr eigenes
Wahlprogramm!)

Wir wollen die 150 neuen Lehrer nicht als Angestellte, sondern als Beamte beschäftigen. Damit können wir unter anderem 40 neue Lehrerstellen mehr zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung schaffen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Hentschel, mit dem gleichen Geld mehr erreichen ist die bessere Politik; das sollte selbst Ihnen einleuchten.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des
Abgeordneten Karl-Martin Hentschel
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Einen weiteren Schwerpunkt setzen wir bei der **inneren Sicherheit**. Wenn die Kriminalität steigt, dann braucht die Polizei mehr Personal; das ist eine sehr einfache Rechnung. Auch wir wissen, daß man mit mehr Personal allein nicht alle Probleme löst.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]: Da sind Sie auf dem
untersten Niveau, Herr Hennig!)

Aber wer wie Sie Personal abbaut, nämlich 20 reguläre Stellen und 160 Ausbildungsstellen, der verschärft das Problem der Kriminalitätsentwicklung. Deswegen wollen wir diese falsche Politik verhindern.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir setzen einen weiteren Schwerpunkt in der **Stärkung** unseres **Wirtschaftsstandortes**. Keine neuen Abgaben, Abschaffung hausgemachter Belastungen - dafür Beschleunigung der Planung der zentralen Verkehrsinfrastrukturprojekte sowie Förderung von Investitionen und in Existenzgründungen. So schaffen wir neue Arbeitsplätze.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir bleiben konsequent bei dem, was wir in den vergangenen Jahren bereits mehrfach beantragt und was Sie jeweils abgelehnt haben. **Wassergroschen** und **Müllmark** müssen weg. Der Landesrechnungshof hat dafür neue Hinweise gegeben. Der Personaleinsatz von 46 Mitarbeitern allein zur Erhebung des Wassergroschens - das muß man sich einmal klarmachen - wird als überhöht bezeichnet, und der Flächenankauf aus Mitteln des Wassergroschens wird grundsätzlich kritisiert. Trotzdem setzen Sie hierfür wieder 5,8 Millionen DM ein.

Sie kassieren mehr Geld von den Betrieben und von den Menschen, als Sie eigentlich sinnvoll verwenden können. Sie greifen den Menschen tiefer in die Taschen, als es nötig wäre. Auch deshalb müssen diese Abgaben wieder weg.

(Beifall bei der CDU)

Weiter, meine Damen und Herren: Wir wollen die rot-grüne Kahlschlagpolitik korrigieren, zumindest korrigieren. Wir werden dort ansetzen, wo Ihre Kürzungen und Streichungen zu den gravierendsten und ungerechtesten Auswirkungen führen.

Die **Feuerwehren** sollen sich darauf verlassen können, daß sie das Geld, das ihnen aus der **Feuerschutzsteuer** zusteht, auch tatsächlich erhalten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die **Universitäten** werden Kürzungen von 12 Millionen DM und mehr nicht verkraften können.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Damit brechen wesentliche Teile von Forschung und Lehre weg. Das kann sich ein Land nicht leisten,

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki F.D.P.)

das rohstoffarm ist und um so mehr auf den Standortfaktor Bildung angewiesen ist. Wir werden nicht zulassen, daß Sie die Fundamente einer über Jahrzehnte hinweg hervorragend entwickelten Hochschullandschaft jetzt untergraben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die **Landeszentrale für politische Bildung** soll das Geld erhalten, das sie für ihre unabhängige und qualifizierte Arbeit braucht. Die Verbände und Organisationen der Kultur in unserem Land sollen wissen, daß wir sie nicht alleinlassen. Dies gilt insbesondere für die Heimat- und Regionalkultur; denn Ihre Streichlisten sehen ja sehr ungleichmäßig aus, und sie sind damit ungerecht.

Familienpolitik findet bei Ihnen so gut wie nicht statt. Deshalb wollen wir auch hier zu Korrekturen ansetzen.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das gilt vor allem dort, wo Hilfe am nötigsten ist, und das ist die Pflege von Menschen, von Menschen, die sich nicht mehr selber helfen können. Auch dafür wollen wir ein Stück mehr sorgen.

(Beifall bei der CDU)

Trotz eigener Sparanstrengungen der **Landwirtschaftskammer**, die anzuerkennen sind, verordnen Sie eine 2-Millionen-DM-Kürzung zusätzlich. Diese Aushöhlung der Landwirtschaftskammer werden wir nicht mittragen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich kann Sie vor dieser Politik gegen die Menschen und gegen die ländlichen Räume und gegen die Interessen unserer heimischen Bauern nur dringend warnen.

(Holger Astrup [SPD]: Gegen die Kühe! - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die sollen sich erst einmal untereinander einig werden - dieser Hühnerhaufen!)

Unser Land hat einen besseren Haushalt als diesen rot-grünen Umbauplan verdient. Das hat es wirklich verdient. Es geht im Kern um Solidität, Herr Kollege Müller. Der rot-grüne Haushalt ist nicht solide. Er ist unsolid, und er ist rückwärtsgewandt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Es bleibt dabei - und dieser Haushalt beweist es in ganz besonderer Weise -:

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

- Meine Fraktion ist heute besonders nett zu mir, die hat an einem Doppelpunkt geklatscht. -

(Heiterkeit bei der CDU - Holger Astrup [SPD]: Die kennen die Rede schon! Das sind bekannte Teile aus den vergangenen drei Jahren!)

- Herr Kollege Astrup, meine Damen und Herren von der SPD, jetzt wäre ich auch für Ihren Beifall dankbar.

Es bleibt dabei: Sozialdemokraten können nicht mit Geld umgehen. Schleswig-Holstein ist zu schade für Rot-Grün, viel zu schade.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Beifall bei der F.D.P. - Zurufe von der SPD: Oh, oh! - Holger Astrup [SPD]: Das war alles?)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile jetzt der Vorsitzenden der SPD-Fraktion, der Frau Abgeordneten Erdsiek-Rave, das Wort.

Ute Erdsiek-Rave [SPD]:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! 66 ist ein Kinderspiel. Schlimm genug, daß es in Bonn derzeit ausgewachsene Männer gibt, die dieses harmlose Kartenspiel mit einem Pokerspiel verwechseln.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU])

Denn so geschieht es gerade im herbstlichen Bonn des Jahres 1996, 30 Jahre nach jenem 66, das damals überhaupt kein Spiel, kein politisches Theater, sondern dramatische Neuformierung der Republik war. Es kam zum Bruch des schwarz-gelben Bündnisses, es kam die Zeit der Großen Koalition, und Steuerfragen waren das zentrale Thema.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Steuerfragen sind ein zentrales Thema für den Bund, für das Land und für die Kommunen. Aber die Ernsthaftigkeit und die Dramatik des Jahres 1966 sind einer opportunistischen Taktiererei, einer populistischen Kraftmeierei im Jahre 1996 gewichen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Das Spiel hat in 30 Jahren erheblich an Niveau verloren. Der Bluff der Liberalen, das Pokerface des Finanzministers - sie sind nur allzuleicht durchschaubar.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Meinen Sie den Herrn Möller?)

Es gibt ja leider keine Strafsteuer für die politische Bettelei um die Wählergunst. Für die F.D.P. würde ich sie gern einführen.

(Beifall bei der SPD - Holger Astrup [SPD]: Dann wären die pleite!)

Wenn schon Kartenspiel, dann doch lieber einen ehrlichen Doppelkopf

(Zuruf von der CDU)

Schwarz-Gelb gegen Rot-Grün. Für 1998 ist die Alternative klar.

(Beifall bei der SPD)

Aber es ist ja kein Spiel, um das es in Bonn geht, und es ist auch kein Theater, das wir bei den Haushaltsberatungen hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag aufführen wollen. Für Rollenspiele ist die Zeit nicht mehr, und pathetische und hohle Ritualvorstellungen und mikrige Polemik lösen die Probleme nicht.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Es tut mir leid, Herr Dr. Hennig: Ich war ganz überrascht, daß Sie eben schon fertig waren.

(Zurufe von der SPD: Ja, ja!)

Keine Idee, kein neuer Gedanke, keine Perspektive!

(Zuruf von der CDU: Sie haben nicht zugehört! - Meinhard Füllner [CDU]: Dann haben Sie nicht zugehört!)

Und dann die kleinen polemischen Unwahrheiten - zum Beispiel dann, wenn Sie über Nord-Süd-Politik reden: insgesamt 300 000 DM. Haben Sie einmal hineingeguckt in den Haushalt? - Davon sind 220 000 DM für Projekte in der Dritten und in der Vierten Welt zum Beispiel für Projekte in Zusammenarbeit mit den Kirchen. Die Kirchen werden sich für Ihre Intervention hier im Parlament bedanken.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU])

Meine Herren und Damen, was **Bonn** beschließt, das spüren wir nicht nur in Kiel, sondern eben auch in Gettorf, in Lübeck. Aber das, was Kiel tun kann, um soziale Verwerfungen zu verhindern, um Impulse für ökologisches Wachstum und Beschäftigung zu geben, um zukunftsfähige Bildungsangebote für junge Menschen zu erreichen, das wollen wir tun, und das sollten wir auch soweit wie möglich gemeinsam tun.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Darüber sollten wir so intensiv wie möglich streiten. Und **Kiel** kann viel tun. Wir in Schleswig-Holstein werden mit Ruhe und Bedacht weiter an der Modernisierung unseres Landes arbeiten, seine Stärken betonen, an seinen Schwächen Korrekturen vornehmen. Diskutieren wir also den Landeshaushalt, markieren wir die Schwerpunkte, profilieren wir unsere Politik und schaffen wir so in Schleswig-Holstein Vertrauen - einen **Haushalt** nicht als Stückwerk, nicht als Buch mit sieben Siegeln, auch nicht als Katalog für „direct mailing“ jeder Art, sondern als Basis für die öffentliche Beratung und Diskussion, als Entwurf verantwortlich und transparent für die zukünftige Gestalt unseres Landes.

(Ursula Röper [CDU]: Der ist doch längst überholt!)

Wir wissen, Schwarzmalerei hilft nicht, und mit dem Rotstift kann man nur schwer Zukunftsromane schreiben. Aber dennoch sage ich für die Sozialdemokratie: Wir verabschieden uns nicht von der **Vision einer solidarischen Gesellschaft**.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir wollen und wir werden mit Kopf und mit Herz dieses Haushaltsbuch schreiben. Im Vorwort zu diesem Buch muß es heißen: Wir werden auch in Zukunft dieses Land nicht kaputtsparen, nicht seine soziale Struktur zerstören und nicht seine kulturelle Vielfalt.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Wolfgang Kubicki, diese Art von Unernsthaftigkeit und Flapsigkeit, die Sie so auszeichnet, das ist das, was die Menschen zunehmend verdrießt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Obdachlosen und straffälligen Jugendlichen helfen, Wohnungen schaffen für Alleinerziehende und Kinderreiche, Gewaltprävention an Schulen ausbauen, Frauenhäuser finanzieren, den Opfern von Mißbrauch helfen, sie beraten und für den einen oder anderen Fall auch Beauftragte einsetzen, Arbeit schaffen, vor allem für die, die nirgends mehr eine finden

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

- das mag für Zyniker und standpunktlose Standortpolitiker Sozialromantik sein, die nicht mehr finanzierbar ist, die wir uns nicht mehr leisten können:

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein, sie ist nur falsch!)

Soll sich doch jeder selbst helfen und gegen alle Risiken des Lebens selbst absichern!

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Wer sagt das denn?)

Ich setze dieser Kaltschnäuzigkeit in Bonn, die jetzt sogar behinderten Jugendlichen den Rechtsanspruch auf Ausbildung nehmen will, entgegen: Dies ist der soziale Kitt, der eine auseinanderfallende Gesellschaft zusammenhält,

(Beifall bei der SPD)

und es ist der Maßstab für die Menschlichkeit einer Gesellschaft.

Wir werden all das in Zukunft aber nur finanzieren können, wenn andere nicht die Maßstäbe verlieren. Wer die Polizei modernisieren und die Reiterstaffel finanzieren will, wer den Katastrophenschutz bezahlen muß und den Zuwachs aus der Feuerschutzsteuer - ich betone, den Zuwachs! - nicht antasten will, der verliert diese **Maßstäbe**.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Und da sind sich auch Oppositionsabgeordnete nicht zu schade, mit den geographisch entferntesten Argumenten öffentlich für die Reiterstaffel einzutreten.

(Zurufe von der CDU)

Nach diesem Auftritt von Herrn Kubicki würde ich von ihm noch nicht einmal mehr ein gebrauchtes Pferd kaufen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN - Wolfgang
Kubicki [F.D.P.]: Ich würde
hunderttausend Menschen vielleicht
doch etwas ernster nehmen! - Unruhe
- Glocke des Präsidenten)

Nicht jedes Projekt, nicht jede Idee, nicht jedes Angebot kann in Zukunft mehr wie selbstverständlich den Staat in Anspruch nehmen, und nicht jede Truppe kann ihr **Einzelfinteresse** durchsetzen.

Frage immer, was du selbst tun kannst für dein Land -

(Meinhard Füllner [CDU]: Das
Prinzip sollten Sie auch einmal für
sich verinnerlichen!)

das gilt auch für soziale Hilfe und für Nachbarschaftshilfe, das gilt für die kulturelle Aktivität, das gilt für den Schutz der Natur, für Gewaltprävention und für Zivilcourage. Aber ein Staat, eine Regierung kann dies von den Bürgerinnen und Bürgern nur einfordern, wenn es gerecht zugeht im Land, wenn nicht die Vorteilsnahme belohnt und die Gruppen- und Klientelinteressen bedient werden.

(Beifall bei der SPD - Dr. Ekkehard
Klug [F.D.P.]: Die Pfründehascherei
und die Geldverschwendung dieser
Koalition sollten Sie auch einmal
ansprechen!)

- Ich komme noch zu Ihnen, Herr Dr. Klug.

Wer Frauenpolitik generell als Klientelpolitik bezeichnet,

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das
habe ich nie getan!)

der hat vielleicht schon viel hier im Hohen Hause und anderswo erlebt, aber noch nichts begriffen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Ursula Röper [CDU]: Und die Bürokratie aufgebläht! - Zurufe der Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Es macht mich nachdenklich, wenn an der Stelle, an der Sie über Schwule und das Referat für gleichgeschlechtliche Lebensweisen reden, der Beifall Ihrer Fraktion während ihrer ganzen Rede am stärksten war. Das macht mich mißtrauisch.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist ja auch besonders brennend! - Weitere Zurufe)

Ich sage Ihnen: Wenn Sie auf diesem Niveau mit uns darüber diskutieren wollen, dann sind Sie für uns kein ernstzunehmender Ansprechpartner.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe vor wenigen Monaten eine neue **Sachlichkeit** eingefordert und **Kooperation** angeboten. Ich erneuere heute dieses Angebot auch und trotzdem an die Opposition und an die vielen Verbände und Institutionen im Lande, die zum Gespräch bereit waren und sind.

(Zuruf von der F.D.P.)

Wir gehen mit diesem **Haushalt** in den kommenden Wochen selbstbewußt, aber nicht unkritisch um. Die Positionen stehen auf dem Prüfstand, nicht um ihrer selbst willen, sondern weil das **Gemeinwohl** und seine **Finanzierung** es erfordern. Wir werden Antworten finden müssen auf die berechtigten Ängste bei denen, die ihre Arbeit bedroht sehen. Aber wir werden auch den Mut aufbringen, unpopuläre Entscheidungen mitzutragen und selbst zu treffen, wenn wir sie denn verantworten können. Um diese Abwägung geht es und nicht um Populismus.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist der Regierung gelungen, mit dem Haushalt 1997 ein solides, fundiertes und zukunftsorientiertes Werk auf den Tisch zu legen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist es nicht!)

Bei der Kritik von heute kann ich nur sagen: nichts Neues! All die Kernthemen, die Sie angesprochen haben,

(Holger Astrup [SPd]: Textbausteine!
- Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Was haben Sie denn gestern zu den Hochschuleinsparungen erklärt?)

waren in der Tat die Textbausteine der vergangenen Jahre.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Ich habe das Gegenteil prophezeit!)

- Ich komme noch dazu; abwarten!

Denjenigen, die noch vor wenigen Monaten prophezeihten, die rot-grüne Koalition würde an dieser ersten großen Belastungsprobe scheitern, kann man nur sagen: vergebens gehofft und vergeblich gewünscht. Das wird sich in den kommenden Wochen und Monaten zeigen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist dann auch in Ordnung!)

Wir schreiben als Sozialdemokraten mit diesem Haushalt unsere Bilanz fort: sozial, selbstbewußt und solide.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Dickköpfig, links und frei!)

Dafür gilt mein Dank der Landesregierung - ich nenne stellvertretend Heide Simonis und Finanzminister Claus Möller - sowie allen, die an diesem komplizierten Projekt mitgearbeitet haben.

(Beifall bei der SPD)

Nicht business as usual ist jetzt gefragt, nicht Routine und Ritual, sondern kritische, auch

selbstkritische Bewertung, nicht Gruppenhörigkeit, sondern gerechte Verteilung.

Unser sozialdemokratisches Selbstverständnis findet sich wieder: Arbeit und Umwelt als Pfeiler unserer Politik in Schleswig-Holstein oder - konkret - Profile mit PC und Photovoltaik.

Dazu brauchen wir Partner im Land: die Kreativen und Engagierten, denen die Probleme eben nicht Anlaß zu selbstgefälliger Kritik sind, sondern Herausforderung zur **politischen Gestaltung**. Zu dieser Partnerschaft laden wir ein und fordern wir auf. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bleibt in der Tat unser erstes Ziel, und es muß unser gemeinsames Ziel sein, bestehende Arbeitsplätze mit den Mitteln zu sichern, die ein Land dafür hat, nämlich mit einem innovationsfreundlichen Klima und mit dem Ausbau einer Verkehrsinfrastruktur, die ökologisch verantwortbar ist. Die Behauptung zu belegen, alle wichtigen Strukturprojekte in diesem Lande blieben unverwirklicht, sind Sie leider schuldig geblieben.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das kann man doch feststellen!)

Ein weiteres Mittel ist **Kooperation statt Konfrontation** zwischen Regierung, Fraktion, Unternehmern und Gewerkschaften. Aber ich sage auch: Wenn Arbeitnehmer in diesem Land für die Lohnfortzahlung auf die Straße gehen, dann haben sie unsere volle Unterstützung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und den öffentlichen Dienst als Streikbrecher vorzuführen - das wird es auch in Schleswig-Holstein nicht geben.

(Beifall bei der SPD)

Die **Arbeitslosigkeit** wird weiter ansteigen und dramatische Konsequenzen für die öffentlichen Haushalte haben, für die wirtschaftliche Stärke und für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Denn der kleine Aufschwung der Jahre 1996/97 ist ausschließlich exportgestützt. Da frage ich: Wo soll eigentlich die Binnennachfrage herkommen, wenn ständig die Einkommen derjenigen sinken, die ihre zentralen Bedürfnisse zu befriedigen haben?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wo sollen in den Ländern und Gemeinden die Investitionen herkommen, wenn deren Kassen durch den Bonner Finanzminister ständig weiter geplündert werden? Herr Hennig, das kann man nicht durch den Begriff „zwischen den Ländern und Bonn hin- und herschieben“ verschleiern, denn es ist leider nur ein Herschieben und kein Hinschieben, was da stattfindet.

(Beifall bei der SPD - Holger Astrup [SPD]: Ganz richtig!)

Schleswig-Holstein setzt seine aktive **Arbeitsmarktpolitik** fort. Wir nutzen neue und flexible Instrumente zur Sicherung von Arbeitsplätzen. Frauen und Jugendliche erhalten Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt durch besondere Programme. Und für manche wird der zweite Arbeitsmarkt eben keine Brücke zum ersten sein, und dazu stehen wir auch.

Schleswig-Holstein nimmt zu Recht einen Spitzenplatz in Norddeutschland bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein, auch wenn die niedrigste Arbeitslosenquote immer noch zu hoch ist.

Sozialdemokratische Handschrift wird sicht- und lesbar, wenn die Zuschüsse für die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen um rund 12 Millionen DM aufgestockt werden. „Arbeit für Schleswig-Holstein“ - das meint Fortschreibung eines erfolgreichen Programms, das heißt Qualifizierung und Perspektive.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Wir setzen insgesamt weiter auf die Ideen, auf die Kreativität der Menschen in Schleswig-Holstein, die Arbeit suchen, die sie anbieten und vermitteln - von den Landfrauen, die Dienstleistungsagenturen gründen wollen, bis hin zu den Fachhochschulen, die Innovationsfreude und Existenzgründungen anstoßen.

Auch dazu werden Partner gebraucht, und die haben wir. Mein Dank gilt den Gewerkschaften und den Unternehmensverbänden, die engagiert diesen

Dialog am runden Tisch und anderswo mit uns geführt haben und auch fortsetzen werden.

(Beifall bei der SPD)

Die Bundesregierung hat dagegen ihre Partner verloren. Ich empfehle Ihnen einmal die Übersicht über eine Umfrage, wie die deutschen Unternehmer das Investitions- und Innovationsklima in dieser Republik einschätzen. Das ist in der „Wirtschaftswoche“ der vergangenen Woche nachzulesen.

(Holger Astrup [SPD]: Ja!)

Sie hat nicht nur die Partner verloren, sondern auch das Vertrauen, weil morgen schon nicht mehr gilt, was heute noch prognostiziert oder initiiert wurde.

Die **Abschaffung der Vermögensteuer** durch das Wegschieben der Kindergelderhöhung zu finanzieren, das war politisch und das war menschlich fahrlässig.

(Beifall bei SPD und SSW)

Das ist vom Feld, das ist gut so. Endlich einmal ein Wahlversprechen, das gehalten wurde - und zwar von der Opposition in Bonn!

(Beifall bei der SPD)

Sie argumentieren so gern mit den USA. Wenn wir ein Vermögensteuerniveau hätten, wie es das in den USA gibt, könnten wir den Solidarzuschlag übrigens auf einen Schlag abschaffen.

Meine Herren und Damen, daß wir in Schleswig-Holstein eine **neue Kultur des Unternehmens**, der Existenzgründungen schaffen, hat sich auch im Lande herumgesprochen: Investitionsbank, Wirtschaftsfördergesellschaft, Technologie-Zentren, Förderung von Zukunftstechnologien - wir spielen auf den Feldern zukünftigen Wachstums mit, und der Haushalt bietet dafür ganz konkrete Chancen. Wenn Sie das nicht gelesen haben, sage ich es gern noch einmal: Der Risikokapitalfonds ist aufgelöst worden. Das ist bitter. Aber im nächsten Jahr sind 2 Millionen DM mehr an Risikokapital da. Das sind ganz konkrete Anreize für Jungunternehmer.

Existenzgründerinnen schaffen Motivation und Arbeitsplätze. Das vom Wirtschaftsminister

aufgelegte Programm ergänzt und erweitert das bereits bestehende.

Wir vergessen dabei eben nicht die Bestandspflege der hiesigen Unternehmen - durch Landesbürgschaften, durch Krisenmanagement und durch manch unspektakuläre Dienste zum Erhalt von Arbeitsplätzen hier im Lande. Mit Milliardensubventionen à la Schommer und Biedenkopf allerdings können und wollen wir nicht mithalten und konkurrieren. Das ist Wirtschaftspolitik von vorgestern.

(Beifall bei der SPD)

Wir setzen weiter auf die Standortfaktoren Aus- und Fortbildung und auf die Ressource „Wissen und Können“.

Schüler und Eltern sind für uns Partner in einer **Bildungsdiskussion**, die an Sachlichkeit gewonnen und an Ideologisierung abgenommen hat. Das ist gut so.

(Beifall bei der SPD)

Während die meisten anderen Bundesländer Lehrerstellen abbauen, wird Schleswig-Holstein nochmals 150 neue Stellen in den Schulen schaffen, bis zum Jahr 2000 insgesamt 450 neue Stellen. Bei den 600 Stellen, die Sie im Wahlkampf versprochen hatten, hatten Sie doch schon den Beamtenstatus eingerechnet. Daß Sie das Ganze jetzt oben draufsetzen, hat eine gewisse Unglaubwürdigkeit.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:
Das düpiert sie!)

Wer sein Land für die Zukunft fit machen will, darf die berufliche Bildung nicht vernachlässigen. Wir werden die Gleichwertigkeit der beruflichen und der allgemeinen Bildung fördern und in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft Qualität und Quantität von **Ausbildungsplätzen** verbessern. Wir werden darüber noch diskutieren.

(Beifall der Abgeordneten Ursula
Kähler [SPD] und Sabine Schröder
[SPD])

Aber: Hoffegen und Bierholen - das sind Ausbildungsgänge, die ein Bonner Zukunftsminister

propagieren kann, der offenbar noch in Sechziger-Jahre-Strukturen denkt.

(Beifall bei der SPD)

Aber vielleicht wollte Herr Rüttgers sich nur für einen Brösel-Comic qualifizieren.

Wer die Zeichen der Zeit versteht, präsentiert sich als regionaler Forschungsstandort. Heide an der Westküste, Flensburg und Lübeck im Süden und im Norden und Kiel als Landeshauptstadt, dieses wichtige Fachhochschulviereck ist und bleibt stabil, bietet eben auch regionale Identität und prägt das moderne Gesicht dieses Landes.

Aber ich sage auch: Wenn an den **Universitäten** dieses Landes die Studenten nicht mehr an den alten Zöpfen schneiden, wenn die Privilegien ihrer Professoren für sie gar kein Thema sind, wenn zukunftsweisende strukturelle Reformen gar nicht diskutiert werden können, dann stimmt etwas nicht.

(Beifall bei der SPD)

In Süddeutschland gibt es bereits an vielen Universitäten, übrigens zusammen mit Verwaltungsfachhochschulen, intensive Diskussionen über Modernisierung und strukturelle Reformen.

Abbau von Überverwaltung, Konzentration von Serviceleistungen für die Studierenden, rationale Neuorganisation von Abläufen sind eben auch hier das Gebot. Und natürlich: Auch an dieser Institution müssen die Privilegien auf den Prüfstand.

Auf den Prüfstand - das haben wir gesagt - stellen wir auch die Haushaltsansätze. Das sage ich hier ganz unumwunden. Aber um es deutlich zu sagen: Profitieren von dieser Prüfung sollen die Studierenden und soll der wissenschaftliche Mittelbau.

(Beifall bei der SPD)

Wer von der Zukunft von Forschung und Lehre spricht, meint diese Gruppen.

Der Innovationspool ist zwar richtig und wichtig, aber er ist eben kein Ort universitärer Genesung von langfristigen Fehlentwicklungen. Und ist es

denn eigentlich so unzumutbar, Professoren an ihre Verpflichtung zur Lehre zu erinnern

(Beifall bei der SPD)

und einmal über ihre Lehrstundenzahl nachzudenken? Ist das so unvorstellbar in einer Zeit, in der über Tages-, Wochen- und Lebensarbeitszeiten in allen Bereichen diskutiert wird?

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Es geht um 12 Millionen DM!)

Die Erfolge der Budgetierung an anderen Hochschulen zeigen, daß der Weg richtig ist. In welcher Zeit der Weg aber gegangen werden muß, darüber muß verhandelt werden. Die Universität Kiel insbesondere braucht Planungssicherheit, und sie braucht die Gewißheit, daß Einschnitte und Maßnahmen nicht Strukturen zerstören, bevor Reformen vereinbart sind. Beides sage ich für die SPD-Fraktion zu.

(Beifall bei der SPD - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das habe ich Ihnen schon im August gesagt!)

Dialogfähigkeit ist vorhanden. Dialogwilligkeit erwarten wir. Im Ergebnis ist das ein Teil des Modernisierungsprozesses im gesamten öffentlichen Dienst.

Leitbild und Leistung - Schleswig-Holsteins Angestellte und Beamte stellen sich der Aufgabenkritik. Sie bauen eine **Landesverwaltung**, die ihre Aufgaben im sozialen, im finanziellen und im ökologischen Bereich auch in Zukunft erfüllen wird. Daß diese Aufgaben dabei weiter auf den Prüfstand gehören, ist auch selbstverständlich.

Dazu gehört übrigens auch, daß wir die Kritik und die Anregungen unserer Polizeibeamten und unserer Justizbehörden ernst nehmen. Prävention, Präsenz und Motivation, dieses innere Dreieck unseres **Polizeikonzepts** ist stabil. Die Beamten gerade im mittleren Dienst können sich auf die Fortführung der Strukturreform verlassen. Die Laufbahnmodernisierung wird fortgesetzt. 1000 Beförderungen bei der Polizei in diesem Jahr, 3prozentige Steigerung des Polizeishaushalts - das ist Ausdruck dieser Politik.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Justizpolitik heißt: Modernisierung der Apparate, menschenwürdige Haftbedingungen, Therapieangebote, Straffälligenhilfe. Das ist das eine.

Eine glaubwürdige Politik der **inneren Sicherheit** - das ist das andere - nimmt die Sorgen und Ängste der Menschen ernst, ihr Sicherheitsgefühl und auch ihr Rechtsempfinden. Wir haben Probleme. Wir haben Probleme mit Gewalt und Vandalismus. Wir haben Probleme mit Jugendkriminalität. Wir haben Probleme mit Drogendealern in Innenstädten und Einkaufszentren und pöbelnden Betrunkenen in den Innenstädten.

Hart in der Sache - das gilt für Bandenkriminalität. Konsequenz bei der Ursachenbekämpfung - das gilt für Armutskriminalität.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Weg ist allerdings mühsamer. Er ist mühsamer als der bloße Ruf nach mehr Polizei, Herr Dr. Hennig. Aber er ist dauerhafter, er ist angemessener, und er ist glaubwürdiger.

Wer nämlich innere Sicherheit will, muß soziale Sicherheit schaffen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wer aktive **Sozialpolitik** will, muß Wohnungsbau fördern. Wir tun das auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr. Obdachlose Frauen finden ein erhöhtes Angebot an Beratung. Die Drogenhilfe wird professioneller. Die älteren Bürgerinnen und Bürger können sich auf die SPD verlassen. Wir erhöhen die Mittel, um Betreuung und Angebote zu verbessern.

Absicherung unseres sozialen Systems, das heißt auch: Bis zur Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen **Kindergartenplatz** werden wir die Kommunen weiter massiv beim Bau von Kindergärten unterstützen, auch mit modernen Modellen, die die Kosten pro Platz erheblich senken können.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Wir werden - dies kündige ich für die SPD-Fraktion an - früher als geplant in die Mitfinanzierung von **betreuten Grundschulen** einsteigen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden dieses Angebot in Zukunft Schritt für Schritt ausweiten, weil es bildungspolitisch richtig und weil es familienpolitisch dringend notwendig ist.

(Beifall bei der SPD)

Ob Beamte, Angestellte oder Arbeiter - wir wissen, der größte **Standortvorteil** dieses Landes liegt in der **Qualifikation**, liegt im Können und liegt in der Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir investieren in dieses Kapital. Aus dem traditionellen „Gewußt wie“ ist längst das ökonomische und ökologische „Know-how“ geworden. Wir helfen dabei etwa auch durch die Förderung von Öko-Audits.

Wir haben erstmals in der Landesgeschichte ein Ministerium für ländliche Räume geschaffen. Die **Modernisierung der Dienstleistungen für die Landwirtschaft**, etwa durch die Landwirtschaftskammer, liegt vor uns. Das ist eine schwierige Aufgabe. Ich fordere deshalb einen runden Tisch der Beteiligten: Ministerium, Ämter, Kammern, Bauernverband. Sie müssen gemeinsam die zukunftsweisenden Schritte einleiten, um eine leistungsfähige Landwirtschaft, eine gesunde Ernährungswirtschaft und ein attraktives Tourismusangebot zu entwickeln.

(Beifall bei der SPD)

Ob vor oder hinter dem Deich: Nationalparks sind eine nationale Aufgabe mit internationalem Stellenwert. Ich bin froh, in einem Land zu leben, in dem es ein städtisches Weltkulturerbe wie in Lübeck und ein einzigartiges Ökosystem, den Nationalpark Wattenmeer, gibt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aus Studien- und Syntheseberichten gilt es zu lernen. Sie legen keine Ergebnisse und erst recht keine politischen Entscheidungen fest. Abwägen mit Augenmaß, das ist das Gebot der Stunde. Ich sage Ihnen: Wer **Ökologie** und **ökologische Ziele** als

„Ökoismus“ verteuert, ist dabei genauso borniert wie derjenige, der die Existenzsorgen der Menschen an der Westküste nicht ernst nimmt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wer mit Wind und Wasser wirbt, der muß ein günstiges Klima schaffen für den Tourismus und für die **Windkraft** gleichermaßen. Letztere braucht die großen Förderprogramme des Landes nicht mehr. Was sie aber braucht, das ist der gemeinsame Widerstand aller Fraktionen hier im Lande gegen die Energierechtsnovelle aus Bonn.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir gehen überzeugt und mit einer soliden Finanzierung in die Solaroffensive. Die Förderung von **regenerativen Energien** ist in diesem Land seit Jahren selbstverständlich. Jenseits der Diskussion über Krümmel und Brunsbüttel sage ich: Wir wollen einen verantwortbaren Ausstieg aus der Kernenergie, und die Mehrheit der Menschen will das auch. Daran gibt es für mich keinen Zweifel.

(Beifall bei der SPD)

Die Versteinerung von Haushalten, die Fesselung von Politik durch den Koalitionsvertrag, Langeweile gar sollten diese Koalition und unsere Fraktionen lähmen, so hieß es. Und es ist ja wahr: Wir haben den Journalisten längst nicht so viel Zankstoff zum Schreiben geboten wie die Koalition in Bonn. Sollten dadurch redaktionelle Arbeitsplätzen in Gefahr sein, so entschuldige ich mich bei den Kollegen für die mangelnde Lieferung von Nachrichtenfutter, gelobe aber alles andere als Besserung.

Die sozialdemokratische Fraktion setzt auf die Kraft der Vernunft, auf Gewissenhaftigkeit und auf das Bemühen um Gerechtigkeit. Dabei sind Irrtümer nicht ausgeschlossen und Fehlentscheidungen auch nicht. Aber in aller Bescheidenheit: Wir bemühen uns mit unserer Politik in diesem Land um den Zusammenhalt von Menschen, sozial, wirtschaftlich und kulturell. Wir wollen Fortschritt, der Probleme löst, und nicht einen, der welche schafft.

Dieser Haushalt kann auf die großen Probleme der Gegenwart nicht viele und schnelle Antworten geben, aber er soll der Verantwortung gerecht werden, die das Mandat der Wählerinnen und Wähler uns allen gegeben hat. Disput und Mut - beides gehört zur Demokratie, und beides werden wir brauchen.

(Lebhafter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Bevor ich das Wort weitergebe, möchte ich gern einige Besuchergruppen begrüßen. Ich begrüße auf der Tribüne die zweite Gruppe der Ernst-Barlach-Realschule Wedel, Schülerinnen und Schüler der Klaus-Groth-Realschule Kiel und ganz im Hintergrund ÖTV-Senioren aus Lübeck. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort hat jetzt die Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben den **Haushalt 1997** zur Kenntnis genommen, der jetzt dem Landtag zur Verabschiedung vorgelegt wird. Er ist von sinkenden Steuereinnahmen und hoher Staatsverschuldung gekennzeichnet. Die **Spielräume für die Landespolitik** sind klein geworden. Jede einzelne Ausgabe will gut überlegt sein und ist im Hinblick auf ihre Nachhaltigkeit zu überprüfen.

Wir haben daher jetzt die Grundlagen für eine langfristige Konsolidierung der Landesfinanzen zu legen, die die Zukunftslasten verringert und sich dennoch nicht aus der Verantwortung stiehlt.

Die **Rahmenbedingungen der Bundespolitik** sind hierfür leider keine Hilfe. Statt dessen werfen sie einer soliden Finanzplanung kontinuierlich Knüppel vor die Füße, was die Koalitionspartner in Bonn selber zur Kenntnis geben. Das Hü und Hott beim Jahressteuergesetz verdeutlicht dies nur allzusehr.

Auch die Art und Weise des Umgangs mit der **Vermögenssteuer** ist nicht tolerierbar. Statt nun endlich die oft geforderten Steuervereinfachungen in Angriff zu nehmen, versucht sich Herr Waigel einmal mehr im Pokerspiel und verzockt die Länderfinanzen, ohne mit seinen Wimpern zu zucken. Verfassungsgerichtsurteile sind Aufforderungen zu konstruktiver Veränderung und keine Freikarten fürs Tollhaus.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sollten Waigels Pläne Wirklichkeit werden, stünde uns womöglich eine weitere Welle von Kürzungen ins Haus. Nach dem derzeitigen Stand der Verhandlungen werden uns dann zusätzlich über 100 Millionen DM fehlen.

Aus diesem Grunde ist es unser aller Pflicht, der Landesregierung in der Auseinandersetzung um das **Jahressteuergesetz** den Rücken zu stärken. Das ist auch Ihre Pflicht, Herr Kubicki, und Ihre, Herr Hennig.

Zum Beispiel ist es, wie wir alle inzwischen wissen, keinesfalls notwendig, die Vermögenssteuer abzuschaffen. Vor kurzem hat das Bundesfinanzministerium dies in einer Vorlage an den Finanzausschuß des Bundestages noch einmal verdeutlicht.

Aber ausgerechnet die Steuerquote der Großverdienenden als Grund für die Maßnahmen des Jahressteuergesetzes anzuführen, stellt die realen Verhältnisse auf den Kopf.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Auf Kosten einer vorher nicht gekannten Expansion privaten Reichtums schmelzen die Staatseinnahmen aus der Einkommensteuerveranlagung ab,

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Die schmelzen doch gar nicht! Das ist doch Quatsch!)

während die aus der Lohnsteuerzahlung der kleinen und mittleren Gehälter kontinuierlich ansteigen.

Länder und Kommunen sind aber neben den sozial Schwachen die Leidtragenden dieser Politik. Kürzungen von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe führen genauso wie die Kürzungen der Lohnfortzahlung umgehend zu höheren Sozialhilfeansprüchen. Der Anteil der Sozialhilfeleistungen im Landeshaushalt wächst im Haushalt 1997 auch entsprechend.

Die finanziellen Rahmenbedingungen des Landeshaushalts werden sich also weiterhin verschlechtern, solange diese Bundesregierung am Ruder ist. Kein Wunder also die Zahnlosigkeit, die bemerkenswerte Langweiligkeit von CDU und F.D.P. hier in unserem Haus!

Aber damit nicht genug: Wir haben einen Haushalt zu verabschieden, der auch die sozialen Folgen dieser Politik abzufedern hat. Die **kontinuierliche Aufgabenübertragung auf die Kommunen** zwingt das Land zur Übernahme von Verantwortung, weil wir für die Kommunen in einer besonderen Verantwortung stehen und die Bundesregierung eben leider nicht.

Allein für die Jugendhilfe und für die Kindergartenplätze sind im Haushalt über 180 Millionen DM veranschlagt. Leider sind Kinder trotzdem zum Armutsrisiko Nummer eins in der Gesellschaft geworden.

Vor diesem Hintergrund sagt Herr Hennig „Vermischtes und Buntes und Wohnungsbau“ und meint damit das, was das Ministerium für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau sich an Aufgaben vorgenommen hat. Ich hatte mir eigentlich vorgenommen, Herrn Biedenkopf zu zitieren, um die Frauenfeindlichkeit der CDU deutlich zu machen. Herr Biedenkopf nämlich sagt: In Westdeutschland drängen die Frauen die Männer mit Macht von ihren angestammten Arbeitsplätzen; in Ostdeutschland weigern sie sich, Arbeitsplätze freizumachen und erschweren Männern den Zugang.

Ich habe nicht geahnt, daß ich nach Jahren intensiver **Frauenförderpolitik** und auch nach einigen verbal vorgetragenen frauenfreundlichen Äußerungen in diesem Hause so etwas von einem Mitglied dieses Hauses hören muß: Buntes und Vermischtes. Hinterher wird dann noch bemängelt, zu Familien hätten wir kein Wort gesagt. Eine solche Verlogenheit ersetzt wirklich keine Politik,

Herr Hennig, und bringt Ihnen auch keinen Beifall bei den Menschen dieses Landes. Davon sollten Sie ausgehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Frauen sind nämlich, anders als Herr Biedenkopf uns weismachen will - und darin folgen Sie ihm offenbar -, Verliererinnen des gesellschaftlichen Strukturwandels. Frauen, besonders wenn sie Kinder zu versorgen und zu erziehen haben, sind gleichzeitig diejenigen, die gesellschaftliche Krisen abfedern, und daher sollen sie von uns in jedem Falle besonders gefördert werden.

(Zuruf von der CDU: Thema verfehlt!)

Dazu haben wir auch im **Arbeitsförderbereich** Schwerpunkte gelegt, die auf den ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet sind, genauso wie wir 1997 Grundlagen für soziale Wirtschaftsbetriebe im ersten Arbeitsmarkt schaffen. Ich weise Sie zusätzlich darauf hin, daß wir ein Existenzgründerinnenprogramm in Höhe von gut 1,2 Millionen DM vorgelegt haben.

Ich denke, das kann sich sehen lassen, und das ist nicht „Buntes und Vermischtes“ dieser Regierung, sondern das sind die zentralen Aufgaben, für die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Wahlkampf gestanden haben und die wir hier in diesem Hause einlösen.

Eines der größten Probleme - das ist sicherlich keine Frage - ist die hohe **Verschuldung** unseres Haushalts. Wieviel mehr an Zukunftsgestaltung wäre denkbar, wenn wir, statt Zinsen zu zahlen, das Geld für andere Dinge verwenden könnten! Daran wird aber deutlich, wie sehr wir in der Verantwortung stehen, die Politik der Verschiebung von Problemen in die Zukunft zu beenden. Uns trifft es heute doppelt: Wir haben die Zeche für die Vergangenheit zu zahlen, und wir stehen in der Verantwortung, hieraus zu lernen und alles Erdenkliche dafür zu tun, daß uns spätere Generationen nicht das gleiche vorwerfen können - obwohl wir eigentlich gerade jetzt intensiv investieren müßten und viel mehr Geld bräuchten, um all die Mangelprobleme im Lande auszugleichen. Wir haben deshalb im Koalitionsvertrag verabredet, die Neuverschuldung

des Landes systematisch und mit Augenmaß zu reduzieren.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ab dem Jahre 2000!)

In der mittelfristigen Finanzplanung der Landesregierung ist das entsprechend vorgesehen. Aber wir sind an unsere Grenzen gestoßen und müssen manchen Menschen in diesem Lande viel zumuten. Es scheint zum Beispiel so, als führe der **Sparszwang**, den wir den **Hochschulen** zumuten müssen, zu höchstproblematischen Einschnitten. Wir müssen an dieser Stelle noch einmal überlegen, und vor allem dürfen wir nicht lockerlassen bei dem Gespräch mit den Betroffenen. Wir Grüne wollen den **Strukturwandel** im Hochschulbereich, wenn dieser aber mit einem harten Sparkurs kombiniert wird, ist am Ende möglicherweise nichts mehr übrig für die längst überfällige Reform.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU])

Klar ist jedoch, daß das Problem mit Studiengebühren keinesfalls zu lösen ist. Das Streichen kleiner Fachbereiche ist angesichts einer einzigen Voll-Universität in unserem Land ebenfalls keine Lösung. Wir wollen nach neuen Wegen suchen, um Auswege aus der Krise zu finden, zum Beispiel durch länderübergreifende Konzepte. Man wird aber auch gezielt bestimmte Probleme angehen müssen, die sich durch die angespannte Haushaltslage ergeben, etwa im Bereich der Berufungen, des akademischen Mittelbaus und der Frauenförderung. Auch der Innovationspool gehört nach unserer Meinung auf den Prüfstand. Wir müssen uns hier noch einmal neue Gedanken machen. Ich weise darauf hin, daß wir dennoch auch hier einige Linien gezogen haben: Wir als Politiker sind selber gefordert, die strukturellen Änderungen zu benennen, die wir einfordern. Wir selber sind gefordert, deutlich zu sagen, von welchen möglicherweise liebgewordenen Projekten wir uns in manchen Bereichen verabschieden müssen. Ich nenne das Stichwort: Doppelangebote.

Sparen und Schuldenabbau allein ersetzen keine Politik. Wir wollen sparen und gleichzeitig gesellschaftlichen Wandel befördern, was finanzielle Mittel erfordert, zum Beispiel im **Schulbereich**. Das Land braucht neue Lehrerinnen

und Lehrer. Wir sind stolz darauf, daß dieser Haushalt ein deutliches Zeichen für eine bessere schulische Versorgung in Schleswig-Holstein setzt und damit eine bundesweit vorbildliche Rolle spielt. Herr Hennig, wenn Sie das Klientelpolitik nennen, ist das Ihr Ding.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Gleichzeitig werden die Anstrengungen für eine größere Selbständigkeit der Schulen und der Hochschulen fortgesetzt. Wir sind auch hier der Meinung, daß sich die Verantwortung für einen sparsamen Umgang mit den finanziellen Mitteln nur über eine stärkere Beteiligung an der Verantwortung verwirklichen läßt. Schulen wie Hochschulen werden in Zukunft größere Gestaltungsspielräume erhalten, wenn sie sich der Verantwortung für die finanziellen Belastungen annehmen.

In bezug auf den rationellen Umgang mit finanziellen Ressourcen und dessen pädagogischer Bedeutung läßt sich aus unserer Sicht viel von den Schulen in freier Trägerschaft lernen. Wir werden uns daher auch weiterhin dafür einsetzen, daß dieser wichtigen Funktion der Schulen in freier Trägerschaft in der Landespolitik Rechnung getragen wird. Wir brauchen mehr Gerechtigkeit und wie auch in anderen Fällen von staatlicher Zuschußgewährung intelligentere Formen der Zuwendung. Es kann doch nicht angehen, daß die häufig ehrenamtlich Aktiven einen Großteil ihrer kostbaren Zeit Jahr für Jahr mit dem Kampf um Fördermittel verbringen. Wir glauben, daß Planungssicherheit im Bereich der Kultur- und Sozialpolitik zur Effektivierung der Arbeit und damit zu Kostensenkungen führt.

Die Kürzungen im Bereich der **politischen Bildung** sind in der Form, wie sie jetzt vorliegen, für uns nicht hinnehmbar.

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay [SPD] - Dr. Ottfried Hennig [CDU]:
Hört, hört!)

Wir sollten überlegen, wie wir gerade diesen wichtigen Bereich stärken können.

(Beifall bei der CDU)

Ein Schritt könnte die Budgetierung im Bereich der Landeszentrale sein. Wir als Parteien sollten - ich danke für Ihren Beifall - aber auch darüber nachdenken, die verfassungsrechtlich bedenkliche Parteijugendförderung zur Sache der Parteien selbst zu machen und so Gelder für politische Breitenbildung freizusetzen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Allerdings verlangen wir auch eine inhaltliche Modernisierung und eine Öffnung der Landeszentrale.

(Meinhard Füllner [CDU]: Leider haben Sie keine Parteijugend! - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Sie haben keine unter 40jährigen!)

- Wir haben uns viel vorgenommen. Wir sorgen schon dafür, daß es hier nicht langweilig wird, dafür brauchen wir Sie nicht.

Viele **ökologische Akzente** im Haushalt werden zur **Stärkung des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein** beitragen. Nicht umsonst ist Schleswig-Holstein zum führenden Land in der regenerativen Energiewirtschaft geworden.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Die jetzt von Herrn Rexrodt vorgelegten Planungen für eine großverbraucherfreundliche Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes allerdings sind für die Stärkung der umweltfreundlichen dezentralen Energieversorgung mal wieder ein Schlag ins Gesicht, Herr Kubicki.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Auf dem Rücken von Umwelt und Kommunen wird einmal mehr Umverteilung im üblichen Stil und in die falsche Richtung betrieben.

Nach wie vor bleibt Schleswig-Holstein geprägt von einer eher mittelständisch orientierten Wirtschaft. Das bietet für die wirtschaftliche

Entwicklung große Vorteile und setzt uns weniger als andere Länder der Gefährdung durch massive Umstrukturierungsprozesse, wie sie uns in der Industrie ins Haus stehen, aus.

Die Wirtschaftsfaktoren des Tourismus und Agrarsektors stellen deshalb einen Schwerpunkt des finanziellen Engagement des Landes dar. In beiden Bereichen wird die wachsende Bedeutung der ökologischen Orientierung deutlich. Darin stimmen uns inzwischen auch Teile der Unternehmensverbände zu.

In vielen Bereichen des Haushaltes sind Zeichen gesetzt, die dazu beitragen, daß sich Schleswig-Holstein künftig stärker als bisher einen Namen als ein Land macht, in dem Umweltschutz, Gesundheit und saubere Luft keine Worthülsen sind. Das wird sich im Bereich des Tourismus weiter positiv auf unsere wirtschaftliche Entwicklung auswirken. Für uns hat die Verbindung von **Tourismus, Landwirtschaft** und **Naturschutz** eine Schlüsselfunktion im Zusammenspiel von Naturschutz und Naturnutz.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Schleswig-Holstein - so schön es auch ist - ist keine heile Welt. Wir haben es in den Elbmarschen und um Krümmel herum mit einer gewaltigen **Chemie- und Atomindustrie** zu tun, deren mögliche Auswirkungen unter anderem der dramatische Anstieg von Leukämieerkrankungen ist.

(Meinhard Füllner [CDU]: Es gibt ganz andere Geschwüre als das!)

Das setzt uns einer besonderen - auch finanziellen - Verantwortung aus, die uns auch persönlich nahegeht. Für die Fallkontrollstudie wird das Land in den nächsten Jahren 4,2 Millionen DM ausgeben. Das ist nach unserer Meinung die selbstverständliche Pflicht des Landes zur Übernahme von Aufklärung und Ursachenforschung. Herr Hennig, wenn Sie auch das Klientelpolitik nennen, ist das Ihr Ding.

Das Atomkraftwerk Krümmel wird, solange es nicht endgültig stillgelegt ist - wie übrigens die anderen Atomkraftwerke im Lande auch -, beständiges Lebens- und Haushaltsrisiko bleiben. Im Fall Krümmel haben wir es der damaligen,

sorglosen CDU-Regierung zu danken. Zu dieser Verantwortung muß die CDU-Fraktion auch heute und morgen stehen, wenn womöglich eines Tages Schadensersatzansprüche auf das Land zukommen sollten, die auf die Leichtfertigkeit im Umgang mit einer Energie zurückzuführen sind, die eben nicht zu händeln ist. Wir wissen sehr wohl, wie stark die Interessen der Atomlobby im Atomrecht der Bundesrepublik verankert sind und wie schwer es daher ist, trotz nachweisbarer großer Gefährdung der Gesundheit und ohne jegliche Aussicht auf Klärung der Entsorgung eine Stilllegung zu erreichen. Das ist Klientelpolitik, Herr Hennig.

Aber die HEW können sicher sein, daß wir derzeit mit allen Kräften daran arbeiten, eine stichhaltige juristische Position zu schaffen, die es erlaubt, diesen Reaktor vom Netz zu nehmen, der offensichtlich schadhaft und mit zweifelhaften Unterlagen ausgestattet ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Nur so kann dem Gesundheitsschutz Rechnung getragen werden. Zugleich wäre das ein Meilenstein der ökologischen Energiewende und würde unserem Lande guttun, Kosten sparen und in die Entwicklung kommender Generationen investieren.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Bundesregierung kommt auch hier ihren Pflichten nicht nach, die Strahlenschutzverordnung zu überprüfen und auf den aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik zu bringen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Frau Fröhlich, wem gehört denn HEW?)

Meine Fraktion wird sich daher dafür stark machen, daß im Haushalt die entsprechenden Gelder für wissenschaftliche Gutachten bereitgestellt werden, damit ein weiterer Schritt getan wird, sich von dieser menscheitsgefährdenden Technik zu verabschieden. Auch hier haben wir wieder einmal stellvertretend für andere Verantwortung zu übernehmen.

Zusammenfassend möchte ich der heutigen Haushaltsdebatte folgendes mit auf den Weg geben:

Unser Schicksal auf diesem Planeten wird dadurch entschieden, ob wir es schaffen, uns solidarisch neben unsere Mitgeschöpfe zu stellen. Die fast stumme Leidenschaft, mit der sich in den letzten Jahren Kinder und Jugendliche für den Schutz unserer Lebensgrundlagen ebenso wie für die Rechte aller Menschen in unserer Gesellschaft unmißverständlich einsetzen, sollte uns einen Fingerzeig dafür geben, wohin die Reise geht. Denn natürlich ist die Jugend nicht nur ein Spiegel der Gesellschaft, sondern auch eine Art Seismograph.

Die Selbstverständlichkeit, mit der junge Menschen den Schutz der Wale genauso auf ihren Tagesordnungen haben wie das friedliche Zusammenleben der Menschen auf dieser Erde, zeigt uns den Weg, den wir gehen müssen. Dieser Weg führt weg vom ökonomischen Denken der letzten 200 Jahre hin zu einem **ökologischen Denken**. Mit einem neuen Ismus hat das nichts zu tun, denn zukunftstaugliche Gesellschaftsentwürfe sind dialogisch konzipiert. Sie kommen nicht als die allein wahren Standortsicherungskonzepte daher, als die sich die verantwortungslose spätkapitalistische Regierung in Bonn darstellt. Ökologisches Denken setzt die Fähigkeit zum gesellschaftlichen Diskurs voraus. Ökologisches Denken und Handeln geht von Kreisläufen und Vernetzungen zwischen allem, was ist, aus.

(Meinhard Füllner [CDU]: Ist das Ihre Parteibroschüre, was Sie da vorlesen, oder was?)

- Das wissen Sie ganz genau, daß das so ist. - Ökologisches Wirtschaften rechnet mit unser aller Vergänglichkeit.

(Meinhard Füllner [CDU]: Sie überzeugen uns doch nicht!)

Das heißt zum einen, eine Wirtschaft, die zum eigenen Nutzen ihre Umgebung zur Ablagerung ihrer Abfälle und Produktionsreste nutzt, ist zum Scheitern verurteilt. Zum anderen heißt es, daß wir jede Ungerechtigkeit zu spüren bekommen, die wir als wirtschaftende Wesen unseren Mitgeschöpfen antun, indem wir ihnen die Lebensbedingungen vorenthalten, die wir für uns selbst einfordern. Das hört sich vielleicht kompliziert an, aber Sie sollten einmal darüber nachdenken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Mit anderen Worten: Die Fischer an der Nordseeküste sollten verstehen, daß ihre Existenz mehr gefährdet ist durch eine industrialisierte und kapitalisierte Wirtschaftsform als durch den konsequenten Schutz des Wattenmeeres, welches die Kinderstube aller großen Fischbestände in der Nordsee ist. Die Gefährdung ihrer Existenz rührt nicht vom Schutz der gemeinsamen Lebensgrundlagen her, sondern vom gnadenlosen Egoismus einer nur auf Gewinnmaximierung bedachten Fischindustrie.

(Meinhard Füllner [CDU]: Mit solchen Reden langweilen Sie uns!)

Daß Bürgermeister meinen - hören Sie doch mal zu, es wird spannend -, mit Gesetzesbrüchen dieser Täuschung noch Nahrung geben zu müssen, ist eine bedenkliche Irreführung und ein Mißbrauch ihres Amtes. Zur Lösung der Aufgabe, die uns ins Haus steht, trägt das nicht bei. Die nämlich heißt, unseren Kindern eine lebenswerte Umwelt zu erhalten, ohne ihnen Schulden und Entsorgungslasten riesigen Ausmaßes aufzubürden.

In diesem Sinne hat der Haushaltsentwurf wichtige Zeichen gesetzt. Das erste rot-grüne Haushalt ist ein Sparhaushalt, aber er ist ein sozial gerechter und ein ökologisch orientierter Sparhaushalt. Auf dieser Grundlage kann nun eine hoffentlich konstruktive und zielorientierte Beratung in den Ausschüssen beginnen. Schmerzhaft Einsparungen müssen gerecht verteilt werden und dürfen nicht den Schwächsten unserer Gesellschaft aufgebürdet werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute eine, wie ich glaube, nachlesenswerte Rede des Finanzministers gehört und eine Predigt der Fraktionsvorsitzenden der

SPD. In der Rede des Finanzministers war zumindest der erste Satz richtig. Sie haben den ersten Haushalt einer rot-grünen Koalitionsregierung vorgestellt. Alles andere allerdings wird bei näherer Überprüfung nicht mehr haltbar sein.

Auch in diesem Jahr, Herr Finanzminister, wird man der F.D.P. vorwerfen, ihre Kritik am Haushaltsentwurf sei verlogen, da sich doch auch in Bonn Haushaltslöcher in Milliardenhöhe auftun.

Erstens. In Bonn regiert eine Koalitionsregierung. Der Finanzminister gehört nicht der F.D.P. an.

(Günter Neugebauer [SPD]: Aber der Wirtschaftsminister!)

- Der Finanzminister gehört nicht der F.D.P. an, Kollege Neugebauer. Es kann ja sein, daß Ihnen das bisher noch entgangen ist. Aber vielleicht sollten das alle einmal zur Kenntnis nehmen.

Zweitens. Die Haushaltspolitik von Theo Waigel ist von der F.D.P., insbesondere auch von mir, beständig kritisiert worden. Auch in diesem Hohen Hause habe ich keinen Hehl daraus gemacht, daß ich die Form der finanziellen Transaktionen des Bundeshaushalts für wenig solide halte, und ich scheue mich auch nicht, das öffentlich zu sagen.

(Beifall bei F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wollen sie noch schlechter machen!)

- Herr Hentschel, ich würde mich freuen, wenn es auch Rote und Grüne gäbe, die, was die finanzpolitischen Vorstellungen der eigenen Leute aus der Bundestagsfraktion angeht, in diesem Hohen Hause einmal ähnliche Erklärungen abgeben würden. Denn das ist ja teilweise sehr abenteuerlich, was wir da hören.

Drittens. Wenn der Bundesfinanzminister eine unsolide Haushaltsführung betreibt, kann dies für die schleswig-holsteinische Landesregierung kein Grund sein, dies ebenfalls zu tun. Denn eines ist klar, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir debattieren heute über einen Haushaltsentwurf, der bereits zum jetzigen Zeitpunkt überholt ist. Ich stehe nicht an, der SPD-Fraktion dafür zu danken,

daß einige ihrer Mitglieder öffentlich erklärt haben, dieser Haushaltsentwurf sei bereits Makulatur.

(Beifall bei der F.D.P.)

Haushaltsrisiken, die schon lange vorher absehbar waren, wurden nicht berücksichtigt. Der Präsident des Landesrechnungshofs, Herr Dr. Korthals, ging sogar so weit, von einem - so wörtlich - „getürkten Haushalt“ zu sprechen.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Unerhört ist das!)

- Ich sage Ihnen, Frau Erdsiek-Rave, er hat recht.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die **geschönte Wirklichkeit** beginnt bei der Bewertung der **Höhe der Neuverschuldung**. Als Vergleichswert verwendet der Finanzminister das erwartete Ist für das Haushaltsjahr 1996 in Höhe von 1,25 Milliarden DM. Die tatsächlich für 1996 erwartete Nettoneuverschuldung liegt - der eisernen Ausgabenpolitik der Kieler Landesregierung sei Dank - um läppische 125 Millionen DM über dem veranschlagten Soll für 1996. Wenn Sie nicht die Restkreditermächtigungen aus den letzten Haushaltsjahren in dreistelliger Millionenhöhe - meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wiederhole: in dreistelliger Millionenhöhe - in Anspruch genommen hätten, wäre die Nettoneuverschuldung noch viel katastrophaler ausgefallen.

Vergleicht man aber das Soll 1996 mit dem Soll 1997, so sinkt die Nettoneuverschuldung nicht, sondern sie steigt, und zwar um 25 Millionen DM. Man kann doch nur vergleichen, was vergleichbar ist, und nicht vergleichen, was unvergleichlich ist. Ihre immer wieder gemachte Versprechung, die Nettoneuverschuldung zu senken, ist das Papier nicht wert, auf dem sie steht.

Im mit zu beratenden Fünfjahresfinanzplan der Regierung findet sich natürlich auch wieder das Versprechen, die Neuverschuldung zu senken. Kontinuierlich Jahr für Jahr soll die Kreditaufnahme auf 800 Millionen DM im Jahr 2000 sinken. Herr Finanzminister Möller, das haben Sie auch schon bei der Vorstellung des Haushalts für das laufende Jahr 1996 gesagt. Herausgekommen ist mit der Erhöhung der

Nettoneuverschuldung das genaue Gegenteil, und auch im Jahr 1997 werden Sie es nicht schaffen, die Nettoverschuldung auch nur um eine müde Mark zu senken. Ich sage Ihnen voraus - und Sie haben es in Ihrem eigenen Haus ja auch schon prüfen lassen -, daß Sie im Rahmen des Haushaltsvollzugs Ihr Soll wieder überschreiten werden und mit einem Ist abschließen werden, das deutlich über der verfassungsrechtlichen Grenze liegt.

Diese Zahlen machen schon jetzt eines deutlich: Schon der letztjährige Etat war eine Luftnummer, der diesjährige ist nicht besser. Hätten Sie den Etatentwurf für 1997 wahrheitsgemäß unter Berücksichtigung aller Haushaltsrisiken aufgestellt, so wäre er schon heute nicht mehr verfassungskonform.

Risiko: Steuerschätzung. Finanzminister Möller war bei der Vorstellung der Haushaltseckwerte immerhin so ehrlich, zuzugeben, daß die Planungen für den Haushalt auf der Mai-Steuerschätzung beruhen, die noch von einem realen Wirtschaftswachstum von über 2 % ausgeht. Schon bei der Haushaltsaufstellung war klar, daß dieser Wert 1996 mit Sicherheit nicht erreicht wird. Die tatsächliche Steigerungsrate wird wohl bei rund 1 % liegen. Vorsichtig geschätzt bedeutet das Steuermindereinnahmen von zirka 100 Millionen DM für das Land Schleswig-Holstein. Die nächste **Steuerschätzung** im November, Herr Finanzminister Möller, wird die traurige Wahrheit an den Tag bringen. Bis dahin ist es ja nicht mehr so lange. Vorsorge wurde keine getroffen.

Risiko: Vermögensteuer. Durch den Wegfall der **Vermögensteuer** zum 1. Januar 1997 hat das Land Schleswig-Holstein einen Einnahmeausfall von rund 115 Millionen DM zu verkraften, nachzulesen im Umdruck 14/177.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Das mag ja sein, Herr Neugebauer. Aber solide Finanzpolitik schafft auch dafür Vorsorge. Vorsorge wurde keine getroffen.

Würde der Kollege Möller zumindest die Presseerklärungen der F.D.P. dieses Hauses lesen, dann wäre ihm die Blamage erspart geblieben. Wir haben ihn anläßlich der Vorstellung der

Haushaltseckdaten durch die Landesregierung auf sein unverantwortliches Handeln hingewiesen. Anstatt den Entwurf an die tatsächliche Entwicklung anzupassen, hat der Finanzminister nichts getan. Schuld ist sowieso die böse Regierung in Bonn, die dem bedauernswerten Land Schleswig-Holstein die wohlverdienten Millionen vorenthält.

Lieber Herr Möller, wenn dem Land die Erhaltung der Vermögensteuer so wichtig war, warum haben Sie dann über den Bundesrat nicht selbst einen Gesetzentwurf zur verfassungskonformen Neuordnung der Vermögensteuer eingebracht? Warum warten Sie bis zum 8. November dieses Jahres - sehr spät, kann ich Ihnen da nur sagen, und das wissen Sie auch ganz genau -, um dann der breiten Öffentlichkeit zu dokumentieren, daß Sie für den Erhalt jedenfalls der privaten Vermögensteuer sind? Warum geht der neue finanzpolitische Sprecher - das ist er doch wohl -, Herr Voscherau, mit den Koalitionsfraktionen darin einig, daß die Vermögensteuer ausläuft und man sich im Gegenzug darauf verständigt, daß es eine Anhebung der Grunderwerbsteuer um 1 % gibt, damit das große Signal auf Bundesebene schon gegeben wird, daß die SPD an der Vermögensteuer gar nicht festzuhalten beabsichtigt?

Meine Kolleginnen und Kollegen, die projektierte Nettokreditaufnahme liegt nur um rund 60 Millionen DM unterhalb der Grenze des Artikels 53 der Landesverfassung. Wären die zu erwartenden beziehungsweise inzwischen eingetretenen Einnahmeausfälle wahrheitsgemäß im Haushaltsentwurf berücksichtigt, dann läge die Nettoverschuldung bei gleichbleibendem Ausgabenvolumen um mindestens 140 Millionen DM über der Gesamtsumme der Investitionen. Die Folge wäre ein verfassungswidriger Haushaltsentwurf. Daß damit auch die Nettoverschuldung gegenüber dem Ist für 1996 erhöht werden muß, braucht an dieser Stelle wohl nicht erwähnt zu werden.

Angesichts dieser Haushaltslöcher wundert es nicht, daß jede Mark willkommen ist, und wenn man sie den Kreisen und Gemeinden aus ihrem Anteil an der **Feuerwehrsteuer** wegnehmen muß. Not kennt eben kein Gebot. Lieber Ottfried Hennig, angesichts der vielen Brandlöcher, die mittlerweile im Bereich der Landesregierung entstehen, kann ich mir schon vorstellen, daß wir eine zentrale Brandschutzbekämpfung im Innenministerium

dringend benötigen. Insofern gibt es dafür wahrscheinlich eine Erklärung, warum Herr Wienholtz diese 4,5 Millionen DM vereinnahmen muß.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Lack ist ab; die eiserne Sparkommissarin Simonis ist von der Wirklichkeit eingeholt worden. Wo ist der versprochene Verwaltungsabbau, wo sind die Einsparungen im Personalbereich? Sie haben nicht stattgefunden.

Die Einsicht in die Unfähigkeit der Landesregierung beginnt sich langsam auch im Lande zu verbreiten. Anlässlich der Vorstellung des Landeshaushalts sprach das „Flensburger Tageblatt“ von einem „Ideologie-Etat“, von „solidem Haushaltsunfug“, die „Lübecker Nachrichten“ sprachen von „Wurstelei“, und der „Holsteinische Kurier“ berichtete von einer „wundersamen Personalvermehrung“. Ja, selbst die Genossen in der Bundes-SPD haben inzwischen Zweifel am Sachverstand der angeblichen Finanzexpertin Simonis und greifen lieber auf die Sachkompetenz des Hamburger Kollegen Voscherau zurück, nachzulesen im „Hamburger Abendblatt“ vom 25. Oktober dieses Jahres.

Dies überrascht, hat doch die Ministerpräsidentin bei der gekonnten Übernahme der Brutto-Netto-Rechnung des Genossen Scharping bewiesen, daß es immer noch genügend Übereinstimmung mit der Parteiführung in Bonn gibt: brutto weniger kann auch netto mehr bedeuten.

Dem Landeshaushalt ist mit diesen Verrenkungen nicht gedient. Aus dem dringend notwendigen Personalabbau für 1997 ist eine **Personalerhöhung** um fast 100 Stellen geworden. So kann man natürlich auch eine Verwaltung modernisieren.

Doch nicht nur der Verwaltungsumbau findet nicht statt; auch von den „harten Einschnitten“ bei den Ausgaben bleiben bei näherer Betrachtung noch nicht einmal ein paar kleine Schnittchen übrig. Die Landesregierung spart ohne eigenes Zutun allein durch die Einführung der Pflegeversicherung 30,8 Millionen DM bei der Sozialversicherung und 6,5 Millionen DM beim Blindengeld. Der allgemeine Rückgang bei den jeweiligen Anspruchsberechtigten führt zu Verringerungen der Zahlungen in der Kriegsofferfürsorge um 2,8 Millionen DM, bei den Asylbewerbern um 2,7 Millionen DM und bei den

Bürgerkriegsflüchtlingen um 1,7 Millionen DM. Wenn Sie einmal nur diese Zahlen in diesem Bereich zusammenrechnen - ich höre immer so etwas von „sozialer Gerechtigkeit“, Ute Erdsiek-Rave -, dann kommen Sie in der Summe auf Einsparungen in Höhe von genau 44,5 Millionen DM, für die die Landesregierung nicht einen einzigen Finger krumm gemacht hat.

Diese Zahl mag einigen von Ihnen bekannt vorkommen. Ich zitiere aus der Presseerklärung der Landesregierung zur Vorstellung des Haushaltsentwurfs 1997 vom 2. September: „Die Ausgaben des Landes sinken 1997 um 0,3 % oder 44,5 Millionen DM.“

Das sind exakt diese 44,5 Millionen DM. Jeder weitere Kommentar, was Einsparbemühungen des Landes angeht, ist überflüssig, denke ich. Diese meisterhafte Sparleistung macht mich einfach sprachlos.

Die Landesregierung hat angekündigt, die Einnahmeausfälle aus dem Wegfall der Vermögensteuer durch weitere Kürzungen im Landeshaushalt auffangen zu wollen. Daran glauben Sie doch selbst nicht, Herr Kollege Rossmann.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:
Sie sind ein tiefblickender Mensch!
Ich habe gar nichts gesagt!)

Wie wollen Sie zusätzlich zur Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe von 77 Millionen DM, die Sie schon jetzt in den Entwurf für 1997 eingestellt haben, Mittel in Höhe von fast 200 Millionen DM einsparen? Ich sage es Ihnen schon jetzt voraus: Sie werden es nicht schaffen; Sie werden es nicht schaffen, weil Sie den **Wandel der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht** mitvollzogen, ja wahrscheinlich noch nicht einmal verstanden haben.

Die Beendigung der Teilung Europas hat neben den von allen gewünschten politischen Folgen auch wirtschaftliche Entwicklungen nach sich gezogen, deren Auswirkungen wir in immer stärkerem Maße erleben. Bitte nehmen Sie endlich zur Kenntnis, daß die Zeiten der Umverteilung und der Bedienung von Partikularinteressen aus den jährlichen wirtschaftlichen Zuwächsen endgültig vorüber sind. Nehmen Sie zur Kenntnis, daß die Beendigung des

Ost-West-Konflikts zu einer Kapitalmobilität in völlig neuen Dimensionen geführt hat.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wann kommen Sie denn nun zu Vorschlägen? Sie halten hier ja nur einen Vortrag!)

Herr Kollege Hentschel, meine Redezeit beträgt 35 Minuten;

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Um Gottes willen!)

davon habe ich gerade 10 Minuten verbraucht. Warten Sie doch einfach ab. Ich nehme es Ihnen ja auch nicht übel, daß Sie die Haushaltsberatungen der letzten Jahre nicht nachvollzogen haben, aber die F.D.P.-Fraktion dieses Hauses hat jeweils bei den Haushaltsberatungen mit umfangreichen Vorschlägen mit anderer politischer Prioritätensetzung versucht, dem Haushalt andere Strukturen zu geben.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Klasse!)

- Ja, ich finde das auch „klasse“. Ich habe ja gehört, daß Sie noch lernen, und bin begierig zu erfahren, ob Ihre Lernphase bereits abgeschlossen ist oder ob sie die ganze Legislaturperiode hindurch andauern wird. Das werden wir dann in den Haushaltsberatungen sehen. Die Erklärungen Ihrer Fraktionsvorsitzenden zu vielen Bereichen habe ich ja zur Kenntnis genommen.

Aber nehmen Sie bitte auch zur Kenntnis, daß die Länder des ehemaligen Ostblocks mittlerweile zu attraktiven Investitionsstandorten geworden sind, die mit niedrigen Löhnen zu Investitionen in marktnahen Produktionsstätten einladen. Das Ausweichen vor hohen Löhnen, Steuern und Abgaben ist für die Unternehmen um ein Vielfaches einfacher geworden als noch vor wenigen Jahren.

Frau Kollegin Erdsiek-Rave, was die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute der Bundesregierung ins Stammbuch geschrieben haben, was die Finanzpolitik angeht, ist zutreffend, aber sie haben gleichzeitig alle Gebietskörperschaften des Bundes und der Länder darauf hingewiesen, daß wir dann, wenn es nicht demnächst - und ziemlich zügig - zu einem Abbau

der Steuerabgabenquote kommt, noch viel größeren Problemen gegenüberstehen werden als denen, die wir gegenwärtig politisch zu „handeln“ versuchen.

Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß wir im Zuge der **Globalisierung** mit neuen Konkurrenten aus den asiatischen Tigerstaaten zu kämpfen haben, die qualitativ hochwertige High-Tech-Produkte zu wesentlich günstigeren Preisen offerieren. Eine in die Zukunft gerichtete Politik muß diese neuen Herausforderungen annehmen.

Ihr Haushalt, Herr Finanzminister, beweist, daß Sie dazu nicht in der Lage sind. Er ist die in Zahlen gegossene Quittung für den seit Jahren verschlafenen Strukturwandel. Er strotzt von strukturell falsch und wirtschaftspolitisch schädlichen und gesellschaftspolitisch fragwürdigen Entscheidungen. Das über alle Pläne verteilte Sparen mit Hilfe von vorgegebenen **Einsparkorridoren**, die jedes Ministerium zu erbringen hat, funktioniert angesichts des zu großen Sparumfangs nicht mehr, ja, es führt geradezu zu widersinnigen Ergebnissen. Die durch die Schaffung neuer Lehrerstellen im Bildungsbereich entstandenen Mehrkosten werden durch überproportionale Einsparungen bei den Universitäten aufgebracht, um den Sparkorridor im Bildungsbereich einzuhalten. Dies ist für uns - Herr Hentschel ist jetzt leider nicht mehr hier - der falsche Weg.

(Beifall bei der F.D.P.)

Haushaltskonsolidierung kann nur über eine klare Prioritätensetzung erreicht werden. Die **Kernaufgaben** des Staates müssen absoluten Vorrang genießen: Justiz und innere Sicherheit, Bildung und die Sicherstellung staatlicher Hilfen für diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die unverschuldet in eine Notlage geraten sind.

(Beifall bei der F.D.P.)

Was Sie hier mit der Gestaltung dieses Haushaltsentwurfs veranstalten, ist genau das Gegenteil. Sie verzetteln sich bei der Bedienung jedweder Sonderinteressen; jedem wohl und keinem wehe - das geht in Zeiten immer knapper werdender Mittel nicht mehr. Vieles ist wünschenswert, doch leider nur noch wenig bezahlbar.

Ich sage auch an dieser Stelle - das darf ja kein Tabuthema sein, Frau Kollegin Erdsiek-Rave -, Sie müssen sich fragen lassen, ob man beispielsweise die 500 000 DM, die Sie für das inzwischen zu trauriger Berühmtheit gekommene **Schwulen-/Lesbenreferat** aufwenden wollen, nicht anders hätte einsetzen können. Weder die Frage, was dieses Referat denn konkret an Verbesserungen für die Betroffenen bringen soll, noch die Überlegung, ob es nicht andere, wesentlich dringlichere Probleme gibt, ist im Zusammenhang mit der Einrichtung dieses Referats gestellt, geschweige denn beantwortet worden. Sie hätten die Ausgaben dafür beispielsweise in den Bildungsbereich investieren können, statt die Zuwendungen an die Universität und an die Fachhochschulen des Landes in einem noch nie dagewesenen Umfang zu kürzen und als zusätzliche Bestrafung auch noch die Überlastmittel um knapp 2,5 Millionen DM zurückzufahren.

Diese Maßnahmen dürfen so auf keinen Fall durchgeführt werden, denn dann wird die **Universität Kiel** zum 1. Januar 1997 einen ganzjährigen Einstellungsstopp mit katastrophalen Auswirkungen auf Forschung und Lehre verfügen müssen. Frau Kollegin Erdsiek-Rave, vielleicht erklären Sie den jungen Menschen, die hier morgen demonstrieren werden, einmal, daß dies Ihre fortschrittliche Bildungspolitik ist, unter der sie leiden müssen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Größere Institute können die zeitweilige Nichtbesetzung eines Lehrstuhls durch Vertretungen für eine gewisse Zeit auffangen; den kleinen Instituten ist dies nicht möglich. Die Folge wird sein, daß Lehrveranstaltungen ausfallen und Prüfungen nicht abgenommen werden können. Wenn Lehrveranstaltungen ausfallen, ist es natürlich nur folgerichtig, daß die Landesregierung den Titel für Lehrmittelbeschaffungen um 2 Millionen DM kürzen möchte; wo nicht studiert wird, braucht man bekanntlich auch keine Bücher. So kann man die Bildungsmisere natürlich auch lösen: Sparoperation gelungen, Patient tot! Mit Zukunftspolitik hat diese kurzatmige Kürzungspolitik nichts zu tun.

Der hohe Bildungsstand war bisher einer der großen Vorteile des Standorts Deutschland im internationalen Wettbewerb. Mit Beschlüssen wie

den hier zur Debatte stehenden Kürzungsvorschlägen sägen wir an dem Ast, auf dem wir alle sitzen. Nur eine leistungsfähige und effiziente Hochschulausbildung sichert langfristig das Überleben des Hochschulstandorts Deutschland. Anderenfalls wird sich die jetzt schon sichtbare Tendenz verstärken, daß die Besten ihr Studium nicht mehr in Deutschland, sondern an den besser ausgestatteten Universitäten im Ausland absolvieren werden. Das wäre fatal für die weitere Entwicklung unseres Landes.

Ich sehe, daß der Kollege Rossmann sein Haupt neigt, aber allein die Nachfragen beispielsweise in Frankreich, Großbritannien oder in den Vereinigten Staaten würden Sie eines Besseren belehren.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:
Ich sage nur: Minus 4,5 bei Rüttgers!)

- Ja, ja; ich sage es noch einmal: Sie können hier nicht ständig Ihr Versagen hier im Lande damit entschuldigen, daß es in Bonn eine miserable Politik gibt.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD)

Sie versagen hier im Lande ganz zentral.

Ich sage es Ihnen noch einmal: Wer Bildungsausgaben kürzt, verspielt leichtfertig die Zukunftschancen der jungen Menschen in diesem Lande.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:
Sagt Rüttgers!)

Wir Liberalen werden den Totsparbeschlüssen dieser Landesregierung entschieden Widerstand entgegensetzen. Die F.D.P.-Fraktion wird auch in diesem Jahr durch Umschichtungen und Einsparungen in ihren Haushaltsanträgen Mittel für die Universitäten und die Fachhochschulen freimachen. Wenigstens im Bereich der schulischen Bildung hat die Landesregierung ja die Zeichen der Zeit erkannt, wenn auch nur nach intensiven Nachhilfestunden durch den Kollegen Klug. Ich erinnere mich noch an die Debatten im letzten Jahr, Frau Erdsiek-Rave, als hier noch erklärt wurde, zusätzliche 100 **Lehrerstellen** seien nicht finanzierbar. Hier ist erklärt worden - Herr Rossmann schüttelt schon wieder seinen Kopf; wir können Ihnen das alles aber belegen -, diese Stellen

seien nicht finanzierbar und seien auch nicht nötig. Heute wissen wir, daß das, was Sie machen wollen und wozu Sie dann ja auch stehen, nicht mehr ist als ein Tropfen auf den heißen Stein, daß es zu spät kommt und in seinen Ausmaßen immer noch zu gering ist.

Die Schaffung von 150 neuen Lehrerstellen wird von uns ausdrücklich begrüßt. Die Regierung liegt damit nahe bei den 200 Stellen, die die F.D.P.-Fraktion bereits zum Haushalt 1996 beantragt hatte, und zwar finanziell abgesichert durch Einsparungen in anderen Haushaltsbereichen.

Hätte man diese Stellen nicht als Angestellten-, sondern als Beamtenstellen ausgewiesen - darauf hat der Kollege Dr. Hennig bereits hingewiesen -, dann wären bei gleichen Kosten noch einige Stellen mehr dringewesen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Alle Gutachten zu dem Kostenvergleich zwischen Beamten und Angestellten bestätigen dies, wenn auch mit unterschiedlich hohen Zahlen. Aber von dieser Landesregierung war nichts anderes zu erwarten. Wenigstens in der Abneigung gegen Beamte zeigen sich Gemeinsamkeiten zwischen Roten und Grünen.

Daß Frau Simonis unqualifiziert auf **Beamte** einschlägt, ist nicht neu. Inzwischen warnt ja sogar der Kollege Poppendiecker seine eigene Ministerpräsidentin öffentlich davor, Beamte zu Prügelknaben zu machen, so nachzulesen in der „Heiligenhafener Post“ vom 26. September dieses Jahres.

(Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Kollege Poppendiecker wird dort mit folgenden Worten zitiert: Draufhauen möge zwar in gewissen Bevölkerungskreisen gut ankommen, der Sache aber nütze es nicht. - Dem stimmen wir zu.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Aber natürlich konnte die Fraktionsvorsitzende der Grünen der Ministerpräsidentin nicht nachstehen:

„Beamte sind obrigkeitshörig, autoritär und deswegen nicht im Schuldienst zu gebrauchen“,

so Ihre Aussage, nachzulesen im Landtagsprotokoll vom 15. August dieses Jahres.

(Beifall bei der F.D.P. - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist bedauerlich, daß die ideologische Voreingenommenheit von Rot-Grün gegenüber Beamten auf dem Rücken der Eltern und Schüler ausgetragen wird, die für jeden zusätzlichen Lehrer dankbar sind.

Auch bei der Ausstattung mit Computern verschläft die Landesregierung die Zukunft. Gefangen in der Schuldenfalle, ist sie nicht mehr in der Lage, Investitionen für die Zukunft zu treffen.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Computer breiten sich in unserer modernen Welt immer weiter aus und sind aus unserem Alltag inzwischen nicht mehr wegzudenken, Kollege Neugebauer, auch wenn, wie ich gehört habe, die SPD-Fraktion damit schlecht ausgestattet ist.

Die Informations- und **Kommunikationstechnologie** wird die Schlüsseltechnologie zu Beginn des 21. Jahrhunderts sein. Wer nicht frühzeitig lernt, mit dieser Technologie umzugehen, wird von der allgemeinen Entwicklung abgehängt. Wir schaffen hier schon wieder neue Kommunikations- und Sprachbarrieren gerade für Menschen, die nicht aus einem sozialgesunden Elternhaus kommen. Schon jetzt nutzen vorwiegend Absolventen höherer Bildungsgänge die Möglichkeiten der neuen Kommunikationstechniken. Will die Landesregierung die Entwicklung hin zu einer Technik- und Informationselite nicht tatenlos hinnehmen, dann sollte sie schleunigst für Abhilfe sorgen und jeder Schule eine adäquate Ausstattung mit Computern und einen Zugang zum Internet verschaffen.

(Beifall bei der F.D.P. und der Abgeordneten Angelika Volquartz [CDU])

Wir werden in diesem Zusammenhang entsprechende Anträge stellen und auch für die Finanzierung sorgen.

Es wirft ein deutliches Licht auf die tatsächliche finanzielle Situation des Landes, wenn Heide Simonis in Radiospots um alte Computer für die Schulen in Schleswig-Holstein betteln muß. Wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, wird das Kabinett zur Weihnachtszeit in der Fußgängerzone Lieder singen und um Almosen für den notleidenden Landeshaushalt nachsuchen müssen. Wir stellen uns eine moderne Schulpolitik jedenfalls anders vor.

Das Trauerspiel rot-grüner Politikverunstaltung setzt sich in der Wirtschafts- und Sozialpolitik fort. Frau Ministerin Moser berichtet uns im „Hamburger Abendblatt“ vom 18. September stolz, daß die Mittel für das **Arbeitsmarktprogramm** um 12 Millionen DM - heute hieß es, Herr Minister, um 10 Millionen DM - auf das Rekordniveau von 65 Millionen DM angehoben worden seien.

Der zweite Arbeitsmarkt wird aus Staatsgeldern finanziert. Woher nimmt der Staat diese Gelder? Natürlich von seinen Bürgern und von seinen Unternehmen. Sie erhöhen die Mittel für den **zweiten Arbeitsmarkt**. Woher nehmen Sie diese zusätzlichen Mittel? Natürlich von den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes. Was folgt, sollte eigentlich auch für Sozialdemokraten und Grüne einsichtig sein: Wenn das Geld nicht mehr ausreicht, wird weiter an der Steuer- und Abgabenschraube gedreht, womit wir wieder beim Ausgangspunkt unserer Überlegungen wären.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Herr Kollege Neugebauer, obwohl Sie beim Finanzamt waren und sich für die Rendsburger Hochbrücke massiv eingesetzt haben, ist die Verschiebung der Senkung des Solidaritätszuschlages noch keine Zustimmung zu einer Steuererhöhung. Ich wäre dankbar dafür, wenn sich die Sozialdemokraten mit den Liberalen gemeinsam an die Spitze der Bewegung setzen würden: senkt die Steuer- und Abgabenlast! Wir würden ja einen Nenner finden. Aber Ihre Finanzpolitik in Bonn ist ja genauso ein Tollhaus, wie es der Kollege Fischer für die Regierungskoalition ansatzweise beschrieben hat. Es gibt keinen Vorschlag, der bei Ihnen 48 Stunden

überdauert. Deshalb ist für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes die Sozialdemokratie zu dem Schauspiel, das die Regierungskoalition in Bonn bietet, überhaupt keine Alternative mehr. Das werden Sie bei den nächsten Wahlen - ich sage es auch Ihnen voraus - noch nachdrücklich erleben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wozu führen hohe Steuern und Abgaben bei Unternehmen? Ihre Kostenbelastung steigt. Sie wandern dorthin ab, wo sie kostengünstiger produzieren können. In der Konsequenz steigt der Bedarf auf dem zweiten Arbeitsmarkt weiter. Der unheilvolle Zwang zur Einnahmeverbesserung beginnt erneut. Daß dieses immer noch nicht verstanden worden ist, beweist Frau Moser im selben Artikel einige Zeilen weiter - ich zitiere -:

„Aber selbst, wenn mir jetzt die klassischen Arbeitsmarktpolitiker an die Gurgel gehen: Mit Wirtschaftswachstum ist der Arbeitsplatzabbau nicht umkehrbar, und man kann auch nicht alle Menschen so reintegrieren, daß sie im ersten Arbeitsmarkt dauerhaft auf eigenen Füßen stehen können.“

Zunächst einmal, Kollege Neugebauer, bin ich dankbar dafür, daß ich heute von denjenigen, die vor zehn Jahren noch ein Null-Wachstum gefordert haben, höre, daß es wichtig wäre, für mehr wirtschaftliches Wachstum zu sorgen.

Sehr geehrte Frau Moser, nach meiner Auffassung reagieren Sie mit Methoden aus der wirtschaftstheoretischen Steinzeit auf Herausforderungen des nächsten Jahrhunderts. Ich will versuchen, das zu belegen.

Die Idee, daß der Staat vordringlich in Bereichen der Infrastruktur investieren soll, scheint den Sozialdemokraten dieses Landes völlig fremd zu sein. Während Sie die Mittel für den zweiten Arbeitsmarkt erhöht haben, verringern Sie gleichzeitig das Fördervolumen für den Wohnungsbau von 5000 auf 4000 Wohnungseinheiten, so daß die Zahl der geförderten Wohnungseinheiten im nächsten Jahr sinkt. Investitionen im Wohnungsbau führen durch Folgeinvestitionen zu einer Belebung auf dem ersten Arbeitsmarkt. Überschlägig berechnet kann man sagen, daß pro geförderter Wohnungseinheit zwei Arbeitsplätze pro Jahr geschaffen

beziehungsweise erhalten werden. Umgekehrt bedeutet dies, daß durch die Senkung der Wohnungsbauförderung 2000 Arbeitsplätze vernichtet werden. Gleichzeitig erhöhen Sie die Zahl der ABM-Stellen.

Dieses schizophrene Verhalten zeigt deutlich, daß es Ihnen auf strukturelle Verbesserungen überhaupt nicht ankommt. Es ist Ihnen wichtiger, ABM-Stellen auf dem zweiten Arbeitsmarkt einzurichten, um die Bürger dann mit hochgehobener Zeigefinger darauf hinweisen zu können: Diese Arbeitsstelle hat die Landesregierung in ihrer unendlichen Güte geschaffen.

Die 2000 Arbeitsplätze, die durch die Verringerung der Wohnungsbauförderung auf dem ersten Arbeitsmarkt verlorengehen, sieht man ja nicht, genausowenig wie diejenigen, die durch die hohe Abgaben- und Steuerlast ins Ausland exportiert worden sind und auch in Zukunft exportiert werden.

Liebe Kollegin Erdsiek-Rave, ich habe es in diesem Hohen Hause auch schon einmal gesagt: Man mag es beklagen, aber es ist eine nicht zu leugnende Tatsache, daß Kapital keine Moral kennt, sondern nur eine Rendite. Sie können noch so hohe moralische Erwartungen an Unternehmer beziehungsweise Unternehmen richten. Wenn sich das auf dem Markt nicht rechnet, dann wird das Unternehmen verschwinden. Das ist mit Appellen und dem Anhalten zu einer vermeintlichen political correctness überhaupt nicht zu bewegen. Sie können sich den wirtschaftlichen Zwängen nicht entziehen, in Schleswig-Holstein als Insel der Seligen schon gar nicht.

Ihrem Hang zum **symbolischen Handeln ohne Konzept** frönen Sie nicht nur bei der Arbeitsmarktpolitik; auch die Wirtschaftsförderung ist von diesem rot-grünen Bazillus infiziert. Die Maßnahmegruppe 12 in Kapitel 0602 hält Fördermittel für ein **Existenzgründerinnenprogramm** in Höhe von 1 Million DM bereit. Sie müssen sich die Frage stellen lassen, was dieses Programm eigentlich soll. Was sind denn die besonderen Anforderungen von Existenzgründerinnen, denen laut Titelerläuterung mit diesem Programm entsprochen werden soll?

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Lassen Sie sich einmal von der Beratungsstelle beraten!)

Sie gibt es nicht, Frau Erdsiek-Rave. Oder gibt es bei Unternehmensgründungen geschlechtsspezifische Finanzierungsprobleme?

(Zurufe von der SPD: Ja!)

- Die werden Sie dann mit Ihrer Beratungsstelle lösen!

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: So ist es!)

- Es macht keinen Sinn, mit Ihrem matriarchalischen Gesellschaftsverständnis noch weiter zu operieren.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das empfinde ich als Kompliment!)

- Es mag ja sein, daß Sie das als Kompliment empfinden. Aber die Menschen dieses Landes empfinden das immer weniger als Kompliment. Anders sind die 39,6 %, die Sie bei der letzten Landtagswahl erreicht haben, nicht zu erklären. Sie wollen von Ihnen nicht ständig weiter bevormundet und betreut werden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich lese aus solchen Ideen nur eines heraus: Sie sind so in Ihrem **Bild der Frau** als unterdrücktes Opfer gefangen, daß Sie es modernen Frauen nicht zutrauen, Förderungen aus den bisher bestehenden Töpfen zu beantragen und auch zu erhalten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Dazu kann ich nur sagen: Ihr Frauenbild hat nichts mit der Wirklichkeit zu tun. Es stammt aus dem vorigen Jahrhundert.

(Beifall bei F.D.P. - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gut, daß Sie das als Mann so genau wissen!)

Aber auch im Bereich der Polizei und der inneren Sicherheit finden wir Aktionismus pur. Außerplanmäßige Beförderungsmaßnahmen werden uns als wesentlicher Beitrag zur Strukturverbesserung im Personalkörper der **Polizei** verkauft und sind doch nichts anderes als der Nachweis dafür, daß reguläre Beförderungen in der

Vergangenheit nicht durchgeführt wurden und jetzt durch publikumswirksame Befriedungsaktionen nachgeholt werden müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Gleichzeitig mit den großartig angekündigten Beförderungen wird bei der Polizei Personal abgebaut. Allein 1996 und 1997 fallen 55 Stellen dem Rotstift zum Opfer, und das vor dem Hintergrund stetig steigender Kriminalitätszahlen.

Aber nicht nur in der Frage der Personalausstattung lassen Sie die Polizei allein, auch der katastrophale Ausrüstungsstand wird einfach ignoriert. In unserer Großen Anfrage zur Lage der Polizei haben wir die Schwachpunkte benannt. Ob Schutzwesten, durchstichsichere Handschuhe oder moderne Bürokommunikationstechniken - es fehlt an allem, und das wird auch von allen beklagt, Herr Minister.

Besonders schlimm ist der bauliche Zustand zahlreicher Polizeigebäude. Rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen hat der Innenminister den laut Aussage seiner Presseerklärung vom 24. Oktober 1996 „unhaltbaren baulichen Zuständen“ in dem Gebäude im Wasserkrüger Weg, Mölln, durch die Anmietung eines neuen Gebäudes ein Ende gemacht.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

Dies haben wir, wie wir ebenfalls der genannten Pressemitteilung entnehmen können, „der beharrlichen und soliden Arbeit engagierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der **Polizei**, des Innenministeriums, des Finanzministeriums und der Oberfinanzdirektion“ zu verdanken.

(Unruhe bei der CDU)

- Ich gehe nicht davon aus, daß die Spitze der CDU-Fraktion jetzt den Vorschlag des Kollegen Stritzl diskutiert, Existenzgründer mit 100 % voll zu versorgen.

Die Verhaltensweise des Innenministers ist schlicht ein Skandal. Sie erinnert an einen Brandstifter, der sich dafür loben läßt, daß er so eifrig beim Löschen des von ihm gelegten Brandes mitgeholfen hat. Der Minister ist doch derjenige, der sich über lange

Jahre nicht um das Gebäude in Mölln gekümmert hat, so daß die Beamten nicht mehr die Toiletten im Haus benutzen können. Sie müssen statt dessen bei der in der Nähe gelegenen Filiale von Mc Donalds „Amtshilfe“ in Anspruch nehmen, und sie werden dies auch noch eine Weile weiter tun müssen. In Mölln wurde jetzt durch eine kurzfristige Aktion Abhilfe geschaffen.

Möllner Verhältnisse gibt es aber im ganzen Land. In Kiel-Eichhof klebt der Schimmel an den Wänden, die Toiletten sind unbrauchbar. Ähnliche Zustände herrschen in Husum, Neumünster oder in Flensburg, wo man sogar soweit gegangen ist, einen Mietvertrag zu kündigen, ohne eine Alternative zur Unterbringung des Personals nach dem 1. Januar 1997 zu haben.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Volquartz [CDU])

Mit kurzfristigen Löschaktionen wie der in Mölln ist den Bediensteten in anderen Gebäuden nicht geholfen. Die Landesregierung, Herr Minister, muß diesen Zuständen ein Ende bereiten. Ich sage hier in allem Ernst: Ich habe kein Verständnis dafür, daß die Landesregierung Mittel dafür ausgibt, daß Jugendliche darin unterrichtet werden, bei Demonstrationen der Polizeitaktik auszuweichen, die Polizei dagegen nicht mit entsprechenden Ausrüstungsgegenständen ausgerüstet wird, um sich gegen gewalttätige Angriffe schützen zu können.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Im Justizbereich sieht es nicht besser aus. Die Gerichte leiden unter den hohen Fallzahlen, die sie mit einem verringerten Personalbestand und veralteter technischer Ausstattung bearbeiten müssen. Zusätzliche Richterstellen müssen dringend geschaffen werden. Ich sage Ihnen auch hier voraus, Herr Justizminister: Wenn die Form der Personalbewirtschaftung in einigen Landgerichtsbezirken nicht verändert wird, wird es demnächst gravierende, das heißt auch schlimme Einschnitte für die **Justiz** geben. Darauf hat der Landgerichtspräsident in Kiel hingewiesen. Ich würde das ernst nehmen, weil der Bundesgerichtshof sich nicht damit abspeisen lassen wird, daß in Schleswig-Holstein die Mittel anders eingesetzt werden oder knapp sind. Der Rechtsstaat hat seine Grenzen eben nicht in der schlechten Finanzausstattung der Justiz.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Mit dem neuen Automationsverfahren „MESTA“ ist bei den Staatsanwaltschaften der richtige Weg hin zur Entlastung von Verwaltungsaufgaben gegangen worden. Ähnliches wäre bei der Ausstattung von Richterarbeitsplätzen wünschenswert und dringend geboten. Meine herzliche Bitte geht dahin, im Mittelbau bei den Angestellten dafür zu sorgen, daß die Bugwelle von Arbeit, die die vor sich herschieben, endlich abgebaut wird, damit man zu einer ordentlichen Bearbeitung der Fälle kommen kann, statt wie bisher unter ständigem Zeitdruck zu stehen. Eine Lösung wäre, zum Beispiel durch die Schaffung eines Anreizes für Wochenendarbeit die Bugwelle abzubauen, um auf einen Stand zu kommen, der weiteres sinnvolles Arbeiten ermöglicht. Das ist eine dringende Bitte von mir, die mit relativ wenig finanziellem Aufwand erfüllt werden kann, möglicherweise auch noch mit Beginn des Haushaltsjahres.

Das in den Einzelplänen sichtbare rot-grüne Mißmanagement wird in der Gesamtstruktur des Haushalts deutlich: neue Negativrekorde allenthalben. Schleswig-Holstein hat die zweitgrößte Pro-Kopf-Verschuldung aller Flächenländer hinter dem komplett bankrotten Saarland. Gleichzeitig ist die **Investitionsquote** auf einen neuen historischen Tiefstand von 11,1 % gesunken. Anstatt zu investieren, wird das geliehene Geld mit konsumtiven Ausgaben verfrühstückt. Kommende Generationen Schleswig-Holsteins müssen so für die Verschwendungssucht und Sparunfähigkeit der rot-grünen Landesregierung bezahlen. Michael Kluth hat es im „Hamburger Abendblatt“ vom 3. September 1996 auf den Punkt gebracht:

„Die bayerische Landesregierung achtet eisern darauf, daß die Investitionsquote oberhalb der 20 %-Marke bleibt. In Schleswig-Holstein bewegt die Quote sich in den einstelligen Bereich. Bayern ist ein blühendes Land. Schleswig-Holstein ist es nicht. Mit so einer Regierung wird es das auch nicht werden.“

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Bevor ich zum Schluß komme, möchte ich noch ein paar Worte zum Verhalten der Landesregierung bei der Vorstellung der Eckwerte des Haushalts bemerken. Es ist, Herr Minister und Frau Ministerpräsidentin, ein schlechter und undemokratischer Stil, den Minister durch das Land reisen zu lassen und den Bürgern von den Segnungen aus Ihrem neuen Haushalt berichten zu lassen, während das Parlament als eigentlicher Haushaltssoverän noch auf die Zuleitung des Haushaltsentwurfs wartet.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich hoffe - und ich spreche damit wahrscheinlich im Namen aller Fraktionen in diesem Hause -, daß dies eine einmalige Aktion war, die in Zukunft nicht mehr vorkommen wird.

Der Haushaltsentwurf der Landesregierung ist ein Dokument der Unfähigkeit. Strukturpolitische Entscheidungen werden vertagt, die Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins über die tatsächliche Haushaltssituation getäuscht. Die Landesregierung verspricht den Bürgern vollmundig, die angeblich unsoziale Kürzungspolitik der Bonner Regierung nicht mitzumachen, sie verspricht, soziale Leistungen nicht zu kürzen, obwohl sie weiß, daß sie ihre sozialen Wohltaten nach der Verabschiedung des Haushalts aus Geldmangel wieder einsammeln muß. Die ersten Rückzugsgefechte der SPD-Fraktion konnten wir bereits gestern in den „Kieler Nachrichten“ beobachten. Scheibchenweise kommt die ganze Wahrheit ans Licht. Nach dem Motto: „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern?“ konnten wir die neuartigen Erkenntnisse der SPD-Fraktion nachlesen, nämlich daß weitere Einschnitte zur dauerhaften Entlastung des Haushalts nötig seien.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, Sie werden jetzt von Ihren eigenen Sprüchen eingeholt. Ihr angeblich so solide finanzierter Haushalt ist beim ersten Windstoß wie ein Kartenhaus zusammengefallen. Sie schieben die Schuld natürlich auf die Finanzpolitik in Bonn. Das glaubt Ihnen aber ohnehin keiner mehr. Sie stehen vor den Trümmern Ihrer verfehlten Haushalts- und Finanzpolitik. Sie werden den Bürgerinnen und Bürgern jetzt erklären müssen, wieso ein Haushaltsentwurf nach etwas mehr als acht Wochen

nur noch ein wertloser Haufen beschriebenes Papier sein kann.

Solide **Haushaltspolitik** sieht für uns anders aus. Die F.D.P.-Fraktion wird bei den Haushaltsberatungen in den nächsten Wochen den Weg der leeren Versprechungen nicht mitgehen. Wir werden zeigen, Herr Kollege Hentschel, was tatsächlich bezahlbar ist und was nicht, und wir werden wie in jedem Jahr haushaltsstrukturelle Schwerpunkte in den Bereichen Bildung - insbesondere in den Bereichen Schule und Universität -, Justiz und innere Sicherheit setzen und unsere Forderungen mit soliden Finanzierungsvorschlägen untermauern.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Darauf warten wir!)

Wir werden zeigen, daß es auch in Zeiten enger werdender finanzieller Spielräume möglich ist, Politik so zu gestalten, daß die Zukunftsfähigkeit des Landes gesichert bleibt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich möchte eine Bemerkung vorweg machen, weil ich wie so oft nach dem Kollegen Kubicki reden darf. Die F.D.P. sieht sich selbst gern als Wirtschafts- und Modernisierungspartei auf allen Ebenen. Ich finde, daß die F.D.P. aber auch einsehen muß, daß wirtschaftliche Entwicklung nicht nur in der Wirtschaft stattfindet. Das zeigen die Gewinne der Privatwirtschaft. Das heißt, daß wir als Gesellschaft nicht weiterkommen, wenn wir nur Infrastrukturmaßnahmen schaffen, wir müssen auch Ziele formulieren, wir müssen wirtschaftliche Entwicklung steuern wollen, denn nur so können wir es erreichen, daß Menschen aus der Arbeitslosigkeit herausgeholt werden. Deshalb müssen wir bei der Lösung dieses Problems eine ganze Bandbreite von Möglichkeiten und Maßnahmen mit einbeziehen.

Recht haben Sie in dem Punkt, Herr Kubicki, wenn Sie sagen, daß es für uns als Volksvertreterinnen und Volksvertreter äußerst unbefriedigend ist, daß die Regierung seit ihrer Pressekonferenz im September fast einen Monat hat ins Land gehen lassen, bevor wir die genauen Zahlen des Haushaltsentwurfs 1997 zu sehen bekamen. In der Zwischenzeit sind allerlei Daten durch die Presse gegeistert; sie haben Bürgerinnen und Bürger, Betroffene und Institutionen verunsichert. Die Regierung warb schon offensiv für ihren Entwurf, während wir noch nicht in der Lage waren, dazu Stellung zu nehmen. So etwas erschwert die Arbeit des Landtages erheblich. Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, daß das Parlament vor der Öffentlichkeit informiert wird und nicht umgekehrt. Das kam auch schon im Finanzausschuß zum Ausdruck, und das ist auch die Meinung des SSW.

Auch 1997 muß das Land Schleswig-Holstein einschneidende **Sparmaßnahmen** durchführen und sich erheblich neu verschulden, um einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können. Dies ist konjunkturell bedingt, aber trotzdem unbefriedigend. Im vorliegenden Entwurf werden die Ausgaben des Landes im Vergleich zu 1996 nochmals gesenkt. Schon in diesem Jahr ist für den SSW die Belastbarkeitsgrenze in vielen Bereichen erreicht. Der Entwurf für 1997 beinhaltet weitere schwer hinnehmbare Sparmaßnahmen. Hinzu kommt jetzt noch die in der Haushaltsvorlage nicht berücksichtigte Auswirkung des Wegfalls der **Vermögensteuer**. Die Abschaffung der Vermögensteuer bei gleichzeitigem Sozialabbau ist nicht nur sozial unausgewogen, sie führt auch zu zusätzlichen Einnahmeverlusten für Länder und Gemeinden.

(Beifall bei SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Für das Land Schleswig-Holstein bedeutet dies - das ist schon mehrmals gesagt worden - für 1997 Einnahmenverluste in Höhe von 100 Millionen bis 150 Millionen DM. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Initiative, über den Bundesrat für die Beibehaltung der Vermögensteuer einzutreten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der SSW erkennt, daß die Landesregierung einen Haushalt vorgelegt hat, der im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Schäden der Finanzkrise einigermaßen in Grenzen hält. Der Finanzplan zeigt zumindest langfristig einen Ausweg aus der Schuldenmisere. Allerdings glauben wir auch, daß das Sparen in vielen Bereichen unsere Probleme noch verschärfen wird.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsförderung hat dies in einem Kommentar zum Beschluß des sogenannten Wachstums- und Beschäftigungsprogrammes der Bundesregierung sehr deutlich ausgedrückt:

„Sparen zum falschen Zeitpunkt wird die konjunkturelle Entwicklung nicht stärken, sondern schwächen und somit kontraproduktiv wirken. Ohne konjunkturellen Rückenwind lassen sich die Fehlbeträge von Bund, Ländern und Gemeinden nicht abbauen.“

Diese Aussage zeigt das Dilemma, in das sich die Finanzpolitik in Deutschland gebracht hat.

(Unruhe)

- Ich kann auch auf dänisch weiterreden; dann stört das vielleicht nicht so.

(Heiterkeit)

Unter diesen Voraussetzungen ist es unverantwortlich, völlig unflexibel auf die Einhaltung der Kriterien für die Europäische Währungsunion zu pochen, wie von der Bundesregierung beschlossen. Geht sie - so möchte man es fast nennen - auch weiterhin über Leichen, um die Maastricht-Kriterien zu erfüllen, dann geht der soziale Frieden in der Bundesrepublik Deutschland endgültig verloren - mit verheerenden Folgen.

Eigentlich müßten doch alle schon gemerkt haben, daß Politik nach dem Rasenmäherprinzip mehr Probleme aufreißt, als sie löst. In Zeiten, in denen nichts mehr sicher scheint und alles dafür unüberschaubarer ist, hat niemand Patentlösungen bereit. Wer es vorgibt, der oder die versucht sich und andere in einer Sicherheit zu wiegen, die es nicht mehr gibt.

Andererseits gibt es einige Ansätze, die vielversprechender sind als andere. Eine der grundlegendsten Antworten auf die Verwirrungen der Globalisierung und auf die Arbeitslosigkeit heißt, daß westliche Industrienationen auf ihren hohen Bildungsstandard setzen müssen, wenn sie in diesem internationalen Kampf den Kopf über Wasser behalten wollen. Das ist auch ein Beispiel dafür, daß Wirtschaftspolitik nicht nur in der Wirtschaft stattfindet.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber weder die Bundesregierung noch die Landesregierung hinterlassen den Eindruck, daß diese Kenntnis in ihre Politik einfließt. Die **Hochschulpolitik** beider läßt schwer zu wünschen übrig und wird sich unserer Ansicht nach noch rächen.

Dabei halte ich der Landesregierung gern zugute, daß es sich dabei nicht nur um hausgemachte Probleme handelt. Das ist klar. Sorgen machen wir uns auch unverändert um den schulpolitischen Bereich. In letzter Zeit werden häufig Vergleiche zur Situation in den anderen Bundesländern bemüht, um deutlich zu machen, daß es bei uns doch gar nicht so schlecht bestellt ist. Diese Sichtweise kann und will der SSW nicht teilen. Wir sind nicht der Auffassung, daß man dem Grundsatz „Uns geht es gut, weil es anderen noch schlechter geht“ folgen sollte.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nach Auffassung des SSW ist die **Unterrichtsversorgung** nur in akzeptablem Maße zu gewährleisten, wenn eine bedarfsorientierte Einstellungspolitik erfolgen kann. Mit anderen Worten: Wir sind dafür, daß immer so viele Lehrer zur Verfügung stehen, wie tatsächlich auch gebraucht werden. Es geht darum, den vorhandenen Bedarf zu decken. Wir wissen, daß es ein hochgestecktes Ziel ist, aber wir müssen uns dieses Ziel setzen. Das ist auch der wesentliche Grund dafür, daß der SSW sich dafür ausgesprochen hat, daß im Schulbereich Lehrer im Angestelltenverhältnis eingestellt werden sollen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das verstehe ich nicht!)

Weiterhin hoffen wir natürlich, daß das Projekt des Bildungsministeriums, das KLAUS-Projekt, der richtige Weg sein wird.

Auch wenn es sicherlich nicht zum klassischen Bildungsbereich gezählt wird, sind in diesem Zusammenhang auch die **Landwirtschaftsschulen** sozusagen als Vermittler von Humankapital zu erwähnen. Die Landwirtschaftskammer muß in den nächsten Jahren erhebliche Beträge sparen. Das wissen wir. Als Folge dessen hat man beschlossen, vier der acht Schulen zu schließen. Die Schulen in Schleswig oder in Bredstedt - die werden genannt - werden schließen müssen. In diesem Zusammenhang ärgert es den SSW besonders, daß man vor Jahren die einmalige Chance vertan hat,

(Holger Astrup [SPD]: Quatsch!)

die solide Grundlage für zumindest eine Landwirtschaftsschule in unserer Region zu schaffen.

(Beifall bei der CDU)

- Jawohl, Herr Astrup!

Eine Zusammenarbeit zwischen der Landwirtschaftsschule Flensburg und Grästen in Dänemark war damals kurz vor der Realisierung, als man sich entschied, die Schule in Flensburg zu schließen.

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay [SPD] - Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Mein Vorgänger, Karl Otto Meyer, sagte bereits damals - Herr Jensen-Nissen, ich weiß, daß es dabei eine große Koalition gab - hier im Landtag voraus, daß man sich damit einen Bärendienst erweisen werde. Und er hat ja recht bekommen. Die Schule in Schleswig wird wahrscheinlich auch geschlossen.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Von der geplanten grenzüberschreitenden Kooperation ist nichts mehr übrig.

(Holger Astrup [SPD]: Das liegt doch an den Dänen!)

- Nein, nein.

(Holger Astrup [SPD]: Ja, natürlich!)

So verbessern wir jedenfalls nicht die Qualität der Ausbildung hierzulande.

(Holger Astrup [SPD]: Das ist reine Legendenbildung!)

Die Qualität der Bildung, die zu häufig auf dem Altar der Sparpolitik geopfert wird, stellt eine der wesentlichen Grundbedingungen für die Senkung der Arbeitslosenquote dar.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Frau Abgeordnete Spoorendonk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Jensen-Nissen?

Anke Spoorendonk [SSW]:

Gern.

Peter Jensen-Nissen [CDU]: Sehr verehrte Kollegin Spoorendonk, teilen Sie meine Meinung, daß wir in dieser Frage noch einmal gemeinsam mit dem Landesbeauftragten für den Landesteil Schleswig - gerade was die Frage der Landwirtschaftsschulen angeht - diskutieren und uns für den Erhalt der Landwirtschaftsschulen in Bredstedt und in Schleswig aussprechen müssen?

- Die Meinung teile ich auf jeden Fall.

Ich wiederhole: Die Qualität der Bildung ist wesentliche Grundbedingung für die Senkung der Arbeitslosenquote. Die **Arbeitslosigkeit** ist die Geißel Nr. 1 in Deutschland. Ihre Folgen treffen die Kassen von Bund, Ländern und Kommunen in einem allmählich nicht mehr zu bewältigenden

Ausmaß. In dieser Situation wirkt sich die Sparpolitik der öffentlichen Hand für die Lösung der Arbeitsmarktp Probleme lähmend aus.

Sparpolitik wirkt auch in anderer Hinsicht kontraproduktiv, nämlich in bezug auf das Bestreben, die öffentliche Verwaltung zu modernisieren, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu motivieren und mehr Bürgernähe zu schaffen. Das wurde mir in einem Gespräch mit Vertretern des Landgerichtes in Flensburg klar. Da geht es um eine klitzekleine Sache wie die Einführung von Parkgebühren für Mitarbeiter. Im Klartext heißt das nämlich, daß Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit häufig niedrigem Einkommen, die nicht in der Stadt wohnen, bestraft werden, daß jedoch Rechtsanwälte mit einem dickeren Portemonnaie,

(Holger Astrup [SPD]: Nichts gegen Kubicki!)

die dienstlich beim Landgericht zu tun haben, dort weiterhin unbesorgt parken können. Das heißt auch, daß die Bemühungen des Landgerichts, Parkplätze flexibel belegen zu können, Möglichkeiten für Bürger zu eröffnen, die dort zu tun haben, eingestellt werden müssen. Dies ist eine kleine Sache, die aber zeigt, wie Sparpolitik von unten aussieht.

Der Sparzwang sowohl vom Bund als auch vom Land trifft den strukturschwachen **Landesteil Schleswig** besonders hart. Viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich mittlerweile in ihrer Existenz gefährdet. Der SSW fordert deshalb die Landesregierung auf, keine weiteren Schließungen von öffentlichen Institutionen in unserem Landesteil zuzulassen

(Beifall des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

und der Bevölkerung klare Signale zu senden. Einen ersten richtigen Schritt in diese Richtung hat die Landesregierung getan, als sie endlich einen Beauftragten für den Landesteil Schleswig ernannt hat - ohne Aufstockung des Personalhaushaltes.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Weil Herr Hennig vorhin die Frauenförderpläne angesprochen hat, gestatten Sie mir noch eine kleine

Bemerkung. Frauenförderpläne - das muß auch noch einmal gesagt werden - sind ja eine Krücke in der Gleichstellungspolitik. Das weiß auch die Wirtschaft, erst recht der Teil der Wirtschaft, der zukunftsweisend arbeitet. Er weiß, daß in einigen Jahren keine Facharbeiter mehr da sein werden, daß also vorsorglich etwas für die Förderung der Frauen getan werden muß.

(Beifall bei SSW und SPD)

Abschließend möchte ich noch ein paar Bemerkungen zur **Minderheitenpolitik** machen. Die finanzielle Gleichstellung der dänischen Minderheit und der Friesen mit der Mehrheitsbevölkerung ist noch nicht in allen Teilen erreicht. Auch in finanziell schweren Zeiten hält der SSW am Ziel der Gleichstellung der Kulturen fest. Der Landtagspräsident hat deutlich gemacht, daß die Unterstützung der Minderheitenpolitik nicht von der aktuellen finanziellen Lage des Landes abhängen darf. Dies kann der SSW nur unterstützen. Deshalb möchten wir dringend davor warnen, die schlechte finanzielle Situation des Landes auszunutzen, um das bisher in der Minderheitenpolitik Erreichte zurückzuschrauben.

(Beifall bei SSW und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, ich schlage vor, daß wir jetzt noch Frau Ministerpräsidentin Simonis das Wort geben, auch auf die Gefahr hin, daß wir vielleicht ein bißchen in die Mittagspause hineinkommen. - Sie haben das Wort, Frau Ministerpräsidentin.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ein Staatsgebilde so etwas wie Würde besäße, müßte man jetzt befürchten, daß diese Republik dabei ist, ihre Würde zu verlieren. Wie weit sind wir eigentlich gekommen, wenn in fast allen größeren Städten - nicht nur in unserem Lande - Kinder zusammen mit Rentnerinnen, Arbeitslosen und Obdachlosen in **Suppenküchen** anstehen, um mindestens einmal am Tag eine warme Mahlzeit zu bekommen?

Dieselben Frauen, die als Trümmerfrauen und als alleinerziehende Mütter die Aufbauleistungen nach

dem Krieg geschafft haben, stehen heute in der Schlage vor einer Suppenküche. Kinder, die nun wirklich nichts dafür können, daß ihre Eltern arbeitslos sind, müssen von Suppenküchen genährt werden, damit sie wenigstens einmal am Tag eine warme Mahlzeit bekommen. Schämen wir uns eigentlich nicht dafür, was da in unserem Land passiert?

Wenn man daran denkt, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß zum letzten Mal offiziell Suppenküchen nicht für diejenigen, die es in den Augen vieler vielleicht „verdient“ haben, weil sie ihren Halt im Leben verloren haben, in den fünfziger Jahren bei uns üblich waren, dann weiß man, wie weit wir es gebracht haben. Wenn das, was Herr Kubicki mit soviel Zynismus angesprochen hat, daß ich mich nämlich als Schirmherrin zur Verfügung gestellt habe, um zusammen mit einer Zeitung hier im Raume, der KN, und dem NDR eine Aktion zu unterstützen, um „Grundsteine“ für diese Kinderprojekte zusammenzubekommen, damit sie nicht total in der Armut, die durch die Arbeitslosigkeit ihrer Eltern um sie herum ist, verlorengelassen, sondern damit Hoffnung und Freude für diese Kinder aufkommt, das ist, was Ihre Parteifreunde auf Ihren Parteitagen oder in innerparteilichen Zirkeln besprechen, dann muß ich Ihnen sagen: Herr Kubicki, auch Sie sollten sich manchmal schämen für das, was Sie so in der Öffentlichkeit sagen.

(Beifall bei der SPD)

Wir reden nicht über Kinder irgendwo in der Dritten Welt, sondern wir reden über Kinder in einem Land, in dem die Zahl der Einkommensmillionäre um 40 % gestiegen ist. Das muß man sich einmal vorstellen.

Glauben Sie nur nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, daß Sie damit davonkämen, mit einer Art Schadensvorfreude auf die nächsten Steuerschätzungen im November zu verweisen, um uns zu beweisen, daß wir dann gar nichts mehr schaffen würden! Glauben Sie nicht, daß dieser Prozeß der Desintegration damit zu entschuldigen wäre, daß Sie sagen: Nun ja, wenn die in Bonn schon Mist bauen, dann könnt Ihr ja einmal zeigen, wie man es sehr viel besser machen kann! Oh nein, an diesem Prozeß sind die Bonner sehr viel mehr schuld als wir.

Die **Kluft zwischen Arm und Reich** hat ein nie gekanntes Ausmaß während der schwarz-gelben Koalition erreicht. Die Zahl der Einkommensmillionäre - ich sagte es schon - ist um 40 % gestiegen, gleichzeitig ist fast um dieselbe Höhe die Zahl der Menschen gestiegen, die von Sozialhilfe leben müssen.

Niemand von uns wird behaupten, daß Wohlstand unanständig ist; gute Einkommen seien jedem gegönnt. Unanständig ist es aber, wenn der Wohlstand derer, die schon viel haben, von denen gezahlt wird, die nichts mehr haben. Das ist die eigentliche Crux.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Die Gutverdienenden haben Abschreibungsmöglichkeiten ohne Ende. Der Durchschnittsverdiener hat in der Zwischenzeit von seinem Bruttogehalt einen Rekordanteil von fast 48 % an Abgaben zu bezahlen. Man muß schon - Herr Kubicki ist im Moment leider nicht da - in der Lage sein, einen Kopfstand oder einen Handstand zu machen, um das als sinkende **Abgabenlast** zu bezeichnen. Wenn man nämlich auf den Füßen bleibt, ist es eine Steigerung. 48 % hat es in dieser Republik noch nie gegeben. Jeder Werftarbeiter, der morgens aufsteht und für sich und die Seinen sorgen will, weiß, daß er nur noch die Hälfte dessen netto mit nach Hause bekommt, wofür er sich krummgelegt hat. Und das nennen Sie sinkende Abgaben! Nein, das nenne ich einen räuberischen Eingriff in die Portemonnaies anständig arbeitender Menschen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Und damit hört es nicht auf. Die Arbeitslosenhilfe soll gekürzt werden, ja, sie soll besteuert werden. Das Erziehungsgeld soll gekürzt werden. Die Bettler sollen besteuert werden und so weiter und so weiter. Alles mit der Folge, daß am Ende die Kommunen dies zu bezahlen haben.

Und als ob das alles noch nicht reichen würde, mußte die Erhöhung des Kindergeldes im Vermittlungsausschuß erst von uns erstritten werden. Der Solidaritätszuschlag kommt ein Jährchen später, vielleicht auch drei Jahre oder auch fünf Jahre später, nachdem er eigentlich erst gar

nicht kommen sollte. Ich sage Ihnen: Mit Ihnen ist er in hundert Jahren noch da, weil Sie die Aufbauleistung im Osten nämlich nicht hinbekommen.

(Meinhard Füllner [CDU]: Was heißt „Sie nicht hinbekommen“? Das müssen auch Sie mit hinbekommen!)

Die Mehrwertsteuer soll nicht erhöht werden. Kennen Sie zufällig Herrn Repnik? Der ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU und Bundestagsabgeordneter. Er hat heute morgen mit schönster Offenheit gesagt: Natürlich muß die Mehrwertsteuer erhöht werden. Hören Sie doch endlich auf, uns zu belügen! Sagen Sie uns, was Sie vorhaben, dann können wir mit Ihnen darüber reden und darauf reagieren!

(Zuruf von der CDU: Sie sind hier in Schleswig-Holstein und nicht im Bundesrat!)

Vielleicht können wir dann sogar auseinandersortieren, ob der eine oder andere Vorschlag nicht vielleicht doch vernünftig wäre.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von CDU und F.D.P.)

Das kann man über Parteigrenzen hinweg, wie wir es ja hier manchmal auch merken.

Im übrigen greifen Sie ja nicht nur den Bürgern in die Tasche, sondern auch den Ländern. Die Abschaffung der **Vermögensteuer**, wie Sie sie hier so gut darstellen, hoffen Sie ja nur dadurch durchzubekommen, daß kein Mensch weiß, was da passiert ist, nämlich daß die Vermögensteuer nicht verfassungswidrig ist,

(Holger Astrup [SPD]: So ist es!)

sondern daß die Hebesätze zu diskutieren sind und daß einfach durch die Aufgabe der Kompetenzkompetenz - ein grauenhaftes Wort - Herr Waigel seinen Wunsch, die Vermögensteuer abzuschaffen, hinbekommen hat, und jetzt die Länder das machen sollen, was eigentlich Bundesaufgabe ist, nämlich ein anständiges Gesetz zur vernünftigen Besteuerung von Vermögen in dieser Republik.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ob das am Ende 100 Millionen oder mehr bringt, hängt davon ab, wie gut wir bei der Kompensationsdiskussion sind. Es ist ja überhaupt noch nicht gesagt, daß wir eine Kompensation bekommen, und wenn wir sie bekommen, dann nur mit Hilfe von CDU- und CSU-Ministerpräsidenten. Sie sehen, es ist möglich, über Parteigrenzen hinweg zusammenzuarbeiten.

Während jungen Menschen angedroht wird, wenn sie unter 18 sind, keinen Zahnersatz zu bekommen, und während junge Menschen ohne Ausbildung sind und das Erziehungsgeld gekürzt werden soll, während die Arbeitslosigkeit steigt und die AB-Maßnahmen gestrichen werden, macht sich Herr Hennig Sorge um die feministische Bürokratie oder die gleichgeschlechtlichen Lebensformen. Haben Sie keine anderen Sorgen?

(Meinhard Füllner [CDU]: Sie haben keine anderen Sorgen! Das sind doch Ihre Sorgen, die Sie haben! - Zuruf von der CDU: Die Verantwortung liegt bei Ihnen hier in diesem Land! - Weitere Zurufe von der CDU)

Haben Sie wirklich keine anderen Sorgen als nur das, um Himmels willen? Herr Hennig, lassen Sie sich bitte von dem Forschungsminister einmal die neueste Verabredung der Bund-Länder-Kommission über die Förderpläne für Frauen in Wissenschaft und Wirtschaft zeigen. Da gibt es in Ihrer Partei sogar noch vernünftige Männer, das muß man schon fast mit einigem Aufseufzen hier feststellen.

(Beifall bei der SPD - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Ach was, das ist materielle Frauenförderung! - Weitere anhaltende Zurufe von CDU und F.D.P.)

Und wenn diese Bundesregierung die Maastricht-Kriterien nicht einhalten wird, was natürlich ein Schmerz in der Seele von Bundeskanzler Kohl ist, denn damit wollte er in die Geschichte eingehen, dann brauchen die Länder keinen blauen Brief von Herrn Waigel, sondern sie benötigen einen Finanzminister, dem nicht jeden Tag 10 Milliarden neue Finanzlöcher nachgewiesen werden.

Es ist überhaupt nicht mehr lustig, wenn folgender Witz in Bonn geht: Die kürzeste Einheit zwischen zwei Haushaltslöchern ist ein Theo. Darüber kann man sich abends am Stammtisch zwar totlachen, aber das Land geht bei dieser Längeneinheit kaputt, und deswegen bedarf es keiner blauen Briefe, sondern wir brauchen einen Finanzminister, der seine Hausaufgaben macht.

Wir sind für die **Währungsunion**, aber nicht als Vorwand, den Kleinen noch tiefer in die Tasche zu greifen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Wir sind für die Währungsunion, aber nicht, um damit die Arbeitsmarktpolitik hier im Lande kaputtzumachen. Wir sind für die Währungsunion, wenn sie von einer ordentlichen Wirtschaftsunion begleitet wird. Wir wollen den Föderalismus retten, und die Währungsunion allein könnte zusammen mit der Politik in Bonn dazu führen, daß die Länder überhaupt nicht mehr in der Lage sind, ihre Aufgaben, die ihnen laut Grundgesetz zustehen und die ihre ureigensten Aufgaben sind, zu erledigen.

Man kann viel über die **Hochschulen** sagen, aber wenn man feststellt, daß seitenweise im Vorlesungsverzeichnis der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel Vorlesungen mit NN angeboten werden

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Weil die Lehrstühle nicht besetzt sind! Das ist doch klar!)

oder - so der Vorwurf - die Durchschnittsvorlesungszeit bei machen Professoren 5,8 Stunden beträgt, dann, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, wird man doch Fragen stellen dürfen angesichts der Millionen, die in diesen Bereich fließen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN - Dr. Ottfried
Hennig [CDU]: Sie stellen keine
Frage, Sie streichen 12 Millionen!)

Ich bestreite gar nicht, daß wir vielen Menschen im Moment Opfer zumuten. Ich bestreite überhaupt nicht, daß es für manche ärgerlich ist, daß die politische Gestaltungsfähigkeit einer Regierung, die

sich viel vorgenommen hat, gering ist, weil weniger Geld zur Verfügung steht.

Ich würde mich freuen, wenn sich beispielsweise Herr Kubicki nicht so schadenfroh freuen würde, daß es uns so schlecht geht, sondern mit uns gemeinsam in Bonn versuchen würde, dafür zu sorgen, daß nicht nur Herr Lambsdorff zutreten kann, sondern daß Herr Rexrodt richtige Zahlen nennt und die Wirtschaft ankurbelt, damit Herr Waigel einen vernünftigen Haushalt aufstellen kann.

(Beifall bei der SPD - Dr. Ekkehard
Klug [F.D.P.]: Die
Wachstumsprognose geht hoch!)

- Die **Wachstumsprognosen** werden grundsätzlich von Herrn Rexrodt verantwortet. Wenn der Junge nicht ordentlich schätzen kann, kann der andere die Einnahmen nicht ordentlich schätzen. Das ist zufällig nun einmal Ihre Partei.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Gestern
waren es die
Wirtschaftsforschungsinstitute!)

- Wenn Herr Rexrodt nicht einmal in der Lage ist, die Zahlen der Institute zu nehmen und abzuschreiben, ist wirklich langsam Matthäi am Letzten.

(Zuruf des Abgeordneten Dr.
Ekkehard Klug [F.D.P.])

Die Ziele unseres Haushaltes sind: Nachhaltig wirtschaften, Arbeitslosigkeit - so gut wir können - bekämpfen, natürliche Ressourcen schützen und unseren Gemeinsinn stärken.

Nachhaltiges Wirtschaften - hier ist schon vieles gesagt worden - kann für die öffentlichen Hände auch bedeuten, sich Gedanken darüber zu machen, was eigentlich morgen passiert, wenn uns heute nichts dazu einfällt, wie wir die Beamtenpensionen finanzieren. Wenn Herr Brüderle in Rheinland-Pfalz einen Fonds unterschreibt, kann das wohl nicht nur Teufelswerk sein, sondern es muß eine Idee dahinterstecken.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Der ist
ganz anders konstruiert! - Dr. Ottfried

Hennig [CDU]: Der sieht ganz anders aus! Das wissen Sie!

Herr Brüderle ist ja wohl ein Cleverle, wie Sie immer behaupten.

Mit unserem **Pensionsrückstellungsfonds** machen wir genau das, was jetzt auch Herr Kanther anzuleiern versucht, nämlich einen Rückstellungsfonds.

(Zurufe von der CDU)

- Ich habe es gelesen. Was Herr Kanther gemacht hat, habe ich sehr gut verstanden. Er hat den Beamten gesagt: „Regt euch nicht auf, ihr kriegt erst mehr Geld, und dann nehme ich es euch wieder weg, damit ich es in den Fonds tun kann.“ Das ist Herrn Kanthers Vorschlag. Das ist Lüge, um es einmal vorsichtig zu sagen. Wir sagen den Leuten: Ihr kriegt es gleich weggenommen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Da ich gegen Tariftreibereien bin - was Herr Kanther machen muß, wenn er den Leuten sagt, „ich nehme euch hinterher das weg, was ich euch vorher gegeben habe“ - sagen wir: Nein, wir müssen auf einen Teil unserer Ausgaben heute verzichten, damit wir morgen über die Runden kommen. Und wir bestehen nach wie vor darauf, daß der **öffentliche Dienst** reformiert wird.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

- Wir?

(Klaus Schlie [CDU]: Ja, natürlich!)

- Nein! Alle 16 Ministerpräsidenten haben zu diesem Wunderwerk von Herrn Kanther nein gesagt. Wir waren nämlich so begeistert, daß wir gesagt haben: Wenn wir dazu ja sagen, müßte uns eigentlich die Hand abfallen. Wir haben ein Unglück verhindert, und zwar alle 16 zusammen, und wir hoffen, daß etwas Besseres im Vermittlungsausschuß herauskommt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß, daß unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier im Lande gern und gut arbeiten. Aber sie werden mit der Flut an Vorschriften, die aus Europa, aus Bonn und auch von uns auf sie zukommen, nicht mehr fertig.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Wir wissen aus den Gesprächen, die wir mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern führen, wir wissen aus den Seminaren, die wir mit ihnen abhalten, daß sie bereit sind, die Pfründen, die wir ihnen manchmal vorwerfen, nicht auf Biegen und Brechen zu verteidigen; nein, sie sind bereit, sich an einem modernen, effizienten Staat zu beteiligen. Ich bin ziemlich sicher, daß wir es schaffen werden.

Wir legen weiter darauf Wert, daß wir mit dem Wenigen, was wir haben, **Arbeit** schaffen. Arbeit steht in unserer Gesellschaft für Selbstwertgefühl und Selbstbestimmung. Arbeit und Einkommen bewahren den einzelnen davor, herumgeschubst zu werden, Suppenküchen in Anspruch nehmen zu müssen. Um Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen, sind sehr viele und sehr unterschiedliche Ansätze notwendig.

Der Faktor Arbeit muß billiger werden als manch anderer Faktor. Wir haben hier schon über eine **ökologische Steuerreform** diskutiert. Wir wollen nicht mit Billiglohnländern konkurrieren. Darüber haben wir auch schon diskutiert. Wir haben gesagt, wir wollen technologische Sprünge machen, um auf diese Art und Weise unsere Produkte auf dem Weltmarkt loszuwerden.

Die Gewerkschaften haben signalisiert - wir haben es aufgenommen -, daß sie bereit sind, an der einen oder anderen Stelle Opfer hinzunehmen, auch für länger, damit **Arbeitslosigkeit** bekämpft werden kann.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Warum reden wir nicht einmal darüber?

Die Landesregierung hat - so gut sie konnte - **Standort- und Rahmenpolitik** gemacht, die auch von Konservativen durchaus positiv gewürdigt wird, zum Beispiel von den Industrie- und

Handelskammern, zum Beispiel von den Wirtschaftsinstituten.

Mit dem Entwurf unseres Haushaltsplans versuchen wir, an das anzuknüpfen, was wir bisher geschafft haben. **Zukunftstechnologien** wie Software-Engineering, Bio- und Medizintechnik gedeihen in Schleswig-Holstein an der Ost- und Westküste in der Zwischenzeit schon so, daß sie genauso zu einem Markenzeichen geworden sind wie die „Schwarzbunten“ oder der „Dithmarscher Kohl“. Wir haben uns von einem Agrarland zu einem modernen Technologieland entwickelt. Wir müssen allerdings auch weiterhin noch etwas tun.

Mit der Förderung von **Wind- und Solarenergie** haben wir Unglaubliches geleistet nicht nur an Umweltschonung, sondern auch an Arbeitsplatzinvestition. 12 000 Menschen verdienen ihr Geld heute schon in diesem Bereich.

Ich bin stolz darauf, daß es uns gelungen ist, im Zusammenhang mit unserer Politik des vorsichtigen Sich-Annäherns an unsere Partner um dem **Ostseeraum** herum oder in Asien, jetzt mit unserer chinesischen Partnerprovinz Zheijang, ein neues Joint-Venture-Abkommen geschaffen zu haben. Dabei sind wir durchaus auf die Nichtachtung von Menschenrechten in **China** zu sprechen gekommen.

Wir werden dafür sorgen, daß unsere Fachhochschulen und Hochschulen den Teil, den sie an **Technologietransfer** leisten können, auch leisten werden.

Die Aktion „Schulen ans Netz“ ist so etwas, was man so schön durch den Kakao ziehen kann. Damit versuchen Sie, etwas herunterzusetzen, was sonst in ihren Parteien auf der rechten Seite dieses Hauses -

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das kommt von Rüttgers!)

- Eben, deshalb! Deshalb verstehe ich auch nicht, warum sich Herr Kubicki so darüber aufgeregt und gesagt hat, das sei so unanständig. Wir alle waren doch für Sponsoring. Jetzt machen wir es. Ich schreibe den Leuten einen Brief, und schon regt sich bei Ihnen wieder jemand auf.

Ich glaube, Herr Kubicki nimmt sich morgens vor: Ich will mich heute aufregen, denn heute ist

Landtag. Und dann regt er sich auf - egal, was kommt. Es wird eines Tages einmal dazu kommen, daß ich einen Antrag stelle, Herr Präsident, Herrn Kubicki auf Kosten des Landtages Beruhigungstabletten zu geben, bevor er morgens loslegt, damit wir hier in diesem Laden ein bißchen mehr Ruhe haben.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Was macht das Land für die Modernisierung der Schulen?)

Aber machen wir uns nichts vor: Auch in Zukunft wird es trotz aller Anstrengungen Menschen geben, die wir nicht mehr in den ersten Arbeitsmarkt integrieren können. Wenn ich lese - vielleicht war das lustig gemeint -, daß Sie sich für die **Polizeipferde** einsetzen, weil das einer der wenigen sinnvollen Arbeitsplätze für Pferde ist, muß ich Ihnen ehrlich sagen: Sie haben den Überblick verloren. Sie haben wirklich den Überblick verloren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht nicht darum, für 20 Polizeipferde einen sinnvollen Arbeitsplatz zu finden. Es geht darum, für Millionen von Menschen und Jugendlichen, die heute nicht wissen, ob sie morgen für sich sorgen können, eine Chance zu eröffnen, in der Zukunft für sich selber sorgen zu können. Das ist das Problem.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben uns schon oft über **Umwelt** unterhalten. Erlauben Sie mir dazu zwei Bemerkungen.

Natürlich wäre es vernünftig, die Umweltpolitik mit marktwirtschaftlichen Instrumenten so hinzubekommen, wie wir uns das vorstellen. Aber wer jetzt über den zweiten großen Müllskandal in der Bundesrepublik Deutschland gelesen hat, angefangen mit der Aktion „Grüner Punkt“, jetzt mit der Aktion des Umdeklarierens von giftigem Müll hin zu hochwertigen Rohstoffen, wird mir zustimmen müssen, daß Marktwirtschaft allein das ganze wohl nicht schafft. Folglich müssen wir Gesetze machen. Ich würde gern darauf verzichten.

Wir verzichten sofort auf die schleswig-holsteinische Grundwasserabgabe, wenn in Bonn

mit der ökologischen Besteuerung ein Instrumentarium geschaffen wird, das mit der sinnlosen Verschwendung von natürlichen Ressourcen ein Ende macht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Seit 1985 bezahlt die Bundesregierung zusammen mit der Landesregierung rund 35 Millionen DM für ein wissenschaftliches Konzept für den **Nationalpark Wattenmeer**. Da kann ja nicht nur Unsinn drin stehen. Deswegen wäre es schön gewesen, wenn die Opposition gesagt hätte: „Laßt uns doch einmal zusammen sehen, ob nicht noch etwas an Entwicklungsmöglichkeiten für unser Land drin ist“.

(Martin Kayenburg [CDU]: Haben Sie keine Bringschuld?)

Es gibt nämlich Leute, die kommen nach Schleswig-Holstein, weil sie sagen: „Dort ist unberührte Natur. Dort kann man etwas sehen, was man woanders nie mehr sehen kann.“ Das hätte sich gelohnt.

Was Sie machen, ist, zur **Westküste** zu gehen, die Leute aufzuhetzen und sich zu freuen, daß uns die Fischer beschimpfen.

(Beifall bei der SPD - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Sie machen doch die Politik über die Köpfe der Menschen hinweg! - Zurufe von der CDU)

Wir werden - -

(Zurufe von der CDU: Herr Wiesen!)

- Herr Wiesen hat etwas Vernünftiges gesagt.

(Zurufe von der CDU: Oh, Oh!)

- Er sagt im Gegensatz zu Ihnen immer etwas Vernünftiges. Herr Wiesen hat nämlich gesagt,

(Klaus Schlie [CDU]: Daß das Unsinn ist, was Herr Steenblock gesagt hat!)

er werde sich an der Westküste dafür einsetzen, daß nicht jeder Satz dieses Gutachtens - es ist nämlich

800 Seiten dick - umgesetzt wird, sondern daß wir ein gemeinsames Konzept finden werden.

(Thomas Stritzl [CDU]: Er hat von einer Kabinettsvorlage gesprochen!)

Herr Steenblock hat zugestimmt, daß wir gemeinsam ein solches Konzept erarbeiten, mit dem die Menschen an der Westküste leben können, arbeiten können, wohnen können und nach dem die Natur geschützt wird. Das ist doch ein vernünftiger Ansatz.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU - Glocke des Präsidenten)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Zukunft kann nicht mehr allein durch den **Staat** gestaltet werden, wenn er das Geld nicht mehr hat. Wir sind auf die Mithilfe vieler Menschen angewiesen, die mitmachen, mitdenken und Verantwortung übernehmen, ohne erst zu fragen, was sie dafür bekommen. Das nennt man Gemeinsinn und Solidarität, und das sind Tugenden, die in unserer Gesellschaft durchaus noch da sind.

Deswegen wollen wir als Landesregierung uns stark darum bemühen, gerade bei den Ehrenamtlichen und bei den Verbänden den Gemeinsinn zu unterstützen, damit sie neue Mitglieder bekommen und damit Egoismus und Partikularismus abwirtschaften. Es geht nicht an, daß alle sagen: Es muß gespart werden, nur nicht bei mir! Bei denen muß gespart werden! - Wer anfängt, Gruppen gegeneinander auszuspielen, hat die Gesellschaft schon gespalten. Und wer die Gesellschaft gespalten hat, hat die Grundlage verloren, um wieder Schwung nach vorn zu bekommen, neue Hoffnung und Chancen.

Ich bin davon überzeugt, daß die Menschen in Schleswig-Holstein sehr wohl bereit sind, einen Teil der Verantwortung zu übernehmen, und daß sie auch einsehen, daß die Opfer, die ihnen zugemutet werden, Opfer sind, die wir ihnen nicht zumuten, weil wir sie ärgern wollen.

(Wortmeldung des Abgeordneten Hans Siebke [CDU])

Es gibt diese Verantwortungsbereitschaft heute schon.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Frau Ministerpräsidentin, es geht um die Frage, ob Sie eine Zwischenfrage erlauben.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Nein, ich möchte die Abgeordneten nicht länger vom Essen abhalten.

Ich bin davon überzeugt, daß es jetzt schon viele Menschen in Schleswig-Holstein gibt, die bereit sind, ihren Teil der Verantwortung zu übernehmen. Das tun jetzt schon die Unternehmer und die Handwerker, die junge Leute ausbilden. Das tun die vielen Menschen, die sich sozial, ökologisch oder politisch engagieren. Das tun die Pastoren, die Stunden und Lohn abgeben, damit junge Kolleginnen und Kollegen einen Arbeitsplatz bekommen. Das tun all die Menschen, die selber zupacken, statt immer nach dem Staat zu rufen. Das tun die Verbände, die mit uns zusammen an Problemlösungen arbeiten. Die Kieler Runde mit den Gewerkschaftern und den Arbeitgebern und mit der Regierung zeigt die Dialog- und Konsensfähigkeit in Schleswig-Holstein, in dem Land, für das wir Politik machen.

Ich glaube, in diesem Land läßt sich mit dieser Regierung gut zusammenarbeiten für ein modernes, zukunftsorientiertes Schleswig-Holstein, und das wird man auch im Haushalt 1997 wiederfinden.

Ich danke Ihnen für Ihre Geduld.

(Lebhafter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, wir unterbrechen jetzt die Beratungen. Um 15.00 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet.

(Unterbrechung: 13.13 bis 15.02 Uhr)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Wir setzen die Haushaltsberatungen fort. Das Wort hat Herr Abgeordneter Neugebauer.

(Ursula Kähler [SPD]: Eigentlich ist Stritzl dran, aber der ist ja noch nicht da! - Unruhe)

Günter Neugebauer [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem auch Kollege Stritzl eingetroffen ist, können wir anfangen. - Bei allem Verständnis für die Rolle der Opposition

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: In Bonn!)

möchte ich ihrer teilweise peinlichen, insgesamt substanzlosen Kritik von heute morgen entgegenhalten: Schleswig-Holstein braucht keine andere Regierung, Schleswig-Holstein könnte jedoch eine konstruktivere Opposition vertragen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Da haben nur zwei Leute geklatscht!)

Der erste Haushalt einer Koalition von Sozialdemokraten und Grünen ist solide, er sichert die finanzpolitische Handlungsfähigkeit des Landes, und er erlaubt die Fortsetzung der von uns 1988 eingeleiteten Reformpolitik. Herr Kollege Hennig, wir erlauben Ihnen, uns nicht nur an unseren Worten zu messen, sondern Sie dürfen uns ruhig auch an unseren Taten messen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In einer finanzpolitisch schwierigen Phase ist es der Landesregierung gelungen, die Haushaltskonsolidierung fortzusetzen

(Thomas Stritzl [CDU]: Wo?)

und trotzdem die Zukunftschancen des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein und die Zukunftschancen der Menschen, die hier wohnen, weiterzuentwickeln. Die Kritik der Opposition, wie wir sie heute morgen gehört haben, unterschlägt, daß wichtige Rahmenbedingungen für die Aufstellung des Haushalts 1997 nur begrenzt von denen beeinflussbar sind, die dank des

Wahlervotums vom März dieses Jahres die Regierungsverantwortung tragen. Zu diesen unbeeinflussbaren Rahmenbedingungen zähle ich zum einen die Erblasten, die Sie 1988 mit einer Schuldensumme von 18 Milliarden DM hinterlassen haben, zum anderen die Beiträge, die wir zur Finanzierung der deutschen Einheit zu leisten haben, sowie die Auswirkungen der verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung. Besonders das Versagen der Bundesregierung in der Beschäftigungs-, Wirtschafts- und Finanzpolitik engt den Handlungsrahmen dieser Landesregierung bei ihrer Haushaltspolitik ein.

Bei aller gebotenen und mir eigenen Zurückhaltung: Ich empfinde es als unanständig, wenn die **Bundesregierung** mit Unterstützung der Abgeordneten von CDU und F.D.P. im Deutschen Bundestag

(Angelika Volquartz [CDU]: Wir sind hier im Landtag!)

und mit Unterstützung des CDU-Bundesvorstandsmitgliedes Dr. Hennig in Bonn Zuschüsse an das Land streicht, Steuereinnahmen beschneidet und insbesondere durch das Versagen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dem Land Schleswig-Holstein und seinen Kommunen zusätzliche Lasten - zum Beispiel bei der Sozialhilfe - aufbürdet und Sie nach dem Beispiel der drei berühmten Affen die Folgen für den Landeshaushalt und Ihre Mitverantwortung einfach ignorieren. Etwas drastischer formuliert: Sie stehen bei den politischen Entscheidungen in Bonn Schmiere und rufen in Kiel nach dem Dieb.

(Beifall bei der SPD - Angelika Volquartz [CDU]: War nicht gut! - Thomas Stritzl [CDU]: Klang nicht sehr überzeugend!)

Meine Damen und Herren von der Opposition, wir hätten gemeinsam Waigel und Rexrodt für die katastrophale Fehleinschätzung bei den Steuereinnahmen kritisieren können, die den Finanzminister zu seinen dramatischen Einsparungen gezwungen hat. Herr Stritzl und Herr Dr. Hennig, wo waren Sie, als es darum ging, im Interesse des Landes Schleswig-Holstein für die Beibehaltung der **Vermögenssteuer** zu kämpfen,

deren Wegfall unseren Landeshaushalt um 270 Millionen DM bringt?

(Zurufe von der CDU)

- Sie wissen doch, was im Urteil des Bundesverfassungsgerichts steht! - Sie kritisieren die Verschuldung des Landes, aber Sie schweigen über das Finanzchaos, das die von Ihnen gestellte Bundesregierung in Bonn hinterlassen hat. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat ein Finanzminister so hohe Schulden gemacht, für so hohe Steuerbelastungen gesorgt und so die Übersicht über die Finanzen verloren. Ein solcher Schatzmeister würde in jedem Ortsverein der SPD in Schleswig-Holstein abgewählt werden.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Neugebauer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kayenburg?

Günter Neugebauer [SPD]:

Nein, Herr Präsident, ich habe nur noch wenig Zeit.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ich wußte, daß er von Vermögenssteuer nichts weiß!)

- Herr Kollege, wenn Sie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts gelesen haben, wissen Sie ganz genau, daß das Gericht gesagt hat: So nicht, aber anders ist eine Vermögenssteuergesetzgebung zulässig. Ihre Bundesregierung hat die Initiative für ein solches Gesetzeswerk nicht übernommen.

(Ingrid Franzen [SPD]: So ist das!)

Mit einem Wettlauf über angebliche Steuersenkungen in den nächsten Jahren versuchen Sie von Ihrer Mitverantwortung für das derzeitige Steuer- und Finanzchaos in Bonn abzulenken.

Ihre Kritik an unserem Haushaltsentwurf bereitet uns keine schlaflosen Nächte. Auf Sie von der Opposition trifft zu, was der Ihnen bekannte Kabarettist Werner Finck einmal gesagt hat: „Der Staatshaushalt ist ein Haushalt, in dem alle essen möchten, aber niemand Geschirr spülen will.“

Sie unterbreiten nicht einen Vorschlag zum notwendigen Abbau von Arbeitslosigkeit

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist wirklich nicht wahr!)

oder zur Sicherung sozialer Gerechtigkeit. Sie unterbreiten nicht einen wirklich konstruktiven Beitrag zum Abbau der Haushaltsbelastung.

(Widerspruch bei der CDU)

Sie kritisieren die hohe Neuverschuldung, aber wo immer die Landesregierung oder die sozialdemokratische Fraktion Vorschläge für Einsparungen unterbreitet, darf jeder einzelne von Ihnen - wahrscheinlich mit Deckung der politischen Führung - mehr Forderungen stellen oder die Kürzung kritisieren. Sie müssen sich doch einmal überlegen, daß Sie damit Ihren eigenen Vorwurf widerlegen, diese Landesregierung könne nicht wirklich sparen.

(Zurufe von der CDU)

Nein, diese Landesregierung und wir brauchen den Vergleich mit Ihnen, insbesondere im Verhältnis zur Haushaltspolitik Ihrer Bundesregierung, nicht zu scheuen. In Bonn verschlafen Sie die Zukunft für die Wirtschaft und die Sicherung der Umwelt. Wir gestalten sie. Sie plündern den Sozialstaat, und wir versuchen, ihn wieder leistungsfähig zu machen.

(Angelika Volquartz [CDU]: Und der Versuch scheitert! - Weitere Zurufe von der CDU)

Sie belohnen Reichtum, Frau Kollegin, zum Beispiel mit der Abschaffung der Vermögensteuer, und wir wollen Leistung belohnen. Sie reden über Schleswig-Holstein schlecht, und wir wollen die Menschen in diesem Land für neue Erfolge motivieren. Sie wollen den Staat von Aufgaben entlasten - wir haben das heute morgen wieder gehört -, aber wir wollen ein Schleswig-Holstein, in dem Gesundheit, Sicherheit, Bildung, Kultur und Umweltschutz nicht zu einer käuflichen, für viele nicht mehr erschwinglichen Ware werden.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, dieser Aufgabe wird der Landeshaushalt 1997 aus der Sicht der SPD-Landtagsfraktion gerecht. Er leistet wichtige Beiträge, die Wirtschaft und die Beschäftigung in Schleswig-Holstein zu stärken, die natürlichen Lebensgrundlagen auch für künftige Generationen zu bewahren, und er ist geeignet, meine Damen und Herren, sozialen Flankenschutz auch für Menschen mit Behinderungen, arbeitslose Menschen und sozial benachteiligte Gruppen zu garantieren.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Daß es dennoch gelungen ist, eisern zu sparen, beweist die Steigerungsrate der Nettoausgaben gegenüber dem Vorjahr.

Meine Damen und Herren, Finanzminister Möller hat schon darauf hingewiesen: Welches Bundesland macht es uns denn nach, schon nach einem Minuswachstum des laufenden Jahres auch für 1997 mit einem **Minuswachstum** von 0,3 % abzuschließen? Trotz der insbesondere durch die Politik der Bundesregierung verursachten Einnahmeausfälle ist es der Landesregierung gelungen, die **Nettokreditaufnahme** im Verhältnis zum Ist 1996 weiter zu verringern. Sie wird 1997, Herr Kollege Hennig - aber da streiten Sie immer eine Mitverantwortung ab -, wesentlich niedriger liegen als in vielen Jahren der von Ihnen bis 1988 gestellten CDU-Landesregierungen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Tünkram!)

Sichtbar wird der Erfolg der Sparbemühungen der Landesregierung auch an der Entwicklung der Kreditfinanzierungsquote.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Totaler Tünkram!)

Zu der Zeit, als Sie noch die Landesregierung stellten, Herr Kollege Hennig,

(Ursula Röper [CDU]: Das waren noch Zeiten!)

wurden bis zu 17 % des Haushalts auf Pump finanziert, und heute erregen Sie sich, wenn die Landesregierung 8,35 % des Haushaltsvolumens

auf Kredit finanzieren will. Sie sollten Beifall klatschen und die Landesregierung loben, daß sie es fertiggebracht hat, in dieser schwierigen finanziellen Lage eine solche Leistung zu erbringen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Auch wenn die Höhe der **Personalausgaben** und ihr Anteil am Haushalt von 39,7 % uns zu weiteren Einsparungen zwingen werden, meine Damen und Herren, bleibt doch festzustellen: Der Anteil der Ausgaben für die Beschäftigten im Verhältnis zum Gesamthaushalt lag zu CDU-Zeiten in Schleswig-Holstein immer höher, immer über 40 %.

(Angelika Volquartz [CDU]: Sie beschäftigen sich immer mit unseren Zeiten, nur nicht mit sich selbst!)

Auch hier ist eigentlich keine Kritik angebracht, sondern hier sind Beifall und Lob für die Landesregierung notwendig,

(Widerspruch bei der CDU)

weil es gelungen ist - nachlesbar auch für Sie, wenn Sie einmal in den Haushalt hineinschauen -, den Anteil der Personalkosten kontinuierlich zu senken.

Nicht bestreiten wollen wir, daß die **Investitionsquote** mit 11,1 % sehr niedrig ist - da stimmen wir Ihnen ja zu -, auch wenn wir erkennen müssen, daß sie auf dem hohen Niveau des Vorjahres verbleibt. Aber wir wollen deutlich machen, daß es unsere gemeinsame Aufgabe - auch Ihre Aufgabe - sein müßte, Mut zu weiteren strukturellen Veränderungen im Landeshaushalt zu haben, um damit Spielräume für Investitionen zu schaffen.

Meine Damen und Herren, die Hoffnungen, auf die die mittelfristige Finanzplanung bis zum Jahr 2000 setzt, hängen natürlich in besonderer Weise ab von der Entwicklung der Politik von CDU und F.D.P. in Bonn. Deswegen sagen wir: Ein Regierungswechsel 1998 in Bonn wird der beste Beitrag zur Erreichung der von Minister Möller gesetzten Zielmarken sein.

Die Ziele, die wir uns mit dem Haushalt 1997 gesetzt haben, werden erreicht. Ich will einige Schwerpunkte nennen.

Erstens. Wir sorgen uns um die Menschen, die unserer Hilfe bedürfen. Mit einem ehrgeizigen Wohnungsbauprogramm werden wir 1997 den Bau weiterer 4000 Wohneinheiten für jene ermöglichen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber 1000 weniger!)

die auf dem freien Markt keine Chancen haben.

(Ursula Röper [CDU]: 2000 Arbeitsplätze weniger!)

Herr Kollege Kubicki, Sie wissen ganz genau, 1987 oder 1988 waren 177 Mietwohnungen vorgesehen; jetzt sind es über 3000. Für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sind 65,8 Millionen DM vorgesehen und damit über 10 Millionen DM mehr als in diesem Jahr.

Herr Kollege Kubicki, ich war schon erschrocken über den Zynismus, den Sie vorhin gegenüber den Menschen, die von diesem Haushaltsansatz Hilfe erwarten dürfen, geäußert haben. Wir wollen damit Langzeitarbeitslosen helfen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie schaffen doch erst Arbeitslose!)

und wir wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ein zweiter Schwerpunkt ist für uns Sozialdemokraten die Förderung von Kindern und jungen Menschen. So werden wir über 107 Millionen DM und damit 5 Millionen DM mehr als in diesem Jahr zur Erfüllung des **Rechtsanspruchs** auf einen **Kindergartenplatz** zur Verfügung stellen. Wir wollen hier ausdrücklich begrüßen, daß es der Landesregierung gelungen ist, mit 150 zusätzlichen Planstellen und organisatorischen Maßnahmen die **Unterrichtsversorgung** auch 1997 auf einem hohen Niveau zu gewährleisten.

(Angelika Volquartz [CDU]: Das sehen die Eltern anders!)

- Frau Volquartz, die Einstellung von Angestellten statt Beamten ist nicht Ideologie, sondern

Risikoversorge. Wenn Sie vielleicht in 30 Jahren einmal die Regierung in Schleswig-Holstein übernehmen sollten, werden Sie uns noch dankbar sein, daß wir solche Haushaltsvorsorge getroffen haben.

Hervorheben, meine Damen und Herren, will ich auch die Verdoppelung der Mittel zur **Gewaltprävention** an **Schulen** und die Umsetzung des Programms zur Stärkung der schulischen Eigenverantwortung.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

- Frau Kollegin Kähler, ich habe auch den Eindruck, daß die Albernheit hier auf der rechten Seite des Hauses dem sachlichen Thema unserer heutigen Diskussion nicht angemessen ist.

(Ursula Röper [CDU]: Aber sie ist der Rede angemessen! - Klaus Schlie [CDU]: Das korrespondiert mit dem Niveau Ihres Beitrags!)

- Sie sollten einmal zuhören.

Meine Damen und Herren, nach unserer Auffassung haben sich die **betreuten Grundschulen** bewährt, und deswegen - Frau Ute Erdsiek-Rave hat es schon gesagt - wollen wir darüber nachdenken, wie wir den bestehenden Betreuungsgruppen helfen können, deren Arbeit durch den Wegfall der AFG-Mittel 1997 gefährdet ist.

Auch der dritte Schwerpunkt dieses Haushalts setzt die Tradition der SPD-Haushalte seit 1988 fort. Wir wollen **Arbeitsplätze** sichern und neue schaffen helfen. Schleswig-Holstein bleibt nach dem Haushaltsentwurf für Innovationen, Existenzgründen und Investitionen eine gute Adresse. Diese Adresse wird durch den Ausbau der Technologie und Verkehrsinfrastruktur gestärkt. Flankenschutz erhalten die **Werften** - wir haben das schon gehört - mit der Aufstockung der **Wettbewerbshilfe** auf 43,2 Millionen DM. Hervorheben will ich auch, daß für die berufliche Bildung 8,6 Millionen DM zur Verfügung gestellt werden und für die **berufliche Aufstiegsförderung** erstmalig 5,6 Millionen DM.

Hervorheben will ich auch unser Programm, mit dem Hochschulabsolventen als

Innovationsassistenten in kleineren und mittleren Betrieben beschäftigt werden sollen, wovon wir uns eine Stärkung des Innovationspotentials dieser Betriebe erhoffen.

Auch in der Verkehrspolitik setzt die Landesregierung mit unserer Unterstützung nicht nur auf weitere Maßnahmen und Förderungen im Bereich des kommunalen Straßenbaus und des Landesstraßenbaus, sondern auch auf den **ÖPNV** und auf den **Radwegeausbau**, für den im nächsten Jahr 19,3 Millionen DM zur Verfügung gestellt werden sollen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist uns wichtig, meine Damen und Herren: Wir wollen die Vielfalt und Qualität der kulturellen Landschaft in Schleswig-Holstein erhalten. Die Museumsangebote wollen wir mit dem weiteren Ausbau des Volkskundemuseums in Schleswig erweitern. Das Musikfestival wird, wie Sie wissen, wieder mit 4 Millionen DM gefördert. Wir sagen trotz aller - angesichts der Rahmenbedingungen, über die ich schon gesprochen habe - unvermeidlichen Kürzungen auch bei der allgemeinen Kulturpflege: Schleswig-Holstein bleibt ein kulturfreundliches Land.

Meine Damen und Herren, ich blicke zur Uhr und kann nur stichwortartig weitere Schwerpunkte nennen.

Die **innere Sicherheit** wird gestärkt durch eine Verbesserung der präventiven Maßnahmen, durch einen wesentlichen Ausbau des Sicherungsstandards der Vollzugsanstalten, durch eine moderne Kriminalpolitik, durch eine technische Modernisierung bei Justiz und Polizei und - das wollen wir nicht vergessen - mit einer wesentlichen Verbesserung der Personalstruktur bei der **Polizei**. Es wird im Jahre 1997 fast 1000 Beförderungen bei der Polizei geben. Ich kann mich an kein Jahr seit 1949 erinnern, in dem es so etwas bei der Polizei gegeben hat, Herr Innenminister.

Angesichts einer Steigerung des Polizeihaushalts um 3 % entpuppen sich doch Ihre kritischen Vorstellungen und Verbesserungsanträge, meine Damen und Herren, als Luftnummern. Wir wollen die Polizisten unterstützen und motivieren, Sie mobilisieren sie für Reiter oder für Polizeipferde.

Hervorheben will ich beispielhaft nur die Förderung des Sports; der Haushalt dafür steigt um 10,3 %.

Auch den Landwirtschaftsminister möchte ich loben, der für die Förderung des ökologischen Landbaus 3,1 Millionen DM zur Verfügung gestellt hat.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir unterstützen Minister Wiesen auch bei der Reduzierung der Zahl von **Landwirtschaftsschulen** und sind der Auffassung, daß auch die Landwirtschaftskammer einen Beitrag zur Sparpolitik in diesem Hause leisten muß, meine Damen und Herren. Wenn ich Ihre Stellungnahmen lese, dann muß ich mich doch fragen: Wenn Sie sich für die arbeitslosen Menschen in diesem Lande so einsetzen würden wie für in Not geratene Landwirte -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das machen wir doch, Herr Neugebauer!)

um wieviel besser müßte dann die Sozialpolitik in Bonn sein!

Meine Damen und Herren, aus Zeitgründen kann ich leider nicht näher auf den Umwelthaushalt eingehen, der um 2 % steigt und der damit auch den hohen Stellenwert widerspiegelt, den wir seit dem Regierungswechsel 1988 dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen beigemessen haben.

Auch in der **Gleichstellungspolitik** setzt diese Koalition das fort, was wir 1988 begonnen haben, auch wenn ich an die ganz linke Seite des Hauses gerichtet sagen möchte, daß wir natürlich andere Akzente setzen würden, wenn wir allein regieren würden.

(Thorsten Geißler [CDU]: Welche denn? Erläutern Sie das einmal!)

Meine Damen und Herren, wir stehen vor schwierigen Haushaltsberatungen, insbesondere deshalb, weil wir die Auswirkungen des Jahressteuergesetzes noch nicht einschätzen können. Dennoch ist Schleswig-Holstein gut gerüstet, denn die wirtschaftliche Entwicklung in

Schleswig-Holstein ist positiver als im bundesweiten Durchschnitt,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Warten wir das nächste halbe Jahr noch ab!)

und die Probleme von Erwerbslosigkeit und Ausbildungsstellen sind weniger gravierend. Damit Schleswig-Holstein auch weiterhin finanzpolitisch handlungsfähig bleiben und die Reformpolitik fortgesetzt werden kann, Herr Kubicki, lassen wir uns bei unserer Haushaltspolitik auch nicht von opportunistischen Anträgen Ihrer Fraktion oder der Fraktion der CDU ablenken. Für uns steht fest - damit komme ich zum Schluß -:

1. An dem strikten Konsolidierungskurs wird festgehalten,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wenn das Konsolidierung ist, dann weiß ich nicht mehr!)

2. die Verwaltung wird weiter modernisiert,

3. die Neuverschuldung wird weiter abgebaut,

4. die Reformen werden fortgesetzt, und

5. wir tun das uns Mögliche, um Beschäftigung zu sichern und die Lasten in Schleswig-Holstein gerecht zu verteilen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, zunächst begrüße ich auf der Tribüne den Seniorenklub Seth. Herzlich willkommen, meine Damen und Herren!

(Beifall)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Stritzl.

Thomas Stritzl [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Einbringungsrede des Finanzministers für den ersten rot-grünen Haushalt war vor allem von der Zufriedenheit gekennzeichnet, daß es ihm offensichtlich gelungen ist, noch weitergehende

Mehrausgaben zur Bedienung rot-grüner Politikräume zurückzudrängen. Herr Minister, so sehr ich Ihnen dieses Gefühl der Zufriedenheit, noch mehr Unvernünftiges verhindert zu haben, gönne, so wenig sind Sie und die Regierung Simonis den wirklichen Erfordernissen der Finanzpolitik gerecht geworden. Ein Blick in den Finanzplan des Landes belegt: Ihr Kurs führt direkt in die absolute Versteinerung des Landeshaushalts Schleswig-Holstein.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

So soll die **Schuldenlast** im Planungszeitraum bis zum Jahre 2000 auf 31 Milliarden DM anwachsen

(Meinhard Füllner [CDU]: Unerhört!)

und die jährlich zu erbringende Zinslast auf über 2000 Millionen DM pro Jahr ansteigen. Demgegenüber plant die Regierung natürlich eine Senkung der **Investitionsquote** auf knapp 10 %. Das sind bedrückende Planungsdaten, wie ich finde, Herr Minister, deren Eintreffen nach dem Regierungsplan auch noch die positivste Annahme ist, mit der wir nach Rot-Grün rechnen können. Daß es wohl noch schlimmer kommt, ist mehr als wahrscheinlich. Ich nehme an, Sie wissen das selbst. Sie verschweigen nämlich die enormen Risiken, auf denen Ihr Haushaltsentwurf basiert. Statt Vertrauen durch Offenheit zu schaffen, wurden Parlament und Öffentlichkeit heute mit einer selbstgestrickten altbekannten Legende beglückt, nach dem Motto: Wenn der rot-grüne Haushaltswechsel demnächst platzt, dann ist der Theo in Bonn und nicht die Heide in Kiel schuld.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu dieser Legendenbildung gehört jetzt ja auch die Diskussion um die **Vermögensteuer**. Wenn Ihnen der Haushalt 1996/1997 um die Ohren fliegt, dann hat das mit der Vermögensteuer zunächst einmal überhaupt nichts zu tun, Herr Kollege.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Richtig ist doch vielmehr: Die Vermögensteuer muß abgeschafft werden, wenn wir sie nicht zum 1. Januar 1997 in den neuen Bundesländern einführen wollen. Das ist doch die Situation. Schauen Sie sich doch einmal die Kapitalausstattung der Betriebe an, und überlegen Sie sich, ob die Betriebe dort die Substanzsteuern

im betrieblichen Bereich zahlen können, die ertragsunabhängig sind, die unabhängig davon sind, ob ein Unternehmen verdient oder Verluste macht; die Betriebe zahlen Vermögensteuer, und das vernichtet Arbeitsplätze. Das können wir gemeinsam doch nicht wollen.

Erwecken Sie doch bitte nicht den Eindruck, als ob die private Vermögensteuer ersatzlos gestrichen werden sollte. Frau Ministerpräsidentin, Sie wissen doch genausogut wie ich - es sei denn, Sie haben mit Herrn Voscherau immer noch einen gestörten Gesprächskontakt -, daß der Bund in Abstimmung mit Herrn Voscherau ausgehandelt hat, daß zum Beispiel über die Erbschaftsteuer 1,6 Milliarden DM der privaten Vermögensteuer kompensiert werden sollen - durch einen Zuschlag auf die **Erbschaftsteuer**. Das wissen Sie doch. Sie wollen das hier doch wohl nicht verschweigen. Und Sie wissen auch, daß die Erhöhung der **Grunderwerbsteuer** um 1 % dem Land ungefähr 100 Millionen DM bringt. Das wissen Sie doch auch. Dann sagen Sie das doch und spielen Sie hier nicht mit Zahlen von 210 Millionen DM netto - so nach dem Motto: Dann ist alles zu Ende!

Ich denke, daß wir in diesem Bereich wirklich mehr Ehrlichkeit brauchen und mehr Ehrlichkeit wollen.

Frau Ministerpräsidentin oder Herr Finanzminister; einer von Ihnen beiden hat ja den Blick in die USA gewandt, um zu sagen: Wenn wir es denn nur so machen würden wie die Amerikaner! - Ich will Ihnen sagen, was die Amerikaner machen. Die Amerikaner haben Spitzensteuersätze, die um bis zu 12 % oder 13 % unter unseren liegen, bei Anfang 30 %. Das ist die amerikanische Philosophie im Einkommensteuerrecht für die höchste Steuerbelastung. Deshalb erheben die Amerikaner eine höhere Erbschaftsteuer. So sieht es dort aus.

Aber Sie wollen doch gar nicht den Spitzensteuersatz senken. Fangen Sie also nicht an, Teilbereiche des ausländischen Steuerrechts in diese Diskussion einzubeziehen, sie verkürzt darzustellen und damit fehlerhafte Ansätze zu entwickeln.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich kann Sie nur herzlich bitten, auch in diesem Bereich bei der Wahrheit zu bleiben.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine sehr verehrten Damen und Herren - Herr Kollege Hentschel sagt nachher sicherlich noch etwas zum Einkommensteuerrecht aus der Sicht eines Softwareberaters -, die Situation, auf die wir eine Antwort finden müssen, ist in der Tat bedenklich. Daß die Finanzbeziehungen der Ebenen von Bund, Ländern und Gemeinden zusammenhängen - das wird niemand bestreiten -, ergibt sich schlichtweg aus einem Blick ins Grundgesetz; da brauchen wir von der Opposition keine Belehrung. Nur, die Erkenntnis zu gewinnen, daß die Finanzbeziehungen von Bund, Land und Kommunen zusammenhängen, bedeutet auf der anderen Seite allerdings nicht, daß das Land keine eigenen Verantwortungs- und Handlungsräume hat. Genau dies ist aber das Problem. Daß Sie sich dieser Verantwortung, die verbleibt, nicht stellen und nicht die notwendigen, sehr drastischen Umsteuerungsmaßnahmen einleiten, ist eben der Vorwurf, den sich diese rot-grüne Regierung wirklich gefallen lassen muß.

Es macht doch hellhörig, Herr Finanzminister, wenn Sie heute in Ihrer Rede einerseits bezogen auf den Haushalt 1996 den Eindruck zu vermitteln versucht haben, Einnahmerisiken bestünden nicht

(Minister Claus Möller: Doch!)

- Die bestehen? Dann kommen wir gleich darauf zurück -, und auf der anderen Seite in Ihrem verteilten Redemanuskript auf Seite 3 den Ist-Stand des Steueraufkommens des Jahres 1996 mit dem Ist-Stand des letzten Jahres vergleichen, statt ihn mit dem Soll-Wert, den Planungswerten des Jahres 1996, in Beziehung zu setzen. Wenn Sie solche Spielereien vornehmen, den Ist-Stand 1996 mit dem Ist-Stand des Jahres 1995 hinsichtlich der einzelnen Monate zu vergleichen, statt den Ist-Stand mit dem Soll-Wert zu vergleichen, dem Wert, den Sie planungsmäßig 1996 selbst eingestellt haben, dann habe ich den Eindruck, daß dies das offenkundige regierungsamtliche Unbehagen ist, daß Sie die für 1996 selbst gesteckten Einnahmeziele nicht erreichen werden.

Deshalb frage ich Sie, Herr Minister: Können Sie nennenswerte Einnahmeausfälle für den Haushalt 1996 ausschließen, oder drohten uns durch Defizite

auf der Einnahmeseite für 1996 im Ergebnis ein defizitärer Haushalt, wie Sie ihn auch 1995 haben abschließen müssen? Welche Vorsorge haben Sie für diesen Fall getroffen? Oder wollen Sie dann ähnlich wie 1995 sagen: „Na, die 80 Millionen DM werden wir nicht im nächsten, sondern im übernächsten Jahr erwirtschaften“?

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie das wollen, Herr Minister, dann werden Sie mit Ihrer Nettokreditaufnahme, wie Sie sie jetzt geplant haben, schon im nächsten Jahr völlig gegen die Wand laufen, und das wissen Sie.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie sprechen von einem **Abbau** von 1600 **Stellen**, welche Sie durch ein schlichtes Vorziehen von kw-Vermerken, die bereits ausgebracht waren, erwirtschaften wollen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Brutto!)

Also, Neues ist da eh nicht. Tatsächlich beginnen Sie mit dem Einstieg in die verkündete Absenkung des Personalbestands des Landes mit einem weiteren Anwachsen desselben, und zwar um weitere zusätzliche 92 Stellen. Dabei hatte die Ministerpräsidentin in ihrer Rede auf dem SPD-Parteitag nach Abschluß der Koalitionsverhandlungen verkündet, es führe kein Weg daran vorbei, 1600 Stellen ersatzlos zu streichen. Wir stellen fest: Gestrichen worden ist bis heute nur der Begriff „ersatzlos“.

So hat denn auch der Finanzminister der staunenden Öffentlichkeit bei der Präsentation der Haushaltsrahmendaten 1997 aus der Sicht der Regierung erklärt, der Abbau von 1600 Stellen sei im Ergebnis brutto und nicht netto gemeint.

Wir alle wissen, daß es sich bei der Frage des Abbaus von Personal im Landesdienst um eine äußerst schwierige Operation handelt. Sie muß einhergehen mit dem Abschmelzen von staatlichen Aufgaben. Auf beides warten wir bisher allerdings vergeblich. Die Landesregierung betreibt offenkundig Zahlenspielerei, anstatt wirklich strukturelle Einschnitte vorzunehmen. Mit einem Stelleneinsparungspolitikprogramm nach dem Motto - nun darf ich auch einmal eine Anleihe in

Bonn machen - „Brutto, netto, Mexiko“ werden Sie die Aufgaben in unserem Land nicht meistern.

(Beifall bei der CDU)

Die dargestellte Absenkung der **Nettoneuverschuldung** im Finanzplan wirkt gegriffen. Sie ist nämlich mit einem atemberaubenden Anstieg der sogenannten globalen Minderausgaben verbunden. Waren die globalen Minderausgaben 1994 noch in der Größenordnung von 42 Millionen DM veranschlagt, Herr Minister, so sollen sie bis zum Jahre 2000 auf über 200 Millionen DM per anno steigen. Wie sie wirklich erbracht werden sollen, bleibt das Geheimnis der Regierung; denn schon bei der diesjährigen Größenordnung von ungefähr 70 Millionen DM gibt es erhebliche Schwierigkeiten, sie tatsächlich zu erbringen.

Darüber hinaus sagt der Finanzminister selbst auf der Seite 10 seiner mittelfristigen Finanzplanung, daß eigentlich keine ausreichenden **Einsparpotentiale** bestehen, wenn man an die großen Blöcke der Personalpolitik mit knapp 5,6 Milliarden DM und der nichtinvestiven Ausgaben in der Größenordnung von 4,5 Milliarden DM denkt.

Was stimmt denn nun, Herr Minister? Haben Sie Einsparpotentiale, oder haben Sie keine? Auf Seite 10 erwecken Sie den Eindruck, daß eigentlich nichts mehr geht, und in Ihrer Finanzplanung sagen Sie, daß noch viel mehr geht. Wenn Sie für die kommenden Jahre wirklich Einsparpotentiale von 200 Millionen DM haben, dann kann ich Ihnen nur sagen: Fangen Sie heute damit an und nicht erst im Jahre 2000.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Auch das **Zinsrisiko**, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, ist nicht ausreichend abgesichert. Bei einem Schuldenstand von über 28 Milliarden DM Ende des nächsten Jahres würde allein ein 1prozentiger Zinsanstieg Mehrausgaben von jährlich 280 Millionen DM erfordern. Wir alle wissen doch, daß ein Anspringen der Konjunktur - Sie haben es selbst geschrieben; das ist auch vom Kollegen Neugebauer als positiv hervorgehoben worden; insofern sind wir uns einig im Lob an Bonn - natürlich zu einer Verengung der Situation auf dem Kapitalmarkt führt. Das Geld wird dann

begehrter mit der Konsequenz - knappere Güter kosten mehr -, daß es zu einem Zinsanstieg kommt. Wie, bitte schön, sind Sie auf diesen vorbereitet?

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Herr Minister, Ihre **mittelfristige Finanzplanung** ist verfehlt. Der weitere Anstieg der Nettoneuverschuldung um 4 Milliarden DM eröffnet nicht neue Handlungsspielräume, sondern er führt zu einer weiteren Versteinerung des Haushalts. Daß es noch schlimmer kommt, ist - das habe ich gesagt - genauso bedrückend wie wahrscheinlich. Ich fordere Sie deshalb auf: Haben Sie die politische Kraft zur Umkehr! Haben Sie die politische Kraft, um das, was Sie dem Land versprochen haben, zu verwirklichen, nämlich neue Handlungsspielräume zu eröffnen.

Auch die isolierte Betrachtung des Haushaltsplanentwurfs 1997 kann nicht fröhlicher stimmen. Auch hier schaffen Sie nicht den Einstieg in notwendige zusätzliche Spielräume, sondern Sie verspielen sie, um schlichte **Klientelpolitik** betreiben zu können.

Vollmundig verkündete die Ministerpräsidentin vorhin noch, versöhnen statt spalten sei die Aufgabe. Im **ehrenamtlichen Naturschutz** des Landes sieht es anders aus. Dort soll der notwendige Konsens haushaltsmäßig hintertrieben werden. Der sogenannte neue Landesnaturschutzverband soll mit sage und schreibe 350 000 DM bezuschußt werden. Die Zeche zahlen müssen die nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes anerkannten Naturschutzverbände sowie der bestehende Landesnaturschutzverband, dessen Mitgliederzahlen um eine Vielfaches höher sind und der den großen Vorteil hat, daß er die widerstrebenden Interessen an einen Tisch bringt und somit die Konsensbildung, die wir für den Natur- und Umweltschutz brauchen, voranbringt.

(Beifall bei der CDU)

Dabei darf es nach dem Gesetz eigentlich nur einen anerkannten Dachverband geben. Deshalb war es auch folgerichtig, Herr Steenblock, daß Ihre Vorgängerin im Amt gesagt hat, daß der neue, der Abspaltungsverband, keine zusätzlichen Mittel bekommt. Aber das ist alles Schall und Rauch. Was

noch vor dem Wahlkampf versprochen wurde, gilt nun nicht mehr. Anstatt den Konflikt zu beenden, wird er haushaltsmäßig verewigt. Dies ist nichts anderes - diesen Vorwurf kann ich Ihnen nicht ersparen - als der kalkulierte Bruch eines Wahlkampfversprechens, und das auch noch - wie dargestellt - auf der Messerschneide des Gesetzes.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das **Existenzgründungsprogramm** des Landes aufzustocken, Frau Ministerpräsidentin, ist im Prinzip ein begrüßenswerter Ansatz. Wir alle wissen: Die Hauptlast in mehrstelliger Millionenhöhe, und zwar dreistelliger, trägt der Bund. Aber es ist prima, wenn das Land sagt, daß es etwas dazutun will, weil einer Selbständigkeit im Mittel vier neue Arbeitsplätze folgen. Insofern hat die CDU in ihrem Landtagswahlprogramm, Regierungsprogramm das Programm einer Existenzgründungsoffensive festgeschrieben.

Es ist jedoch verfehlt, wenn die Landesregierung hieraus jetzt eine Verschiebung nach dem Motto macht: Die Förderungswürdigkeit hängt in Zukunft davon ab, ob eine Idee männlich oder weiblich ist. - Frau Ministerpräsidentin, es kommt nicht darauf an, ob der Artikel männlich oder weiblich ist, sondern darauf, ob sie gut oder schlecht ist, ob sie Arbeitsplätze bringt; darum geht es.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deswegen - Herr Kubicki, das zu Ihrer Information; das steht auch in unserem Regierungsprogramm - haben wir gesagt: Wenn ein junger Mann oder eine junge Frau eine gute Idee, aber nicht das notwendige Eigenkapital hat - da geht es, obwohl nur noch 15 % übrigbleiben, auch um ein paar 10 000 DM -, dann soll es, wenn die Idee wirklich gut ist und Innovationsforscher sagen, daß sie die Idee am Markt verwirklichen können, nicht so sein, daß die Idee wegen der fehlenden 15 % nicht verwirklicht werden kann, sondern in diesen Fällen soll es auch ohne die 15 % gehen. Dahinter steht die Überlegung der sogenannten Beleihbarkeit von geistigem Kapital. Im Prinzip können Sie dem auch nicht widersprechen.

(Beifall bei CDU)

Herr Finanzminister, lassen Sie mich noch zwei kurze Anmerkungen zum Thema **Investitionsquote** zu machen. Sie haben sich darzustellen bemüht, daß alles in Ordnung sei, was das Land mache, und daß Sie die verfassungsmäßig festgelegte Grenze nicht erreichen würden. Die Verfassungsväter und -mütter haben in Artikel 53 der Landesverfassung bewußt festgelegt, daß nicht mehr neue Schulden gemacht werden dürfen, als Mittel zur Beschäftigungssicherung ausgegeben werden. Sie müssen sich die Frage stellen, ob Sie diesem Gedanken wirklich gerecht werden. Ich will das am Beispiel der neuen Sondersteuern auf Müll und Grundwasser deutlich machen.

Sie erheben eine Sondersteuer, belasten die Bürger, rechnen die Ausgabe, die Sie damit tätigen, in die Investitionsquote hinein und machen mit dieser erhöhten Investitionsquote neue Schulden. Sie haben die Bürger also zweimal am „Bembel“. Sie greifen zum einen für die Bezahlung der Müllmark und des Wassergroschens in ihre Taschen, zum anderen muten Sie ihnen auch noch höhere Zins-, das heißt höhere Steuerlasten zu, weil wir damit wieder neue Schulden gemacht haben. Diese doppelte Belastung des Bürgers ist der eigentliche Verstoß gegen den Geist des Gesetzes.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe mich gefreut, Kollege Neugebauer, daß Sie beim Thema **Wohnungsbau** gesagt haben, Sie fänden es prima, daß die Regierung Wohnungen baut. Dagegen haben wir auch nichts. Wir bedauern mit Ihnen zusammen, daß es nicht mehr 5000, sondern nur noch 4000 Wohnungen sind. Wenn ich das richtig gesehen habe, Herr Kollege Neugebauer - im Verschweigen kann ja auch ein Stück Zustimmung stecken -, sind Sie bei der Wohnungsbauförderung auf dem Weg vom ersten auf den dritten Förderweg. Das begrüße ich sehr, weil Sie damit auf die CDU-Linie einschwenken. Die CDU hat immer gesagt, laßt uns das Eigentum stärken und schaffen, weil dadurch neuer Mietwohnraum beispielsweise in Altbauwohnungen frei wird. Früher haben Sie das immer abgelehnt, weil Sie gesagt haben, es sei nicht Politik der SPD, Wohnungen für Reiche zu schaffen, sondern Sie arbeiteten dafür, Wohnungen für Arme zu schaffen. - Das ist alles dummes Zeug gewesen. Wir wissen jetzt, Ihre Wohnungsbaupolitik ist an der Struktur

gescheitert. Sie kommen jetzt auf den richtigen Weg. Das begrüßen wir.

(Beifall bei der CDU - Zurufe der Abgeordneten Reinhard Sager [CDU] und Ingrid Franzen [SPD])

Ihre Auflösung des **Fonds für Wagniskapital** zeigt, wie groß Ihre Not im Haushalt wirklich ist. Ich hoffe, daß Sie ihn zur Rückführung der Neuverschuldungsbelastung eingesetzt und nicht im Haushalt quer verbraten haben. Sie haben aber offensichtlich erkannt, daß es zinswirtschaftlich besser ist, auf Soll-Zinsen zu verzichten und mit weniger Haben-Zinsen zu leben. Ich hoffe, daß Sie dies auch wirklich umsetzen. Das war übrigens genau unsere Überlegung zum Pensionsfonds. Auch da stimmt genau die gleiche Rechnung.

Herr Minister und Frau Ministerpräsidentin, tun Sie mir einen Gefallen, und sagen Sie nicht, der Weg der SPD sei richtig, weil Sie im Ergebnis nichts anderes machten als Herr Kanther. Herr Kanther hat gesagt, diejenigen, die es betrifft, **Beamte und Pensionäre**, sollen 0,2 % abgeben. Das sind die direkt Betroffenen. Ich habe nicht gehört, daß Sie gesagt haben, daß es auf ewig keine Lohnbeziehungsweise Tarifierhöhungen geben wird. Es ist eine völlig andere Idee zu sagen, daß für das Mehraufkommen selbst ein Beitrag geleistet werden muß, als 100 Millionen DM kreditfinanziert irgendwo liegenzulassen, mit dieser Luftbuchung den Landeshaushalt zu belasten und im Ergebnis nichts zur Pensionssicherung beizutragen.

(Beifall bei der CDU)

Das Gebot der Stunde heißt „schlanker Staat“. Das ist auch das öffentlich von Ihnen verbreitete Credo. Die von Ihnen vorgelegten Daten belegen aber leider genau das Gegenteil. Wir haben den höchsten Stand der Zahl Bediensteter im öffentlichen Bereich in der Geschichte dieses Landes. Der Schuldenstand soll sich mit Ablauf des kommenden Haushaltsjahres auf 28 Milliarden DM belaufen. Aufgaben beschränken, Leistungen sachgerecht beschneiden, genau das wäre die Aufgabe der Regierung. Das ist - zugegeben - eine schwierige Hürde, vor der das rot-grüne Regierungspferd schlichtweg den Sprung verweigert.

Frau Ministerpräsidentin, wer öffentlich vorgibt, die Krake Staat bekämpfen zu wollen, aber gleichzeitig

ein Netzwerk neuer überflüssiger Beiräte und Referate schafft und damit der Krake neue Tentakel zufügt, der verliert seine Glaubwürdigkeit.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Zeiten ändern sich und wir mit ihnen. So läßt sich die Situation der Bündnisgrünen in Schleswig-Holstein beschreiben. Noch 1995 haben wir die SPD vehement für ihren Haushaltsentwurf, vor allem aber auch für die Nachschiebeliste 1996 kritisiert. Heute stellen wir gemeinsam mit den Sozialdemokraten einen Entwurf für 1997 vor. Das ist ein rasanter Sprung aus der außerparlamentarischen Opposition hin zur konfliktträchtigen Realpolitik, ein Sprung, der als Voraussetzung für das Gelingen erfordert, zwischen der Aufgabe einer Oppositionspartei und der Verantwortung einer Regierungspartei zu differenzieren, ein Sprung, der uns angesichts einer rasant steigenden Zinsbelastung, einer besorgniserregenden milliardenschweren Verschuldung, angesichts von 82 Millionen DM Altschulden aus dem Jahre 1995 und angesichts weiterer drohender Sparrunden noch vor kurzem nicht zugetraut wurde.

Eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen dieses ersten rot-grünen Haushalts in Schleswig-Holstein ist es deshalb, anhand der vorliegenden Zahlen klar und deutlich grünes Profil aufzuzeigen - Herr Hennig hat das heute schon dankenswerterweise zum Teil für uns mit übernommen -, auch wenn wir der SPD natürlich zubilligen, grüne Schwerpunkte als ihre eigenen darzustellen. Besser gemeinsam besetzen als getrennt zersetzt werden.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der **Haushaltsentwurf 1997** und die **mittelfristige Finanzplanung** sind kein Wunschkatalog. Sie sind **realistisches Programm** für die Umsetzung des Koalitionsvertrages, verbunden mit der Anpassung

an die finanzpolitisch vorgegebene Realität, einer Realität, die dadurch gekennzeichnet ist, daß Personalausgaben, Schuldendienst, kommunaler Finanzausgleich und Sozialhilfe allein fast 70 % aller Nettoausgaben unseres Landes aufbrauchen. Weitere Pflichtaufgaben sind zu erfüllen.

Die frei verfügbaren, nicht gesetzlich gebundenen Mittel des Landes wollen wir gezielt für eine **Reformpolitik** einsetzen, die denjenigen zugute kommt, die oftmals keine Lobby haben. Wohnungslose, Strafgefangene, Behinderte, Ausländerinnen und Ausländer, Asylbewerberinnen und Asylbewerber, aber auch Schwule und Lesben, Kinder und Frauen sind die Gewinnerinnen und Gewinner unserer Reformprojekte.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das spiegelt sich auch in der geplanten Hauptamtlichkeit der Beauftragten und im Referat für gleichgeschlechtliche Lebensweise wider. - Das ist heute auch schon erwähnt worden.

Da wir außerdem finanzpolitisch ehrgeizig gesetzte Ziele erreichen wollen, vor allem den schon oft zitierten Minushaushalt 1997, werden wir auch an Stellen kürzen müssen, an denen es bisher mehr Mittel gab. Daß wir dafür von der Opposition kritisiert werden, schärft nicht nur unser eigenes Profil, sondern es eröffnet und erweitert die dringend notwendige gesellschaftliche Debatte über Verteilungsgerechtigkeit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Daß wir uns mit den Betroffenen über Kürzungen auseinandersetzen werden, ist selbstverständlich. „Politik bedeutet Prioritätensetzung“, so die Pressemitteilung der CDU vom 24. Oktober 1996. Dieser Aussage der CDU stimmen wir ausdrücklich zu.

Um unser Sparziel einzuhalten und um neue Spielräume zu ermöglichen, setzen wir zielgerichtet Landesmittel für die **Verwaltungsstrukturreform** ein. Wir setzen sie ein für eine effektivere Verwaltung, Budgetierung mit Kosten- und Leistungsrechnung, EDV-Vernetzung und Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

Dienstrechtsreform und modernes Personalmanagement, Vorschriftenbereinigung und Fortsetzung der Funktionalreform.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Alles Sprechblasen!)

Den von der SPD begonnenen Weg werden wir mit unserer kommunalpolitischen Erfahrung ergänzen, denn Sie wissen, daß viele Kommunen im Land durchaus weiter sind als unsere Landesverwaltung.

Die größte Umschichtung im Haushalt 1997 befindet sich im **Verkehrsbereich**. 22 Millionen DM werden vom Straßenbau in den öffentlichen Personennahverkehr umgeschichtet. Damit wird 1997 in Schleswig-Holstein der öffentliche Nahverkehr tatsächlich genauso stark gefördert wie der Straßenbau. Dieser Ansatz urgrüner Politik muß sich auch in den Haushalten der nächsten Jahre widerspiegeln. Das wird weiterhin zu einem ständigen Diskussionsprozeß auch innerhalb unserer Koalition führen.

Hinzu kommt der Einstieg in ein eigenständiges Fahrradprogramm für Schleswig-Holstein mit 19,3 Millionen DM.

Den Politikansatz der **ökologischen Schwerpunktsetzung** finden Sie natürlich besonders im Haushalt des Umweltministeriums. Biologischer Flächenschutz, ein Bodenschutzprogramm, die Sicherung von Naturschutzflächen und die Förderung ökologischer Innovationen sind etatisiert. 200 000 DM stehen für eine Informationsstelle „Atomenergie“ zur Verfügung. Die Förderung der Naturschutzverbände - von der CDU kritisch thematisiert - ist unserer Meinung nach verbessert, und wir begrüßen auch, daß sie auf eine neue Grundlage gestellt wurde.

Absolut notwendig sind die 150 zusätzlichen Stellen für Lehrerinnen und Lehrer zum Beginn des Schuljahres 1997/1998 und die weiter geplanten 300 Stellen für die nächsten Jahre.

Der **Kinder- und Jugendbereich** muß differenziert betrachtet werden. Zum einen gibt es eine Aufstockung, um neuen Projekten kleinerer Träger eine Chance zu geben, mit Eigeninitiative und möglichst unkompliziert notwendige Angebote zu schaffen. Zum anderen ist der Ausgleich für die

Kommunen im Rahmen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes noch unzureichend geregelt. Durch die bestehende Deckelung kann die ursprünglich zugesagte Landesfinanzquote von 34 % auch 1997 nicht erfüllt werden.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Das Problem ist allerdings nicht durch ein einfaches Mehr an Mitteln zu lösen, sondern die Dekkelung muß von den Kommunen als Aufforderung zum Dialog über die Verteilung der Gelder in Verbindung mit einer jugendpolitischen Fachdiskussion stattfinden, um Qualitätskriterien in der Jugendhilfe zu entwickeln, wie es sie heute so nicht gibt. Diese Debatte wollen wir 1997 führen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ein weiterer Schwerpunkt ist die verstärkte Förderung von **Frauenprojekten**. Ich differenziere da, auch um mich von der CDU abzugrenzen, durchaus noch zwischen Männern und Frauen, wenn wir Fördermittel einsetzen. Ich kenne keinen anderen Sparhaushalt, in dem Frauen derart gut abgeschnitten hätten. Maßnahmen der Frauenpolitik werden laut mittelfristiger Finanzplanung für den Planungszeitraum bis 2000 um 22 Millionen DM verstärkt - ein wesentliches Essential grüner Politik.

(Beifall bei der CDU)

Verankert worden ist auch eine verstärkte Förderung des **ökologischen Landbaus**, heute erfreulicherweise schon oft erwähnt, mit 3,1 Millionen DM zur Beratung, Beibehaltung und Umstellung von Betrieben, vor allem aber auch zur besseren Vermarktung der ökologischen Produkte. Hiermit kann sich Schleswig-Holstein einen Namen machen, hiermit praktizieren wir Wirtschaftspolitik ohne millionenschwere Folgeschäden für unsere Umwelt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Quatsch!)

- Das ist kein Quatsch, das ist Realität.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine höhere Förderung der Nord-Süd-Arbeit wird die inzwischen selbstverständlich gewordene Förderung der **europapolitischen Arbeit** ergänzen. Vor allem die Risiken unserer eigenen Wirtschaftspolitik müssen in diesem Zusammenhang offensiv diskutiert werden. Deutschland ist zur Erhaltung der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung nach der Meinung von vielen Wirtschaftswissenschaftlern darauf angewiesen, verstärkt in den asiatisch-pazifischen Raum zu exportieren. Daß hierbei nicht nur vorhandene Kulturen und Strukturen zerstört werden, sondern daß vor allem die CO₂-Belastung explosiv ansteigen wird, muß von kritischen, engagierten Leuten immer wieder in die gesellschaftliche Diskussion eingebracht werden. Dieses Engagement bedarf einer finanziellen Unterstützung.

An diesen konkreten Änderungen läßt sich der **Reformwille der rot-grünen Landesregierung** ablesen. Es läßt sich belegen, daß die Verbindung von Ökologie und Ökonomie machbar ist, so wie es 1998 auch möglich sein muß, in Bonn diesen Weg mit Rot-Grün und mit Einstieg in eine ökologische Steuerreform zu gehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach der Vorlage des Haushaltsentwurfs durch das Kabinett bleiben allerdings nicht nur berechtigte Wünsche von Betroffenen übrig, sondern die bündnisgrüne Fraktion, mit Sicherheit aber auch unsere Partei werden die weiteren Haushaltsberatungen nutzen, um durch Umschichtungen **weitere Schwerpunkte** zu setzen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wohin wollen Sie denn schichten?)

Vordringlich ist dabei die Absicherung der bestehenden **betreuten Grundschulen**, bei denen viele Projekte durch den Auslauf von AB-Mitteln zum Schuljahr 1997/98 vor Finanzierungsproblemen stehen.

Auf den Nachbesserungsbedarf im **Hochschulbereich** ist Frau Fröhlich eingegangen. Wir freuen uns besonders über das deutliche Signal der Sozialdemokraten, diesen Weg auch gemeinsam mit uns zu gehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Außerdem werden wir prüfen, inwieweit die Streichung von Stellen im Bereich der Arbeit mit Strafgefangenen, des **Strafvollzuges** verantwortlich ist. Nicht die Verwahrung von Strafgefangenen, sondern nur eine menschliche Betreuung mit Arbeitsmöglichkeiten kann den Gefangenen einen Wiedereinstieg in das gesellschaftliche Leben ermöglichen.

Genau prüfen werden wir auch, ob die im Haushalt 1997 geplanten **globalen Minderausgaben** in Höhe von 78 Millionen DM realistisch sind. Hier hat die SPD ja schon in den letzten Jahren negative Erfahrungen gemacht. Wir wollen diesen Weg nicht unbedingt gemeinsam weiter beschreiten, sondern werden auch dies hinterfragen.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Weitere Fragen stellen sich für uns: Sind tatsächlich 750 000 DM für die EXPO 2000 im Jahr 1997 nötig? Kann die Landeszentrale für politische Bildung mit dem Ziel der Verselbständigung in eine Budgetierung einsteigen? Können wir ein Modellprojekt für die regionale Zusammenfassung von sozialen Beratungseinrichtungen fördern? Ist unsere Forderung nach einer landesweiten Mobilitätszentrale schon 1997 realisierbar?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein!)

Reicht die Förderung der Schwangerschaftskonflikt-Beratungsstellen aus?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein!)

Reicht das Therapieangebot für Sexualstraftäter in Schleswig-Holstein aus?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein!)

Wir sind dabei, diese Fragen zu diskutieren, und wir werden eine Realisierung prüfen.

Nicht prüfen werden wir die **Vorschläge der Opposition**, die eingefahrene und bundesweit gescheiterte wirtschafts- und finanzpolitische Rahmenbedingungen setzen will. Nicht ernst nehmen wir die Forderungen der CDU, die sich hier

bei uns in Schleswig-Holstein für ein Mehr in den Bereichen Kultur, Hochschule und Wohnungspolitik einsetzt, die aber genau in Berlin den Weg beschreitet und dort dramatisch in den Bereichen kürzt, die Sie uns hier als „Kürzungsetat“ vorhält.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wer eine Offensive in der Hochschulpolitik in Schleswig-Holstein einfordert, muß auch in Bonn die Forderung des Wissenschaftsrates ernst nehmen und den Hochschulausbau - wie gefordert - mit 5,3 Milliarden DM veranschlagen, statt ihn auf gerade 3,6 Milliarden DM zusammenzustreichen, inklusive der erneuten Streckung von Anschaffungs- und Erneuerungsgeldern für Forschungsgroßgeräte.

Sparpolitik beeinträchtigt den Hochschulbau, obwohl die Studentenzahlen infolge der geburtenstarken Jahrgänge weiter steigen werden. - So die Schlagzeilen aus Bonn!

Wer uns hier in Schleswig-Holstein Alternativkonzepte präsentieren will, braucht einen glaubwürdigeren Hintergrund als die desaströse Haushaltspolitik der schwarz-gelben Bonner Regierung. Das Auftürmen von exorbitanten Milliardenschuldenbergen, garniert mit Schattenhaushalten, läßt nicht zur Nachahmung ein.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Die Verschärfung von Landeseigentum, wie in Berlin gerade beschlossen, ist kein Alternativangebot.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein, hier ist ja auch schon alles weg!)

Die Weigerung von Kanther, das Pensionsproblem lösungsorientiert anzugehen, kann nicht Grundlage für unsere solide Haushaltspolitik hier in Schleswig-Holstein sein.

(Zuruf von der CDU)

Wir unterstützen als bündnisgrüne Fraktion ausdrücklich den von der SPD eingeschlagenen Weg. Wenn die Oppositionspartei irgendwann ein vernünftiges Modell haben wird, ein konkretes

Modell, über das wir reden können, dann reden wir auch gern mit Ihnen über neue Wege.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Vielen Dank!)

Den Vorschlägen der F.D.P. zu trauen, die ihre politische Überzeugung schon mehrfach ganz schnell wieder abgegeben hat, zuletzt mit der Nichtreduzierung des Solidaritätsbeitrages, das ist kein Vorbild für bündnisgrüne Politik.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Unsere grüne Basis, Herr Kubicki, ist viel zu selbstbewußt, als daß sie ein Haushaltsgesetz in Schleswig-Holstein schlucken würde, das nicht im Sinne des Koalitionsvertrages ein ökologisches und ein soziales Gleichgewicht widerspiegelt. Wir haben ein gewisses Standing, Sie nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie haben Standing?)

Ein letztes Wort zum Präsidenten des **Landesrechnungshofs**, der aber wohl nicht mehr hier ist. Ich gebe es ihm trotzdem mit auf den Weg. Er hat sich schon sehr früh öffentlichkeitswirksam an unserem Haushaltsentwurf abgearbeitet. Herr Korthals, allzu offensichtlich haben Sie versucht, Rot-Grün völlig undifferenziert madig zu machen.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Endlich einer, der die Wahrheit gesagt hat!)

Auch wenn ich verstehen kann, daß Sie eine fundierte **Kritik** der Opposition vermißt haben: Ihre eigentliche Aufgabe ist die Prüfung des tatsächlichen Haushaltsvollzuges der Landesregierung, und die ist mit dieser Kritik bei weitem verlassen worden.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

So bleibt an dieser Stelle nur ein Sprichwort für Herrn Korthals: Vom Erhabenen zum Lächerlichen ist nur ein Schritt. Oder - etwas freundlicher

ausgedrückt -: Man merkt die Absicht, und man wird verstimmt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In diesen Sparzeiten sind einerseits viel Phantasie und Kreativität gefragt, wenn man sich Lösungen einfallen lassen will, die für die Betroffenen annähernd befriedigend sein können. Andererseits muß in einer solchen Situation die Frage nach den Prioritäten gestellt werden.

Für die Landesregierung scheint das Sparen zur Zeit die heilige Kuh zu sein. Da müssen wir uns gemeinsam fragen, ob es vielleicht an der Zeit sein könnte, diese Kuh zu schlachten.

Der SSW findet es wichtig, das Innovationsniveau zur Schaffung von Arbeitsplätzen trotz der schwierigen Haushaltslage so hoch wie möglich zu halten. Leider sinkt die Investitionsquote laut Entwurf nächstes Jahr von 11,2 % auf 11,1 %. Das ist nicht viel, kann man sagen, aber trotzdem! Im Finanzplan rechnet man bis zum Jahr 2000 mit einer Quote von nur noch 10 %.

Das ist unserer Meinung nach eine bedenkliche Entwicklung. Dieses könnte sich negativ auf die Beschäftigung auswirken und somit wiederum negative Folgen für die Landeseinnahmen haben.

Der Haushaltsentwurf der Landesregierung sieht vor, daß das **Wohnungsbauprogramm** langsam heruntergefahren werden soll. 1996 werden noch rund 5000 Wohnungen gebaut, ab 1997 sollen es nur noch 4000 Wohnungen sein.

Laut Aussagen von Experten würden bei einer Verringerung des Wohnungsbauförderungsvolumens von jährlich 1000 Wohnungseinheiten nach einer Faustregel circa 2000 Jobs weniger im Baugewerbe gebraucht werden. Zwar haben sich der Wohnungsmarkt und das Wohnungsangebot in Schleswig-Holstein weiter verbessert, doch finanziell schwächer gestellte

Haushalte haben nach wie vor große Probleme, sich am Wohnungsmarkt angemessen zu versorgen.

Es besteht also weiterhin ein Bedarf an Wohnungen für diese Menschen. Die fehlenden Investitionen könnten deshalb sowohl sozialpolitisch als auch arbeitsmarktpolitisch negative Folgen für Schleswig-Holstein haben.

Der SSW hält es auch für problematisch, daß die Landesregierung beabsichtigt, die mögliche Werftenhilfe aus Bonn nicht vollständig mit Komplementärmitteln aufzufüllen. Dadurch gehen unseren Werften Beträge in Millionenhöhe verloren. Ich weiß, es ist dies ein schwieriges Thema.

Wir beurteilen es hingegen als positiv, daß die Landesregierung weiterhin an aktiven, arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen festhalten will. Angesichts der angepeilten Kürzung des Bundes im ABM-Bereich ist die Weiterführung der Programme „Finanzierung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit“ und „Arbeit statt Sozialhilfe“ sehr wichtig für die Arbeitsmarktsituation in Schleswig-Holstein.

(Beifall der Abgeordneten Ursula
Kähler [SPD])

Welche Folgen die unverantwortliche Abschaffung von vielen ABM-Stellen beispielsweise für die Kommunen hat, zeigt eine Berechnung, die der DGB für die Region um Flensburg durchgeführt hat. Durch die Kürzung im ABM-Bereich ergeben sich für die Kommunen der Region 1997 Mehrbelastungen durch erhöhte Sozialhilfen und Steuerausfälle von fast einer Million DM. So saniert der Bund sich auf Kosten der Kommunen und Länder.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele
Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Die Aufstockung des Regionalprogramms für 1997 auf insgesamt 32,4 Millionen DM begrüßen wir ausdrücklich, obwohl dieses Programm aus unserer Sicht nicht die alten Regionalprogramme „Landesteil Schleswig“ und „Westküste“ ersetzen kann, schon vom finanziellen Volumen her, wo ursprünglich jedes Jahr 50 Millionen DM über zehn Jahre vorgesehen waren. Es beunruhigt uns aber, daß die Landesregierung im Jahre 2000 nur noch

10 Millionen DM für das **Regionalprogramm** ausgeben will. Aus unserer Sicht ist es wichtig, daß sich das Land nicht aus seiner Verpflichtung zurückzieht, weil nur mit Hilfe des Landes flexibel auf die Probleme unseres nördlichen Landesteils eingegangen werden kann.

Der SSW fordert weiterhin die Wiedereinführung der einzelbetrieblichen Förderung. Das haben wir schon oft gesagt. Im Finanzplan kündigt die Landesregierung an, daß eine Rückführung der direkten **einzelbetrieblichen Förderung** zugunsten eines Ausbaues der wirtschaftsnahen Infrastrukturförderung durchgeführt werden soll. Das reicht uns aber nicht. Da muß mehr passieren.

Wir begrüßen aber das Programm der Landesregierung für Mittelstand, Technik und Innovation und erkennen die positiven Ergebnisse dieser Politik an, beispielsweise in bezug auf die Technologiezentren und die **Existenzgründerprogramme**. An dieser Stelle muß ich hinzufügen, daß es sehr wohl Unterschiede gibt für Rahmenbedingungen von Existenzgründern und Existenzgründerinnen. Wenn man das nicht glaubt, sollte man sich einmal mit den Frauen in den Technologie- und Gewerbezentren unterhalten. Sie werden Ihnen das bestätigen.

(Beifall der Abgeordneten Irene
Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN])

Die traditionelle Förderung der Betriebe muß aber erhalten bleiben, sagen wir, denn für den strukturschwachen Landesteil Schleswig mit seinen vielen Kleinbetrieben sind direkte Förderungsmaßnahmen zur Weiterentwicklung dieser Betriebe und zur wirtschaftlichen Stärkung notwendig. Ein positives Beispiel in diesem Haushaltsentwurf zur Schaffung von Arbeitsplätzen sehen wir in dem Programm für Innovationsassistentinnen und -assistenten. Um die Beschäftigungsmöglichkeiten von Fach- und Hochschulabsolventen in kleinen und mittleren Unternehmen zu verbessern und gleichzeitig die Innovationsfähigkeit der Unternehmen zu stärken, soll dieses Programm ab 1997 mit einem Volumen von einer Million DM gestartet werden. Es ermöglicht jungen Leuten, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Wir sollten nicht vergessen, daß die Arbeitslosigkeit auch bei gut ausgebildeten Kräften in den letzten Jahren stark angestiegen ist. Dieses

Programm könnte dafür sorgen, daß mehr junge Leute auch aus unserer Region einen Arbeitsplatz finden und in ihrer Heimat bleiben können.

Was uns besonders beunruhigt, ist, daß sich die Situation für Kinder und Jugendliche trotz grüner Regierungsbeteiligung nicht zu verbessern scheint. Wir haben ein neugeschaffenes Ministerium, das sich um die **Jugend**, um die Frauen und um den Wohnungsbau kümmern soll. Es fällt aber auf, daß im Haushalt dieses Ministeriums zwar für Frauen und Wohnen Mehrausgaben vorgesehen sind, leider aber nicht für die Jugendlichen. In die Jugend soll anscheinend im nächsten Jahr nicht weiter investiert werden, und das ist nach unserer Meinung unerträglich. Wir haben uns in den vergangenen Monaten mehrfach mit jugendspezifischen Themenschwerpunkten beschäftigt. Wenn wir die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre ernsthaft anpacken wollen,

(Ursula Röper [CDU]: Wollen wir nicht!)

- und das hat sich in der Diskussion hierzu ja so angehört -,

(Ursula Röper [CDU]: Wir wollen es nicht!)

dann können wir nicht gleichzeitig eine Kürzung der Mittel im jugendpolitischen Bereich vornehmen. Das paßt nicht zusammen. Eine solche Entscheidung können wir nicht mittragen. Wir müssen damit aufhören, die Augen davor zu verschließen, daß in der Jugendpolitik auch in finanzieller Hinsicht dringend Handlungsbedarf besteht.

Erlauben Sie mir, kurz ein Beispiel zu nennen. In einer Stellungnahme zeigt uns der Paritätische Wohlfahrtsverband auf, wie wir mit dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ umgehen. Der DPWV macht deutlich, daß der Grundsatz an sich kein schlechter ist, daß er aber nicht im Sinne eines Spargrundsatzes zur Geltung gelangen darf. Vielmehr muß er dringend am individuellen Bedarf orientiert sein. Es geht also darum, fallbezogen zu entscheiden. Ich meine, wir können nicht leugnen, daß der DPWV in seiner Einschätzung richtig liegt. Diese Einsicht führt in ihrer Konsequenz dazu, daß das Land zu seiner finanziellen Verantwortung stehen muß. Es kann nicht darum gehen, immer

mehr Kostentragungspflichten auf die Kreise und Gemeinden abzuwälzen. Wir müssen als Landespolitiker dafür Sorge tragen, daß Aufgabe und Kostenfrage zusammenbleiben.

Im schulischen Bereich wird unter Verweis auf unsere Konkurrenzfähigkeit im europäischen Raum und möglicherweise auch aus Kostenersparnis Erwägungen die Forderung nach einer **zwölfjährigen Schulzeit** immer lauter. Wir haben das alles der Presse entnehmen können. Dies ist nach Auffassung des SSW so lange ein Witz, wie die Schüler tatsächlich nur einen Unterricht erhalten, der zwölf Schuljahren entspricht. Wir kommen also nicht darum herum zu akzeptieren, daß dies aufgrund des tatsächlichen Unterrichtsausfalls auf das Gros der Schüler zutrifft.

Durch die Sparpolitik an den öffentlichen Schulen sind die Privatschulen der dänischen Minderheit besonders betroffen. Sie erhalten die Durchschnittskosten eines Schülers im Vorjahr. Das ist deshalb eine unbefriedigende Regelung, weil die Kosten an öffentlichen Schulen durch immer größer werdende Klassen geringer werden.

Die **dänischen Privatschulen** können dieser Entwicklung nicht standhalten. Sie können keine größeren Klassenfrequenzen schaffen. Dazu liegen die einzelnen Schulen im Landesteil ganz einfach zu weit verstreut. Als Tropfen auf den heißen Stein ist hier der nach vielen Jahren erhöhte Zuschuß des dänischen Staates zu betrachten. Ich füge hinzu, daß das von dänischer Seite wirklich als Kraftakt aufgefaßt worden ist. Der SSW ist der Auffassung, daß der um etwas erhöhte Zuschuß aus Dänemark auch eine Verpflichtung für das Land Schleswig-Holstein beinhaltet. Wir wollen - das haben wir schon hundertmal gesagt - eine **Gleichstellung zwischen Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung**. Das heißt andersherum, daß der Zuschuß des dänischen Staates dementsprechend gekürzt wird. Es ist also nicht so, daß wir mehr haben wollen. Er ist uns als eine Art Erste Hilfe gewährt worden.

An dieser Stelle möchte ich kurz darauf eingehen, daß wir die unveränderte Problematik der **Schülerbeförderungskosten** für unbefriedigend halten. Wir sprechen von Finanzausgleich, wir sprechen von Trägerdritteln, kommen in unserer Diskussion aber nicht richtig weiter. Wenn das

Landesdrittel ein tatsächliches Drittel der Transportkosten für die Schülerbeförderungen ausmache, wären wir in einer ganz anderen Ausgangsposition. Leider ist das nicht der Fall. In das Landesdrittel werden nicht nur die Kosten für die Fahrschüler eingerechnet. Das ist das Problem.

Das sogenannte Landesdrittel macht in etwa 7 % der Kosten aus, die dem dänischen Schulverein entstehen. Der Schulverein selbst trägt zur Zeit mehr als 75 % der für die Schülerbeförderung anfallenden Kosten. In diesem Bereich hofft der SSW auf eine gesetzliche Lösung.

Aufgrund der Verpflichtungen des Landes zum **Schutz** und zur Förderung seiner **Minderheiten** leben wir weiterhin in der Hoffnung, daß wir parteiübergreifend zu Lösungen kommen werden. Ich meine, das Gespräch, das einige von uns gestern mit dem Grenzlandbeauftragten Kurt Schulz hatten, deutet darauf hin, daß das möglich sein wird.

Selbstverständlich sind wir nicht so vermessen zu glauben, daß unsere Vereine ungeschoren davonkommen, wenn im ganzen Land geblutet wird. Aber wir wehren uns gegen überdurchschnittliche und unsachliche Kürzungen der Mittel für die dänische und friesische Kulturarbeit.

Die Friesen werden durch diesen Haushaltsentwurf gleich dreimal getroffen. Einmal haben die Kürzungen im Hochschulbereich zur drohenden Abschaffung der **Friesischprofessur** geführt, zum anderen will man die Globalzuschüsse für die friesischen Vereine kürzen, und dann sieht der Entwurf eine Kürzung der Zuschüsse für das Nordfriesische Institut in Bredstedt vor. Das ist eine bedenkliche Entwicklung für die Volksgruppe der Friesen. Da muß etwas gemacht werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich brauche an dieser Stelle wohl nicht besonders hervorzuheben, daß den SSW insbesondere die Diskussion um die Friesischprofessur an der Bildungswissenschaftlichen Universität in Flensburg große Sorgen bereitet. Nach der Debatte im Landtag warten wir darauf, was die Ergebnisse der geführten und noch zu führenden Gespräche sein werden. Dennoch möchte ich an dieser Stelle die Landesregierung ausdrücklich auf den notwendigen Schutz der Minderheiten in diesem Land hinweisen. Dieser Schutz kann in der

Aufforderung zur Aufrechterhaltung der Professur bestehen. Sollte es nicht hierzu kommen, erwartet der SSW, daß die hierfür zweckgebundenen Gelder dem Nordfriesischen Institut zur Verfügung gestellt werden. Das muß das mindeste sein.

(Beifall bei der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 erhält Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit Herrn Steenblock hat inzwischen ein grüner Umweltminister, der dritte Umweltminister in diesem Land, Verantwortung übernommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

- Ob das mit Beifall zu bedenken ist, sollte man überdenken. Ich erinnere mich an die beiden Vorgänger. Ich darf es sagen, daß beide Vorgänger, sowohl Herr Professor Heydemann als auch Frau Dr. Müller, sehr deutliche umweltpolitische Ziele formuliert haben, sehr deutliche Vorhaben verfolgt haben. Wir haben im Landtag gestritten sowohl über die Ziele, die sie verfolgt haben, als auch über die Wege, die sie eingeschlagen haben.

Mit Ihnen, Herr Minister Steenblock, können wir in dieser Weise nicht streiten, weil Ihr Ziel, ganz einfach Minister zu bleiben, fachlich nicht in die Diskussion paßt. Von daher ist ein umweltpolitisch, naturschutzpolitisch geforderter Streit tatsächlich nicht möglich.

(Lachen bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN - Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was
soll das?)

Ein Anwesender auf den Naturschutztagen in Rendsburg sagte mir: „Wir gehen eigentlich davon

aus, daß er alles mitmacht, solange er Minister bleibt.“ Genau das ist der Eindruck, der landauf, landab bisher tatsächlich zu gewinnen ist.

(Beifall bei der F.D.P. - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gehört Herr Kubicki, der Kasper des Landes, dazu?)

Es ist natürlich auch relativ schwer für einen Minister, der keine eigene fachliche Entscheidungskompetenz besitzt, sich gegenüber einer ausgesprochen gierigen Klientel durchzusetzen, wie die Grünen sie haben. Dies wird an ganz verschiedenen Beispielen deutlich.

Denken wir an die Vergasungsanlage in Flensburg! Der Minister sagt: Das ist vernünftig, was die da wollen, aber politisch will ich es nicht.

(Ursula Kähler [SPD]: Zu welchem Tagesordnungspunkt sprechen Sie eigentlich? - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zur Sache! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Zum Haushalt! - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Entschuldigen Sie, Frau Abgeordnete! Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit. Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan hat das Wort.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Denken wir einmal daran, daß wissenschaftlich inzwischen eindeutig belegt ist, daß **Leukämiecluster in der Elbmarsch** - hier geht es wohl um den Haushalt - nicht durch den Betrieb oder einen Unfall im Kernkraftwerk Krümmel verursacht sind. Trotzdem werden für eine Fallkontrollstudie in dieser Region in diesem Haushalt 1,4 Millionen DM und in weiteren Haushalten bis zu 4,2 Millionen DM ausgegeben.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welches ist denn nun die Ursache?)

Und das angesichts der Tatsache, daß die Leukämien, die in diesem Cluster aufgetreten sind, gerade nicht von Radioaktivität beeinflusst werden

und überhaupt nicht durch das Kernkraftwerk Krümmel beeinflusst werden können!

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann muß man etwas anderes suchen!)

- Natürlich müßte man etwas anderes suchen! Aber das wollten Sie fünf Jahre lang schon nicht!

Denken wir doch auch einmal daran, daß dieser Minister formuliert, daß jeglicher **Flächenankauf**, daß Biotopschutzmaßnahmen et cetera Subventionen für die Landwirtschaft seien. Sind sie das wirklich? 24 Millionen DM für Flächenankauf! Und das angeblich für die Landwirtschaft? - Nein, das ist nicht so.

(Zuruf von der CDU: Gegen die Landwirtschaft! - Zuruf von der SPD: Thema!)

Es ist gegen die Landwirtschaft gerichtet. Wenn 24 Millionen DM für Sie kein Argument sind, weiß ich nicht, was Sie bei Ihren Haushaltsberatungen überhaupt besprochen haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist wahr!)

Bei all diesen Maßnahmen steht immer im Vordergrund, daß die soziale Bindung des Eigentums Landwirte zu Sonderleistungen verpflichtet. Aber nie wird gesagt, daß wir das Eigentum im Grundgesetz schützen, damit die Landwirte, damit der Eigentümer sich darauf seine Existenz aufbauen kann. Genau das ist das Ziel des Eigentumsschutzes. Sie konterkarieren dieses Ziel. Sie wollen dieses Ziel nicht, weil Sie genau wissen, daß Sie Naturschutz in der von Ihnen gewünschten Form sonst überhaupt nicht durchsetzen könnten.

Nehmen wir das Thema Nationalpark! Der **Nationalpark Wattenmeer** ist als Biosphärenreservat ausgewiesen. Eine ausgesprochen gute Idee der UN, Biosphärenreservate einzurichten, die Verbindungen von Natur und Mensch! In der Rhön ist das in beispielhafter Weise gelungen, aber hier in Schleswig-Holstein fehlen die Voraussetzungen dafür, Natur und Mensch in einer entsprechenden Synthese zusammenzubringen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Bereitschaft!)

Landschaftspflegeverbände wie zum Beispiel in der Rhön sind politisch nicht gewollt. Eine ergebnisoffene Anhörung über die Systemforschung ist nicht gewollt. Sie nämlich haben in Ihrem Koalitionsvertrag schon festgelegt, was Ihrer Meinung nach Ergebnis der Anhörung sein sollte.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluß.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Jeder, der an einer solchen Anhörung teilnimmt, weiß, daß sie eine Farce ist und es nicht darum geht, ein für alle, für Natur und Menschen verträgliches Ziel des Nationalparkes Wattenmeer, eine verträgliche Entwicklung dieses Nationalparks zu erreichen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Siebke.

Hans Siebke [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte mich während der Rede der Ministerpräsidentin zu Wort gemeldet und bin nicht zu Wort gekommen. Nun möchte ich gleich die Erklärung zu meiner Frage liefern.

Die Ministerpräsidentin hat das **Ehrenamt** so hoch eingeschätzt, daß sie viele Sätze darauf verwendet hat. Sie hat aber nichts dazu gesagt, daß sie alles tut, um das Ehrenamt zu schwächen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich fange an: In der Kommunalpolitik haben Sie uns im Finanzausgleich 100 Millionen DM vorenthalten, damit uns die Arbeit möglichst viel Spaß macht. Das war vor sechs Jahren. Das sollen wir heute schon vergessen haben.

(Holger Astrup [SPD]: Das habt Ihr doch wiederbekommen!)

Die kommunale Sportförderung haben Sie gestrichen. Sie meinen, die Ehrenamtlichen seien so dumm und hätten das vergessen, wenn hier gesagt wird, es gäbe eine Million DM mehr. Wenn wir diesen Haushaltsansatz um 50 % erhöhen würden, lägen wir immer noch 50 % unter dem Schnitt in der Bundesrepublik Deutschland.

(Zuruf von der SPD: Sprechen Sie doch zum Haushalt!)

- Ja, ich spreche zum Haushalt. Sie müssen nämlich Ansätze schaffen und das Geld bereitstellen.

Dann zur Feuerwehr! Das ist die reinste Farce, was Sie hier tun.

(Zuruf von der SPD: Aber nun nicht so laut!)

Am 1. April haben Sie der **Feuerwehr** neue Aufgaben zugeordnet, und heute erzählen Sie den Feuerwehrkameraden, daß sie dafür weniger Geld bekommen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt doch gar nicht!)

Wenn ich die Leute zum Einsatz schicke und ihnen nicht einmal das Gerät an die Hand gebe, damit sie im Ehrenamt 365 Tage lang 24 Stunden täglich für den Bürger da sind und wieder sicher nach Hause kommen, dann tun sie mir leid. Wenn der Innenminister dann sagt, das könne gar nicht abgerufen werden, dann sage ich: Herr Innenminister, das Geld, das den kleinen Gemeinden fehlt, das sollten wir ihnen zur Verfügung stellen, damit sie die Feuerwehren ordentlich ausrüsten können.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Widerspruch bei SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Jetzt erteile ich Herrn Minister Möller das Wort.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will mich mit ein paar Argumenten auseinandersetzen, die hier vorgebracht worden sind.

Liebe Anke Spoorendonk, es ist richtig, daß auch bei den **Minderheiten** einige Haushaltsansätze gekürzt worden sind. Aber es gehörte eigentlich zur Redlichkeit, dann auch zu sagen, daß für das EZM 300 000 DM zusätzlich im Haushalt eingestellt worden sind.

Mir ist der Vorwurf gemacht worden, ich hätte falsche Zahlen genannt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

- Herr Kubicki, es ist immer und auch in meiner Presseerklärung zum Haushalt auf die **Steuerschätzung** vom Mai abgestellt worden, die von einem realen Wachstum von 0,75 % im Jahre 1996 und von 2,3 % im Jahre 1997 ausgeht. Ich habe nie andere Zahlen genannt. Richtig ist, daß die Bundesbank jetzt 1 % für richtig hält und die Sachverständigen für dieses Jahr gestern 1,5 % nannten. Ich glaube nicht, daß sich das sofort automatisch im Steueraufkommen auswirkt. Es gibt auch Wachstum, das nicht unbedingt steuerrelevant ist. Das werden wir sehen. In der nächsten Woche werden wir eine Steuerschätzung haben.

In einem Punkt - und das hängt mit dieser Rate zusammen, Herr Stritzl - habe ich mich vielleicht heute morgen etwas unscharf ausgedrückt. Wenn ich gesagt habe, daß ich es aufgrund des Steuer-Ist-Aufkommens für realistisch halte, daß wir das Steuer-Soll dieses Jahres erreichen, habe ich nicht das im Haushalt genannte Soll gemeint, sondern das aufgrund der Mai-Steuerschätzung um 358 Millionen DM reduzierte. Das muß ich korrigieren, das ist richtig.

Nach diesem aufgrund der Steuerschätzung reduzierten Soll gehen wir davon aus, daß wir unter dem Strich nach dem Länderfinanzausgleich gegenüber dem Vorjahr ein Plus von etwa 3,2 % zu erwarten haben. Ende September lagen wir bei plus 2,6 %. Vor uns liegt aber noch die Besonderheit des Dezembers. Deshalb bleibe ich dabei: Es ist möglich und wahrscheinlich, daß wir im Jahre 1996

das in der Mai-Steuerschätzung enthaltene Steuerergebnis erreichen werden, und dann kommen wir auch nicht in Schwierigkeiten, was die Verfassungsgrenze angeht.

Sie, Herr Kubicki, haben gesagt - und das leugnen wir gar nicht -, daß wir im Zusammenhang mit der Pflegeversicherung ein gewisses Einsparpotential haben. Sie haben auch einige andere gesetzliche Leistungen genannt. Es wäre aber besser gewesen, wenn Sie dann auch erwähnt hätten, daß wir allein im Ausbildungsverkehr aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen -

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Was ist Ausbildungsverkehr?)

- das ist der **Schülerverkehr** - Mehrkosten in Höhe von 23 Millionen DM haben, daß wir beim Wohngeld 9 Millionen DM Mehrkosten haben. Also, man darf sich nicht nur die Rosinen an den Stellen herauspicken, an denen das Land entlastet wird, sondern muß auch diese Belastungen berücksichtigen. Die Entlastung des Pflegeversicherungsgesetzes haben natürlich auch die Länder, die heute Haushalte mit positivem Wachstum vorlegen.

Ich komme zu dem Punkt der mittelfristigen Finanzplanung, Herr Stritzl. Bei der mittelfristigen Finanzplanung hat es aufgrund der schlechten Mai-Steuerschätzung echte Ausgabenkürzungen um 3,8 Milliarden DM gegeben. Hier ist wirklich entschlackt worden. Richtig ist, daß dabei im Jahre 2000 auch ein paar globale Minderausgaben vorgesehen sind.

(Wortmeldung des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Wir haben ja jetzt nicht die Haushaltsberatung für das Jahr 2000, sondern wir machen eine globale Finanzplanung für das Jahr 2000.

(Thomas Stritzl [CDU]: In welcher Höhe?)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Nein, im Moment nicht.

Die Höhe der globalen Minderausgabe im Jahre 2000 kann ich im Moment nicht nennen. Für 1999 kann ich sie Ihnen sagen.

(Glocke der Präsidentin)

Es ist richtig, daß wir hier eine globale Minderausgabe in der Größenordnung von 200 Millionen DM haben, aber die wird natürlich spätestens bei der Haushaltsberatung zum Jahr 2000 weitgehend aufgelöst.

Sie haben den Eindruck erwecken wollen, wir hätten die **Zinsausgaben** nicht richtig kalkuliert. Selbstverständlich ist bei dem bedrückenden Anstieg der Zinsausgaben, den Sie auch erwähnt haben, berücksichtigt, daß wir im Jahre 1996 ein durchschnittliches Zinsniveau von 6 % haben, und zwar auch dank unserer intelligenten Politik, was die Kreditaufnahme angeht, im nächsten Jahr aber bereits 6,5 %, und in der mittelfristigen Planung wird für das Jahr 2000 eine durchschnittliche Verzinsung von 8 % zugrunde gelegt, weil wir aufgrund langjähriger Erfahrungen davon ausgehen, daß das Zinsniveau wieder nach oben geht.

Selbstverständlich steigen die Zinsen noch, und das ist das große Problem. Aber nennen Sie mir nur eine Gebietskörperschaft, vielleicht mit Ausnahme der Gemeinde Lockstedt, die das vielleicht schafft, weil sie Steueroase ist, die eine Planung vorlegt, die in der Lage ist, bei diesen Rahmenbedingungen die Verschuldung abzubauen. Alle Gebietskörperschaften sind bestenfalls in der Lage, ebenso wie wir die Nettoneuverschuldung zurückzuführen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das machen Sie ja gar nicht!)

Ich habe mir nie träumen lassen, daß ich in meinem Leben noch einmal Dr. Stoltenberg als Kronzeugen für unsere Politik bemühen würde. Aus dem, was er laut „dpa“-Meldung gestern in Bonn gesagt hat, möchte ich heute einiges zitieren:

„Der frühere Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hat die Koalition angesichts der Finanzkrise vor überzogenen

Steuersenkungsversprechen gewarnt. Statt der von CDU und F.D.P. ins Auge gefaßten Netto-Entlastung von 30 Milliarden hält er bestensfalls 20 Milliarden für vertretbar.“

- Wegen der Haushaltskonsolidierung! -

„Man könne auch nicht den in diesem Jahr fast 30 Milliarden DM umfassenden Solidaritätszuschlag bis zum Jahre 2000 zusätzlich völlig abbauen, widersprach Stoltenberg einer früheren Erklärung des Bundeskanzlers Kohl.“

Ich zitiere weiter:

„Wer mehr verspricht, könne sich sehr bald übernehmen, warnte Stoltenberg vor allem die F.D.P.“

(Günter Neugebauer [SPD]: Wo er recht hat, hat er recht !)

„Auch die von den Liberalen verfolgte Selbstfinanzierung massiver Steuersenkung durch Wirtschaftswachstum - 30 Milliarden - sei eine Illusion, was das Beispiel USA belege.“

Auf nichts anderes habe ich heute morgen hinweisen wollen. Und, Herr Kollege Kubicki, vielleicht hätten Sie sich in New York doch stärker über die ökonomischen Rahmenbedingungen von Steuersenkungsprogrammen informieren und Ihr Hauptaugenmerk nicht auf Reiterstaffeln in Brooklyn legen sollen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag erhält Herr Abgeordneter Kubicki.

(Ursula Kähler [SPD]: Ich wette, daß der immer das letzte Wort haben will!)

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrter Herr Finanzminister, selbstverständlich gilt auch für Sie der Grundsatz:

Reisen bildet. Ich empfehle, nicht nur den Blick auf ausländische Medienberichterstattung zu richten, sondern auch einmal ins Ausland zu fahren, um zu sehen, wie an anderen Orten der Welt mit bestimmten Problemen umgegangen wird. Ich sage Ihnen und den Sozialdemokraten dieses Hohen Hauses in allem Ernst: Man kann sich darüber lustig machen, daß es eine Bürgerinitiative zur Wiedereinführung der Reiterstaffel gibt.

(Holger Astrup [SPD]: Das tut doch keiner!)

Natürlich kann man das Begehren mehrerer hunderttausend Menschen in diesem Lande - das werden Sie demnächst sehen - einfach ignorieren und für Populismus halten. Die Politik von Sozialdemokraten und Grünen ist ab und zu für eine noch kleinere Klientel da, als daß wir uns vorhalten lassen müßten, wir säßen hier auf dem falschen Pferd.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Herr Kollege Neugebauer, mir ist durchaus klar, daß der Erhalt der Hochbrücke in Rendsburg etwas ganz Wesentliches ist, der Erhalt der Reiterstaffel für ein Flächenland wie Schleswig-Holstein dagegen weniger wichtig - das mag Ihre Sicht der Dinge sein, meine ist eine andere.

Herr Finanzminister, ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich erwartet hatte, daß Sie sich hier hinstellen und sagen: Der Vergleich von heute morgen in bezug auf die **Nettoneuverschuldung** ist unzutreffend. Richtig ist nach wie vor, daß gegenüber dem Soll 1996 das Soll 1997 bei der Netto neuverschuldung um 25 Millionen DM höher liegt. In der Planung haben Sie eine höhere Netto neuverschuldung als im letzten Jahr. Das nenne ich keine verantwortungsvolle Politik.

Sie haben heute morgen gesagt: Steuerlügen haben kurze Beine. Wir beide unterscheiden uns ja in der Körpergröße nicht sehr weit.

(Holger Astrup [SPD]: Kubicki ist deutlich kleiner als Möller! - Ursula Kähler [SPD]: Der Minister ist einen Kopf größer als Sie! - Weitere Zurufe)

- Das glaube ich nicht, das können wir ja gleich einmal ausprobieren. - Ich weiß gar nicht, was Sie haben: Die Sozialdemokratie insgesamt wird doch immer kleiner, wenn man sich die Wahlergebnisse der Vergangenheit anguckt.

(Anhaltende Zurufe)

Herr Finanzminister, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, Sie garantierten dem Hohen Haus, daß das Netto neuverschuldungs-Ist 1997 nicht über dem Netto neuverschuldungs-Ist 1996 liegt, nehme ich ernst, daß Sie 1997 durch die Nettokreditaufnahme nicht mehr Schulden machen werden als 1996.

(Minister Claus Möller: Das habe ich nie gesagt!)

Mit anderen Worten: Wir können schon jetzt erwarten - das sagen Sie -, daß das Ist 1997 höher ausfallen wird als 1996.

(Minister Claus Möller: Ist 1997 weniger als 1996, das steht fest!)

- Daß Sie 1997 im Ist weniger Schulden machen als 1996, das garantieren Sie hier? - Ich werde Sie bereits im Februar an Ihren Worten messen, ob Sie das einlösen können. Ich nehme zur Kenntnis: Der Finanzminister garantiert uns, daß das Ist der Nettokreditaufnahme 1997 unter dem Ist-Wert 1996 liegen wird. Ich halte das angesichts der Haushaltslage für unmöglich. Herr Minister, im Februar sehen wir uns wieder, und dann schauen wir weiter.

(Holger Astrup [SPD]: Das wäre schön, wenn es erst im Februar wäre!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag erhält Herr Abgeordneter Stritzl.

Thomas Stritzl [CDU]:

Herr Finanzminister, ich entnehme Ihrem Beitrag, daß Sie meinem Beitrag in den Kernaussagen zustimmen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Meinem auch!)

Weiter nehme ich zur Kenntnis, daß Sie Herrn Stoltenberg als hervorragenden Finanzpolitiker würdigen. Sie verstehen ihn jedoch offensichtlich falsch, wenn Sie meinen, daß die Äußerung von Dr. Stoltenberg, wie Sie sie hier wiedergegeben haben, eine Bestätigung Ihrer Finanzpolitik ist.

(Minister Claus Möller: Auf keinen Fall eine Bestätigung der Bonner Finanzpolitik!)

- Herr Möller, ich möchte das Bild mit den kurzen Beinen nicht bemühen, aber wenn ich Sie so angucke, dann kommt zumindest ein anderes Bild in Betracht.

Herr Stoltenberg wollte darauf hinweisen, daß wir mit Augenmaß vorangehen müssen. Das hat die Bundesregierung vor, das hat der Bundesparteitag der CDU vorgegeben. Auch der Landesparteitag der CDU hat einen vernünftigen Beschluß zur Steuerreform gefaßt. Ich bitte Sie, daß Sie dann auch mittun, wenn es darum geht, **Steuervergünstigungen** zu beschneiden. Meine große Sorge ist, daß Sie sich hinstellen und eine Neiddiskussion führen, nach dem Motto, Steuerschlupflöcher seien etwas für Reiche, das sei etwas furchtbar Schlimmes, was die Armen nicht könnten.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Oh, ist das primitiv!)

- Nein, Frau Erdsiek-Rave, das ist nicht primitiv. Sie müssen endlich einmal erkennen, daß Sie mit Ihrer Neiddiskussion spalten, anstatt zu versöhnen.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Erdsiek-Rave, Sie können sich doch nicht ernsthaft hinstellen und behaupten, Steuervergünstigungen für Reiche seien unsozial, während Ihre Ministerpräsidentin am Tag der Deutschen Einheit die Bundesregierung dafür angreift, daß die Steuervergünstigungen für den Wohnungsbau im Osten Deutschlands zurückgefahren werden. Das ist die Scheinheiligkeit Ihrer Politik.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Abschreibungsmodelle für Reiche am Beispiel Schiffbau! Ihr Wirtschaftsminister stellt sich hin und sagt: Wenn das beendet wird, bedeutet das einen Sekudentod für die Werften und damit Vernichtung von Arbeitsplätzen. - Was wollen Sie, bitte schön? Sie müssen sich einmal entscheiden! Immer nur die Neiddiskussion zu führen, bringt uns nicht weiter.

(Zurufe von der SPD)

Herr Minister, dem von Ihnen angeführten Beispiel Amerika entnehme ich, daß Sie sich zum Spitzensteuersatz in Amerika bekennen, der deutlich unterhalb von 40 % liegt.

(Minister Claus Möller: Lesen Sie mal, was Herr Stoltenberg gesagt hat!)

- Herr Stoltenberg sagt, daß das Weitergeben von Entlastungen an den Bürger nicht zu stark entkoppelt werden darf von der Absenkung und der Beschneidung von Entlastungsmöglichkeiten im Rahmen von Steuerschlupflöchern. Das heißt, die Mehreinnahmen durch Zurückschneiden von Steuervergünstigungen müssen parallel laufen mit der Weitergabe von Vergünstigungen für den Bürger. Diese Überlegung steht dahinter. Herr Minister, ich glaube nicht, daß Sie dem im Ernst widersprechen wollen, es sei denn, Sie kommen hierher und sagen, Sie seien gegen die Steuerreform, Sie seien gegen die Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern. Ich glaube nicht, daß Sie das ernsthaft meinen.

Es muß uns gemeinsam darum gehen, im sozialgerechten Miteinander die Bemessungsgrundlage zu verbreitern. Auch das ist die jetzige Erfahrung in Amerika, daß eine verbreiterte Bemessungsgrundlage die staatlichen Einnahmen wieder wachsen läßt. Mehr bürgerliche Freiheit und weniger staatlicher Zugriff, das ist unsere Politik. Sie wären gut beraten, daran mitzuwirken.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf und den Bericht der Landesregierung

federführend dem Finanzausschuß und mitberatend allen anderen Ausschüssen zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen.
- Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich erteile jetzt zu einer persönlichen Erklärung nach § 55 unserer Geschäftsordnung Herrn Minister Steenblock das Wort.

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mich dazu entschlossen, nicht aufgrund des etwas wirren Sammelsuriums, das Frau Dr. Happach-Kasan hier vorgetragen hat, eine persönliche Erklärung abzugeben. Ich glaube, daß man damit sehr vorsichtig umgehen muß, weil man es in der Politik - ich habe damit auch überhaupt keine Probleme - natürlich ertragen muß, wenn ein bißchen ausgeteilt wird und man ein bißchen härter angegangen wird. Das gehört einfach zum Geschäft.

Mir geht es um folgendes: Der Oppositionsvorsitzende hat heute in seiner Rede erklärt, daß ich es den Leuten an der Westküste zeigen würde, daß ich Ihnen ordentlich vors Schienenbein treten würde, daß ich darüber hinaus gesagt hätte, mit den Menschen an der Westküste sei intellektuell ohnehin nicht viel los. Ich möchte diesen Vorwurf entschieden zurückweisen. Herr Hennig, ich fordere Sie auf, dafür den Beweis anzutreten, daß ich das - wie Sie behaupten - im Umweltausschuß des Städtetages gesagt hätte. Ich weise das entschieden zurück. Es ist nicht mein Stil, die politische Auseinandersetzung so zu führen.

Ich könnte das alles ertragen, wenn die Sache, um die es dabei geht, nicht so wichtig wäre für dieses Land und wenn wir nicht alle in der Verantwortung dafür stünden, daß die Diskussion, die an der Westküste erforderlich ist, mit Rationalität, mit Sachverstand geführt wird und ohne einen hohen emotionalen Anteil, wie es jetzt der Fall ist. Es sind die hohe Ideologisierung,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was machen Sie denn?)

die hohe ideologische und emotionale Überspitzung aus der Debatte herauszunehmen. Ihr Beitrag, Ihre persönlichen Vorwürfe gegen mich, Ihre

Diffamierungen scheinen mir gezielt in die Strategie hineinzupassen, die genau das verfolgt und die - wie der Teufel das Weihwasser - den rationalen Diskurs, zu dem wir uns verpflichtet haben, fürchtet. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß wir einen langen Zeitraum brauchen, um die Probleme an der Westküste, insbesondere die des Nationalparks, mit der Bevölkerung zu diskutieren.

Das, was Sie in der Presseerklärung dazu gesagt haben, ist, ich will nicht sagen, von mir abgekupfert. Ich habe das auch schon gesagt, daß man Naturschutz nicht gegen die Menschen machen kann, sondern nur mit Ihnen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das sagen wir schon ein bißchen länger als Sie!)

- Ich sage ja auch: An dieser Stelle sind wir uns völlig ein. Ich versuche, das an der **Westküste** durchzusetzen, und ich versuche, einen **rationalen Diskurs** und eine inhaltliche Auseinandersetzung zu führen. Alles, was ich von Ihrer Seite höre, ist, daß Sie sich diesem Diskurs entziehen

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist doch keine persönliche Erklärung!)

und daß Sie mit hohen emotionalen Anteilen und einer hohen Diffamierung des politischen Gegners hier in diese Diskussion hineingehen.

Ich bitte Sie, mit dieser Art von Politik aufzuhören, damit aufzuhören, einen Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie für die Entwicklung der Westküste in der Form zu konstruieren, daß das Gespräch von diesen Menschen her so gesteuert wird, daß es kaum noch zu einem Gespräch kommen kann. Wir brauchen dieses Gespräch, wir brauchen die Debatte über Ökologie und Ökonomie, darüber, was für die Westküste an Strukturentscheidungen in der Zukunft notwendig ist. Ich habe immer gesagt, daß wir diesen Prozeß an der Westküste sehr offen führen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist keine persönliche Erklärung mehr!)

Deshalb fordere ich Sie auf, diese persönlichen Angriffe, diesen Stil der persönlichen Diffamierung in der Zukunft sein zu lassen und sich in einer sachlichen Debatte auf der Grundlage dessen, was

diese Landesregierung vorhat und was Sie in ihrer Progamatik drin haben, um den Nationalpark Wattenmeer zu kümmern und diese Angriffe in Zukunft zu unterlassen. Das trägt nicht zu einer vernünftigen Entwicklung der Debattenkultur in diesem Land bei. So wird Öl ins Feuer gegossen. Das ist nicht die Politik, für die diese Landesregierung steht, und ich hoffe, daß es auch nicht die Politik ist, für die Sie stehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Heuchlerisch ohne Ende!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einer weiteren persönlichen Bemerkung erhält Herr Dr. Hennig.

Dr. Ottfried Hennig [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Steenblock, ich kann verstehen, daß Sie sich über Frau Happach-Kasan geärgert haben.

(Minister Rainer Steenblock: Nein!)

Ich hätte es allerdings begrüßt, wenn Sie dazu in einem sachlichen Beitrag Stellung genommen hätten.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war so wirr, da konnte man gar nichts dazu sagen!)

Was ich getan habe, war, hier ein Zitat wiederzugeben,

(Minister Rainer Steenblock: Woher?)

das durch mehrere Teilnehmer der nichtöffentlichen Sitzung des Umweltausschusses des Städtetages, an der Sie teilgenommen haben, mir exakt so mitgeteilt worden ist.

(Holger Astrup [SPD]: Also Sie wissen es nicht genau!)

- Im übrigen, Herr Kollege Astrup, habe ich exakt dieses Zitat am 2. Oktober dieses Jahres, das heißt heute vor vier Wochen, in vollem Wortlaut als Zitat

veröffentlicht, ohne daß Sie es bis heute nötig gehabt haben, Herr Steenblock, diesem Zitat entgegenzutreten.

(Minister Rainer Steenblock: Ich bin damals in Urlaub gefahren! Ich habe das heute erst erfahren!)

Also wenn das für Sie so wichtig und so beleidigend ist, wie Sie hier in dieser Debatte meinen sagen zu müssen, dann frage ich mich, warum Sie dieses Zitat vier Wochen lang so stehengelassen haben.

(Minister Rainer Steenblock: Weil ich das heute erst erfahren habe!)

Letzter Punkt - das ist genauso eine persönliche Erklärung, wie dies eben eine persönliche Erklärung des Ministers war -: Im Ältestenrat ist gebeten worden, der Landesregierung 60 Minuten Redezeit zu gewähren - 15 Minuten mehr als den großen Fraktionen -, mit dem dringenden Hinweis darauf, daß Herr Steenblock ebenfalls in dieser Debatte sprechen müsse. Dem haben wir dann Rechnung getragen und haben gesagt: Gut, die großen Fraktionen 45 Minuten und die Regierung 60 Minuten, weil Herr Steenblock reden muß. Das scheint ein internes Gesetz dieser Koalition zu sein.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Dr. Hennig, persönliche Bemerkungen dürfen ausschließlich Angriffe auf die eigene Partei

(Martin Kayenburg [CDU]: Das hätten Sie bei dem Minister sagen sollen!)

oder die Berichtigung von eigenen Ausführungen zum Inhalt haben. Der letzte Satz gehörte nicht mehr dazu, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Widerspruch bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Dr. Ottfried Hennig [CDU]:

Frau Präsidentin, ich glaube, daß Sie recht haben, daß das aber genauso für den vorigen Beitrag gegolten hat.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Deswegen sage ich nur noch einen Satz: Ich frage mich, Herr Steenblock, warum Sie in dieser Debatte, in der es vielfältigen Anlaß dazu gegeben hätte, nicht das Wort ergriffen haben, obgleich das vorher von Ihnen mit großem Nachdruck angemeldet worden ist. Das frage ich mich in der Tat.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 12 und 21 auf:

Gemeinsame Beratung:

a) Arbeitsplatz „Haushalt“

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/231

b) Dienstleistungsagenturen

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/317

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Hunecke.

Bis Sie hier sind, erlauben Sie mir, daß ich auf der Tribüne die Besucher des SPD-Ortsvereins Wik und des SPD-Ortsvereins Lütjenburg begrüße.

(Beifall - Angelika Volquartz [CDU]:
Das stimmt nicht! Das sind die
Eutiner Sommerspieler!)

Sie haben das Wort, Frau Hunecke.

Gudrun Hunecke [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die CDU-Landtagsfraktion hatte am 10. September 1996 den Antrag „Arbeitsplatz Haushalt“ in sehr knapper, auf den Punkt gebrachter Form für eine Ausschußüberweisung vorgelegt. Die SPD schob

am 22. Oktober einen Antrag nach, der sich inhaltlich und in der übergeordneten Zielsetzung in keiner Weise von unserem unterscheidet. Die spezifizierten Aussagen in Ihrem Punkt 2 sind nichts anderes als eine Wiederholung unserer Kernaussage, eine Vertiefung unserer Forderung, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze auf neuen Wegen auf den Gebieten zu schaffen, auf denen bisher fast ausschließlich geringfügig beziehungsweise schwarzgearbeitet wird, nämlich in privaten Haushalten.

Heute beschäftigt lediglich 1 ‰ aller 36 Millionen Haushalte in Deutschland sozialversicherungspflichtige Haushaltskräfte für sehr unterschiedliche Aufgabenbereiche. Diesen 36 000 Haushalten stehen über 700 geringfügig beschäftigte Haushaltskräfte und eine sehr schwer abzuschätzende, hohe Zahl von Schwarzarbeitsverhältnissen gegenüber. Der private Haushalt ist damit, gemessen an der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse, der Beschäftigungssektor mit dem größten Anteil ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse.

Die rechtlichen und strukturellen Rahmenbedingungen sollen jetzt dringend so geändert werden, daß mehr Anreize für abgesicherte Arbeitsplätze gegeben werden. Das war und ist unser Hauptziel. Wenn ich an die Diskussionen der vergangenen Jahre und an die Gemeinsamkeit in unserer Formulierung an dieser Stelle denke, gehe ich davon aus, daß das auch Ihres ist. Daß dabei auch etwas gegen Arbeitslosigkeit getan wird - nicht zu quantifizieren, ich gebe es zu -, die sozialen Sicherungssysteme davon profitieren und vor allen Dingen die eigenständige Alterssicherung von Frauen ein kleines Stück besser gesichert werden kann, ist nur gut.

Wir, die CDU-Landtagsfraktion, sehen in der beabsichtigten Möglichkeit im Jahressteuergesetz 1997, nämlich in der **Verdoppelung der Abschreibungsmöglichkeiten für Privathaushalte**, aber auch für Dienstleistungszentren, endlich eine Riesenchance, auf flexibler und freiwilliger Basis diesen geringfügigen Jobs und der Schwarzarbeit in einem weiten Feld ein Angebot gegenüberzustellen, bei dem es sich lohnt, daß wir gemeinsam - aber wirklich gemeinsam und ohne Tricks - die vielen Hürden, die noch zu nehmen sind, auch nehmen.

Hier öffnet sich eine frauenarbeitsmarktpolitische Tür, in die wir sofort unseren Fuß stellen müssen.

Deshalb, liebe Kolleginnen von der SPD, beunruhigt es mich enorm, wenn ich höre - hoffentlich wird das von Ihnen dementiert -, daß die weiblichen SPD-Bundestagsabgeordneten offensichtlich gegen diese verdoppelte Abschreibungsmöglichkeit sind und der Bundesrat mit seiner SPD-Dominanz beabsichtigt, diese neue Möglichkeit der Abschreibung im Jahressteuergesetz abzulehnen. Ein SPD-Gesetzentwurf soll dem Vernehmen nach im November eingebracht werden, der ein reines Zuschußsystem enthalten wird.

Ihrer völlig unberechtigten Sorge, daß nun wieder nur die sogenannten Besserverdienenden, die überhaupt Abschreibungsmöglichkeiten aufgrund ihrer Einkommen haben, davon Gebrauch machen könnten, soll ja gerade durch die Variante der Bündelung von mehreren kleinen Arbeitsverhältnissen in kleinen, normalen Haushalten entgegengesetzt werden.

Das sind die Ziele und die Absichten. Die Wege dorthin sind für die meisten bisher undurchsichtig und zugegebenermaßen auch nicht so ganz einfach. Das beste wäre natürlich die völlige Übertragung eines Modells aus Frankreich, der Dienstleistungsscheck für jeden. Eigentlich sollten wir Frauen gemeinsam genau an dieser Lösung arbeiten und dafür kämpfen. Nur, das andere und eben kompliziertere Steuer- und Versicherungssystem in Deutschland läßt dies derzeit offensichtlich wirklich nicht zu. Deshalb arbeiten wir pragmatisch - zumindest wie wir CDU-Frauen nun einmal sind - sozusagen an Zwischenlösungen, den **Dienstleistungszentren** oder Dienstleistungsagenturen oder auch Koordinationsstellen - wie immer man das nennen will. Es gibt bereits seit Monaten - eigentlich schon seit einem Jahr - Beispiele in anderen Bundesländern, in Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und anderen Ländern. Es gibt eine ganze Reihe von unterschiedlichen Konzeptionen. Deshalb fordern wir auch, daß wir uns umgehend im Ausschuß darüber berichten lassen, um vor allen Dingen einmal die Meinungen und Absichten der Landesregierung dazu zu hören.

In diversen Papieren taucht der Begriff „Einrichtung von Dienstleistungszentren“ immer wieder auf. Frau Fröhlich meinte mir zwar im Sommer über die Presse mitteilen zu müssen, das hätten wir in Schleswig-Holstein schon längst - da muß ich einfach sagen: dann hat sie keine Ahnung -, und Frau Franzen schreibt in ihrer letzten Presseerklärung, daß sie dies in ihre Arbeitsplanung aufgenommen habe.

Schließlich verwechseln Sie dies alles - so denke ich - mit einer Idee und einer dazu bereits erstellten Machbarkeitsstudie unseres Landfrauenverbandes. Da auch Frau Erdsiek-Rave dies heute morgen in ihrem Redebeitrag erwähnte, möchte ich nur noch einmal klarstellen: Die Zielsetzung der Landfrauen mit ihren Dienstleistungszentren geht in eine andere Richtung und ist vor allen Dingen für eine andere Zielgruppe gedacht. Wir haben in ausführlichen Gesprächen mit den Landfrauen herauszufinden versucht, ob die Idee der Landfrauen - die eigentlich eine Existenzgründungswelle hervorrufen soll - und die Idee der ungeschützten Arbeitsplätze in den Privathaushalten irgendwann einmal zusammenzuführen sein könnten. Wir sehen in dieser Hinsicht nach einer gewissen Anlaufzeit sicherlich Verknüpfungsmöglichkeiten. Wer allerdings schon jetzt wirkliche Erfahrungen mit Dienstleistungszentren hat, das ist der Deutsche Hausfrauenbund.

Dies alles kann überhaupt nur funktionieren, wenn man eine sehr einfache Handhabung für alle Beteiligten gewährleistet: Die privaten Haushalte sozusagen in Arbeitgeberfunktion, die dort Beschäftigten in einer Arbeitnehmerfunktion und schließlich die Zentren selbst. Diese drei Dinge müssen miteinander verknüpft werden, und dies alles muß ohne bürokratischen Aufwand geschehen, sonst wird die Akzeptanz, sich an dieser Stelle zu engagieren, sofort zunichte gemacht.

Ich stelle mir vor, daß wir für diese Zentren ein Motto in der Art „ein Anruf genügt“ finden müssen oder „eine Unterschrift auf Scheckformularen reicht“. Dazu ist natürlich wiederum eine leicht verständliche und breite Aufklärungsarbeit nötig.

Ich persönlich bin fest davon überzeugt, daß wir dann, wenn wir uns nicht wieder selbst im Wege stehen und wenn die Opposition in Bonn an dieser Stelle einmal ihre Scheuklappen fallenläßt und übergeordnet denkt, doch ein Ziel werden erreichen

können - wenn auch sicherlich nach anfänglichen Anlaufschwierigkeiten -, das von vielen gewollt und für sehr viele auf lange Sicht gut ist.

Wir beantragen die Überweisung beider Anträge zur abschließenden Beratung an den Sozialausschuß, um dort die beste aller Lösungen für Schleswig-Holstein schnell und einvernehmlich vorzubereiten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Küstner.

Birgit Küstner [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Seit geraumer Zeit können wir in Deutschland die Entwicklung beobachten, daß in den privaten Haushalten die Nachfrage nach Dienstleistungen unterschiedlichster Art beständig wächst. Dem steht ein Heer von Arbeitslosen gegenüber, von Menschen, die in versicherungsfreien Beschäftigungsverhältnissen arbeiten und - seien wir ehrlich - auch von Menschen, die in grauen oder schwarzen - also illegalen - Umfeldern arbeiten.

Für die Politik ist es geradezu eine Herausforderung, diese Angebots- und Nachfragesituation im Sinne von mehr Beschäftigung zu nutzen. Das heißt, wir haben hier die realistische Chance, durch das Setzen entsprechender Rahmenbedingungen zusätzliche reguläre, **sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze** zu schaffen. Deshalb werden ja auch Schlagworte wie „Dienstleistungsagenturen“ oder „Dienstleistungsschecks“ landauf, landab intensiv diskutiert. Konkrete Vorschläge und Aktivitäten hierzu liegen - da muß ich Ihnen ein wenig widersprechen, Frau Hunecke - vor allem von seiten des DGB vor, der sich seit langer Zeit damit beschäftigt, von seiten der SPD-Frauen, die seit über zwei Jahren dieses Thema erörtern und ganz konkrete Vorstellungen entwickelt haben, die sie auch auf vielen, vielen Veranstaltungen diskutieren, von seiten der SPD-Bundestagsfraktion und von den SPD-geführten Bundesländern.

Die Vorschläge der CDU zu diesem Bereich bleiben dagegen eher nebulös. Ich denke, viel Neues

ist der CDU zu diesem Bereich - mit Verlaub gesagt, liebe Frau Hunecke - nicht eingefallen;

(Ursula Röper [CDU]: Es geht um Qualität und nicht um Quantität!)

mit Ausnahme der Sozialversicherungspflicht benennen Sie in Ihrem Antrag „Arbeitsplatz Haushalt“ nicht einen einzigen Eckpunkt dafür, wie dieser Arbeitsplatz denn ausgestaltet sein sollte. Insofern unterscheidet sich unser Antrag eben doch ganz erheblich von Ihrem, weil aus unserer Sicht eben neben der Sozialversicherungspflicht auch einige andere ganz wichtige und unverzichtbare Eckpunkte dabei zu berücksichtigen sind.

(Beifall bei der SPD)

Auch der **Haushaltsscheck**, wie ihn die Bundesregierung propagiert, ist eher eine Luftnummer. Wenn überhaupt, dann ist dieser Haushaltsscheck ein vereinfachtes Meldeverfahren zur Sozialversicherung - allerdings immer noch sehr umständlich und mit einem erheblichen Verwaltungsaufwand für die Arbeitgeber verbunden. Anreize dazu, in größerem Umfang als bisher Menschen sozialversicherungspflichtig in Haushalten zu beschäftigen, bietet dieser Scheck praktisch nicht. Daran wird auch die von der Bonner Regierungskoalition beabsichtigte **Verdoppelung des Steuerfreibetrages** für die Beschäftigung von Haushaltshilfen nichts ändern. Diese Maßnahme wird nicht einen einzigen neuen Arbeitsplatz bringen, sondern nur die Bedingungen für jene Arbeitgeber verbessern, die ohnehin schon Haushaltshilfen beschäftigen. Die Poolbildung, die Sie ansprachen - so muß ich Sie ja wohl richtig verstanden haben, daß Sie die Bildung solcher Pools meinten -, verursacht bei der gegenwärtigen Gesetzeslage einen so erheblichen Verwaltungsaufwand für diejenigen, die einen solchen Pool bilden wollen, daß es ziemlich unrealistisch ist zu hoffen, daß ein solcher Pool Beschäftigung in nennenswertem Umfang schaffen wird.

(Beifall bei der SPD)

Nein, meine Damen und Herren von der CDU, wenn der Arbeitsplatz „Haushalt“ wirklich die riesige Möglichkeit sein soll, wie Sie in Ihrer Presseerklärung vom 19. Juni dieses Jahres sagen,

dann müssen Sie schon noch etwas „Butter bei die Fische tun“.

(Beifall bei der SPD)

Mit einer Anhörung im Sozialausschuß wird es nicht getan sein. Was soll eine solche Anhörung denn eigentlich bringen?

(Holger Astrup [SPD]: Heiße Luft!)

Aktivitäten, wie sie Ihnen vorschweben und wie Sie sie eben benannt haben, gibt es bisher überwiegend nur in einigen wenigen SPD-geführten Bundesländern. Viele dieser Projekte werden zur Zeit noch wissenschaftlich begleitet und sind bisher überhaupt nicht ausgewertet, und die Erfahrungen mit dem französischen Dienstleistungsscheck und mit den skandinavischen Agenturmodellen sind wegen der völlig unterschiedlichen Steuer- und Sozialversicherungssysteme nur bedingt auf unsere Verhältnisse übertragbar.

Deshalb kann uns beim gegenwärtigen Stand der Dinge eines niemand abnehmen, liebe Frau Hunecke, nämlich die Notwendigkeit, selbst zu denken, selbst Ideen und Kreativität zu entwickeln.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Was das betrifft, so hat die SPD bundesweit einiges vorzuweisen. Die Schaffung von Beschäftigung in privaten Haushalten wird bei uns vor allem unter dem Stichwort „**Dienstleistungsagenturen**“ diskutiert. Für die Arbeit dieser Agenturen haben wir hier in Schleswig-Holstein gemeinsam mit unserem Koalitionspartner konkrete Eckpunkte erarbeitet, die wir in unserem Antrag benennen. Dreh- und Angelpunkt dafür aber, daß Dienstleistungsagenturen und ähnliche Modelle tatsächlich in nennenswertem Umfang neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse schaffen - da bin ich wieder mit Ihnen einig, Frau Hunecke -, ist eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung. Die Vorteile sowohl für die Arbeitgeber- als auch für die Arbeitnehmerseite müssen wirklich überzeugend sein, und diese Vorteile können Dienstleistungsagenturen durchaus bieten.

Es ist doch so, daß der **Bedarf an Dienstleistungen** in den einzelnen Haushalten sehr unterschiedlich

ausgeprägt ist. Ganz sicher haben nur die wenigsten privaten Haushalte den Bedarf und die Finanzmittel für eine fest angestellte Haushaltshilfe. Nachfrage besteht vielmehr in den meisten Fällen für bestimmte einzelne Serviceleistungen, sei es stundenweise in regelmäßigen Abständen oder kurzfristig bei Bedarf.

Hier bieten Serviceunternehmen wie **Dienstleistungsagenturen** überzeugende Lösungsmöglichkeiten. Die Vorteile liegen auf der Hand. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber erhalten die gewünschte Dienstleistung zuverlässig und prompt. Die Agentur garantiert deren Qualität. Sie organisiert außerdem Kranken- und Urlaubsvertretungen und entlastet die privaten Haushalte von organisatorischem Aufwand, da sie ja nicht selbst als Arbeitgeber auftreten.

Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bietet das Agenturmodell ebenfalls viele Vorteile. Beispielhaft seien nur genannt: volle soziale Sicherung, mehr Beschäftigungssicherheit oder auch die Möglichkeit tariflicher Vereinbarungen und der Bildung betrieblicher Interessenvertretungen. Gerade für Frauen dürfte der Gesichtspunkt der Arbeitszeitsouveränität und damit der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf besonders interessant sein.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

Darüber hinaus bietet die Arbeit in einer Dienstleistungsagentur die Chance der Professionalisierung und **Qualifizierung** mit dem Erfolg höherer Wertschätzung dieser Arbeit und eines gestärkten Sozialprestiges. Auch dieser Aspekt bietet gerade für Frauen neue Möglichkeiten.

(Martin Kayenburg [CDU]: Können Sie das mal erläutern? Ich habe das nicht kapiert!)

- Dies ist so, weil Frauen, die auf den Arbeitsmarkt drängen, oft unqualifiziert sind.

Allerdings dürfen wir uns nichts vormachen: Modelle wie Dienstleistungsagenturen oder ähnliche Ansätze werden es immer schwer haben, solange es die bequeme Möglichkeit der 590-DM-Arbeitsverhältnisse gibt. Wenn also die

sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in privaten Haushalten wirklich gefördert werden soll, ist es unabdingbar, parallel dazu die Möglichkeit geringfügiger Beschäftigung einzudämmen und zumindest deren Mißbrauch zu beseitigen.

(Beifall bei der SPD)

Ohnehin kann der erhoffte Beschäftigungseffekt nur dann erreicht werden, wenn bundesweit ein Gesamtkonzept zur Förderung der Beschäftigung in privaten Haushalten erarbeitet wird. Ein solches Gesamtkonzept müßte jedoch auch von der Bonner Regierungskoalition mitgetragen werden. Wir in Schleswig-Holstein wissen ja nun einmal aus schmerzlicher Erfahrung, was es bedeutet, auf beschäftigungspolitische Signale aus Bonn zu warten.

Deshalb begrüßt die SPD-Landtagsfraktion die Absicht der Landesregierung, selbst initiativ zu werden und im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten ein **Konzept für Dienstleistungsagenturen** und vergleichbare Ansätze zu erarbeiten. Dabei sollte sie auch bereits bestehende Modelle in anderen Bundesländern mit im Blickfeld haben.

Die SPD-Fraktion will die Regierung bei diesem Vorhaben gern unterstützen. Den Antrag der CDU-Fraktion halten wir hierbei für wenig hilfreich. Deshalb bitten wir Sie um Unterstützung des Antrages von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Böttcher das Wort.

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Beide Anträge, sowohl der von SPD und Grünen als auch der der CDU, betreffen das Thema „geringfügige Beschäftigung“. Der wesentliche Unterschied bei den beiden Anträgen besteht darin, daß sich der CDU-Antrag allein auf die Beschäftigung in Privathaushalten bezieht. Der Anteil der Tätigkeiten von geringfügig Beschäftigten in Privathaushalten beträgt etwa

25 %. Das macht deutlich, daß man diesen Bereich zwar berücksichtigen muß, sich aber nicht allein darauf beschränken darf, sondern auch in andere Bereiche - zum Beispiel den Pflegebereich oder Dienstleistungen im Bürobereich - gehen muß.

Ganz wesentlich ist aber auch, daß im Antrag der CDU die steuer- und arbeitsmarktpolitischen **Rahmenbedingungen** außer acht gelassen werden. Diese Rahmenbedingungen sind - wie meine Vorrednerin schon sagte - auch ausschlaggebend für den Erfolg oder Mißerfolg von Dienstleistungen solcher Agenturen. Deshalb reicht der Antrag der CDU höchstens dazu, das politische Copyright für sich zu reklamieren. Der Problematik aber wird er überhaupt nicht gerecht.

Bundesweit gibt es zirka 6,2 Millionen Menschen in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen. Die Tendenz ist steigend. Etwa ein Drittel davon - das macht deutlich, daß für viele nicht der Wunsch nach geringer Stundenzahl ausschlaggebend dafür ist, solche Arbeitsverhältnisse einzugehen - hat gleich mehrere solcher Beschäftigungsverhältnisse. Hier liegt auch der Ansatz der **Dienstleistungsagenturen:** Die **Arbeitgeberfunktion** wird gebündelt. Statt einer Anstellung bei mehreren Arbeitgebern, aus der zahlreiche steuer- und versicherungsrechtliche sowie organisatorische Probleme resultieren, wäre die Agentur alleiniger Arbeitgeber. Statt bei drei Arbeitgebern für jeweils sieben Wochenstunden tätig zu sein, was bei legalem Verhalten zwar zur Einbeziehung in die Renten- und Krankenversicherung, nicht aber in die Arbeitslosenversicherung führen würde, wäre die Arbeitskraft bei der Agentur voll versichert.

Darüber hinaus - darauf lege ich Wert - sollen und können sich Qualifizierungsmöglichkeiten eröffnen, von denen geringfügig Beschäftigte in der Regel ausgeschlossen sind. Die Vorteile auf der Kundenseite liegen darin, daß legales Verhalten der Kunden wesentlich vereinfacht wird, die Dienstleistung professionell erbracht werden kann und Vertretung bei Ausfällen gewährleistet werden kann.

An eine öffentliche Subventionierung von Dienstleistungsagenturen müssen aber auch Bedingungen geknüpft sein, die diese rechtfertigen. Manche Modelle in anderen Bundesländern verschlucken bis zu 500 000 DM an Zuschüssen.

Ich denke mir, das ist eine ganze Menge Geld. Die Zielsetzung solcher Agenturen muß die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen **Dauerarbeitsplätzen** sein, die auch nach Abschluß einer Förderung weiterbestehen können, wenn sich die Zielgruppe der Agenturen nicht auf sozial benachteiligte Gruppen beschränken soll.

Geringfügige Beschäftigung ist aber nicht nur ein arbeitsmarktpolitisches, sondern auch ein gesellschaftliches Problem. Zwei Drittel der geringfügig Beschäftigten sind Frauen, die auf dem normalen Arbeitsmarkt kaum eine Chance haben und sich im Rahmen einer geringfügigen Beschäftigung auch nicht weiterqualifizieren können. Deshalb müssen Qualifizierungsmaßnahmen und die Berücksichtigung frauenspezifischer Aspekte, zum Beispiel bei der Arbeitszeitgestaltung, in Fragen der Mobilität und der Tätigkeitsfelder, bereits bei der Konzeptionierung berücksichtigt werden.

Daß die **Subventionierung** dieser **Dienstleistungsagenturen** überhaupt notwendig ist, liegt an den Rahmenbedingungen. Es gibt einen privaten Markt im Dienstleistungsbereich, der sich jeglicher Kontrolle entzieht, mit dem die Agenturen in keiner Weise konkurrieren können. Aber auch dann, wenn alles ganz legal läuft, müssen die Agenturen den Preisunterschied zwischen sozialversicherungspflichtigen und den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen ausgleichen. Daß dies nicht allein durch verbesserte organisatorische Maßnahmen möglich ist, wird sicherlich jeder einsehen.

Hinzu kommt, daß die Bundesregierung zwar plant, die steuerliche Absetzbarkeit von Haushaltshilfen auf 24 000 DM zu verdoppeln. Aber diese Möglichkeit der Steuerersparnis bei der Inanspruchnahme gleichartiger Dienstleistungen durch Dienstleistungsagenturen besteht nicht. Ich will hier nicht die Debatte über das Dienstmädchenprivileg führen. Aber, meine Damen und Herren von der CDU, Sie setzen sich für den Arbeitsplatz Haushalt ein und sollten auch erklären können, warum dieser Bruch in der Logik besteht. Warum die steuerliche Absetzbarkeit nicht für Dienstleistungsagenturen gelten soll, ist innerhalb Ihrer Logik nicht vermittelbar. Vor diesen Hintergründen darf man die Erfolgchancen von Dienstleistungsagenturen nicht überbewerten. Damit sie sich auf dem Markt bewähren können,

müssen sich die Rahmenbedingungen grundlegend ändern; das hat meine Vorrednerin auch schon angesprochen.

Das Ziel, insbesondere **Frauen** eine eigenständige soziale Absicherung zu ermöglichen und Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, kann nur erreicht werden, wenn es einen verbindlichen und sozialverträglichen **Beschäftigungsstandard** gibt. Dauerhafte Arbeitsverhältnisse sollten grundsätzlich der Sozialversicherung unterliegen. Das Prinzip der **Sozialversicherung**, einen wirksamen Schutz vor sozialen Risiken zu bieten, muß auch für Teilzeitbeschäftigte gelten. Die Geringfügigkeitsgrenze muß auf eine Bagatellgrenze zurückgeführt werden, die die Zerlegung von Jobs zur Vermeidung von Sozialversicherungskosten unattraktiv macht. Sonst werden in absehbarer Zeit in großen Bereichen Dienstleistungsanbieter, die noch Normalarbeitsplätze anbieten, nicht mehr konkurrenzfähig sein - mit all den negativen Folgen für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und Volkswirtschaft. Durch die Dienstleistungsagenturen sind unter Umständen zwar mittelfristig gewisse Arbeitsmarkteffekte zu erreichen, aber keinesfalls in dem Umfang, wie er in jüngster Zeit von einigen Politikern für möglich gehalten wird. Ich glaube, Herr Westerwelle hat einmal von 700 000 bis 1 Million Arbeitsplätzen in der Bundesrepublik gesprochen.

(Ingrid Franzen [SPD]: Der weiß über vieles nicht Bescheid! - Zuruf des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

Die Dienstleistungen in Privathaushalten zu einem Hoffnungsträger hochzustilisieren, ist unseriös. Denn es gibt heute einen großen **grauen Markt** - das habe ich schon gesagt - für solche Beschäftigungen, der nur mit erheblicher staatlicher Förderung oder erheblicher staatlicher Kontrolle in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln ist.

Die Erfahrungen, die bisher mit dem Dienstmädchenprivileg gemacht wurden, zeigen jedenfalls, daß die Beschäftigungseffekte gering und die Mitnahmeeffekte groß sind. Die Tendenz, den Arbeitsplatz Haushalt - wie ihn die CDU tituliert - verstärkt zu fördern, ist aus gleichstellungspolitischer Sicht ebenfalls

fragwürdig, wenn nicht gleichzeitig auf die Schaffung hochwertiger und qualifizierter Arbeitsplätze auch für Frauen gesetzt wird. Es besteht die Gefahr, daß Frauenerwerbsarbeit in die Ecke der Privathaushalte gedrängt wird, die auch bei Verbesserungen tendenziell Arbeitsplätze bleiben werden, die schlecht bezahlt sind, mangelnde Aufstiegsmöglichkeiten bieten und soziale Isolation bedeuten. Dies würde unter leicht veränderten Rahmenbedingungen die traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung aufs Neue zementieren.

Trotz all dieser Bedenken unterstützen wir die Idee der Dienstleistungsagenturen, weil sie qualitative Verbesserungen für Beschäftigte und Kunden zum Ziel haben. Nur muß man auch die **Risiken**, die **Rahmenbedingungen** und die **Ziele** im Auge haben. Daß allein die Schaffung einer Agentur - wie es der CDU-Antrag ja vorgaukelt - vernünftige Arbeitsplätze schafft, ist etwas realitätsfern. Ich bitte Sie deshalb um Zustimmung zu dem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke das Wort.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe gleich zu Anfang eine Frage an die antragstellenden Fraktionen, die wir möglicherweise auch noch im Ausschuß besprechen können, Frau Kollegin Hunecke. Sie haben ja Ausschußüberweisung beantragt. Ich frage mich - auch nach dem, was ich hier heute gehört habe -: Worum geht es denn wirklich? Geht es Ihnen denn wirklich um die Einrichtung von Koordinationszentren oder **Dienstleistungszentren**, oder geht es darum, wirklich extern formell erbrachte Dienstleistungen im Haushalt marktfähig zu machen, so daß das also echte marktfähige Produkte werden, oder geht es nicht vielmehr darum, geringfügige Beschäftigungen quasi durch die Hintertür abzuschaffen? - Auch aus den Wortbeiträgen, die hier heute geliefert wurden, habe ich eher den zweiten Eindruck.

(Zuruf des Abgeordneten Meinhard
Füllner [CDU])

Dabei sind wir uns völlig einig darüber, Frau Küstner, daß Mißbrauch in diesem Bereich natürlich und selbstverständlich zu verfolgen und abzubauen ist.

(Zuruf des Abgeordneten Meinhard
Füllner [CDU])

Daß die Sozialdemokraten den Haushalt als Segment des Arbeitsmarktes entdeckt haben, haben wir ja im letzten Jahr schon bei den entsprechenden Vorschlägen von Frau Ministerin Moser gehört. Das freut mich nach wie vor.

Ich warne allerdings mit allem Nachdruck vor dem Versuch, hiermit sogleich die sogenannten **590-DM-Jobs** abschaffen zu wollen.

(Beifall der Abgeordneten Silke Hars
[CDU])

Die antragstellenden Fraktionen vermeiden es ja, von zusätzlichen Arbeitsplätzen zu sprechen. Allerdings, wenn ich richtig zugehört habe, Frau Küstner, haben Sie eben von zusätzlichen Arbeitsplätzen gesprochen und nicht mehr von neuen Arbeitsplätzen. Das ist ein Unterschied. Zusätzliche Arbeitsplätze wird es genau in diesem Bereich nämlich nicht geben.

Die Vorstellungen von CDU und SPD ließen sich nur verwirklichen, wenn man in Kauf nähme, daß zahlreiche versicherungsfreie Beschäftigungsverhältnisse in Zukunft ersatzlos wegfielen. Über die Haltung der Kolleginnen und Kollegen auf dieser Seite bin ich ja nicht weiter verwundert. Sie haben diesen Arbeitsplätzen ja schon lange den Gesamtkampf angesagt. Sie lassen sich hier offensichtlich auch nicht davon irritieren, daß genau diese Beschäftigungsformen den Wünschen derer entsprechen, die in einem solchen Arbeitsverhältnis stehen.

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]: Können Sie das
belegen?)

Frau Kollegin Fröhlich, ich weiß nicht, ob Sie immer Zeitung lesen, aber gerade gestern hätten Sie

noch einmal nachlesen können, daß über 80 % der Beschäftigten in diesen Arbeitsverhältnissen genau dieser Beschäftigungsform nachgehen wollen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil Ihnen nichts anderes übrigbleibt! Das können Sie doch nicht als Argument werten!)

- Natürlich kann ich das, weil ich zuhöre, was die Leute wollen. Das ist doch meine Aufgabe - unter anderem.

(Beifall bei der CDU)

Frau Kollegin Hunecke, ich bin über Ihren Vorstoß allerdings etwas erstaunt. Deswegen habe ich auch schon gesagt, daß ich Ihren Vorstoß gern noch einmal im Ausschuß behandeln möchte.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kennen Sie eigentlich solche Leute?)

- Herr Hentschel - -

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nur aus der Zeitung!)

- Liebe Frau Kollegin Fröhlich, ich kenne solche Leute zum Beispiel auch aus meiner Anwaltspraxis. Wie Sie möglicherweise wissen, bin ich insbesondere im Familienrecht tätig. Ich kenne sehr viele Frauen, die nach Scheidung oder Trennung auf solche Arbeitsverhältnisse angewiesen sind. Sie können sicher davon ausgehen, daß ich mit solchen Frauen diese Gespräche führe.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Im übrigen, Frau Kollegin Hunecke - um auch noch einmal auf Ihren Antrag zurückzukommen -, frage ich mich natürlich: Wenn Sie davon sprechen, daß die Sozialversicherungssysteme davon profitieren werden und daß es einen Rentenanspruch geben wird, nehme ich an, daß Sie von Ihrer CDU-Kollegin Süßmuth in letzter Zeit gehört haben, daß es dann möglicherweise zu einem **Rentenanspruch** bei dem von ihr bevorzugten System von 3,30 DM monatlich kommen wird. Ich glaube, da braucht man sich nicht weiter über Rechte von Frauen und

über zusätzliche Rentenansprüche zu unterhalten - bei dieser Geringfügigkeit. Wenn Sie sich mit den Sozialversicherungsträgern unterhalten, dann werden die Ihnen alle sagen: Um Gottes willen, das bringt uns überhaupt nichts;

(Meinhard Füllner [CDU]: So ist das!)

das bringt uns ausschließlich neue Kosten.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich will dann auch folgendes noch deutlich machen: Ich habe überhaupt nichts dagegen, daß solche **Dienstleistungsagenturen** als Pilot- oder Modellprojekte unter staatlicher Begleitung gestartet werden. Ich betone dabei „unter staatlicher Begleitung gestartet werden“. Aber ich sage Ihnen auch ganz klar, wir wollen keine auf Dauer angelegten staatlichen Dienstleistungsagenturen. Das ist ein erheblicher Unterschied.

Wir wollen eben nicht, daß sich durch diese Dienstleistungsagenturen der Verwaltungsaufwand so erhöht und damit auch die Kosten so erhöhen, daß die Leistungen, die da erbracht werden sollen und die ja - da sind wir uns einig - auch nachgefragt werden, so teuer werden, daß sie tatsächlich nicht mehr attraktiv für den Markt sind. Das kann nicht unser Ansatzpunkt sein.

Es kann natürlich auch nicht sein - diesbezüglich hätte ich auch noch Fragen zu dem SPD-Antrag -, daß wir jetzt schlicht und einfach eine neue Beschäftigungsgesellschaft einführen, in der die bisher geringfügig Beschäftigten dann für eine Vollzeitbeschäftigung eingestellt und dann sozusagen verliehen werden. Alles das ist mir nach Ihrem Antrag nicht so richtig klar.

Dann erlauben Sie mir noch eine Frage, Frau Küstner: Sie haben ja in Ihrem Antrag in einem sehr sozial anmutenden letzten Spiegelstrich formuliert, daß sich auch diejenigen, die sich Hilfe bisher nicht leisten konnten, sich diese leisten können sollten. Das ist sehr schön. Das würde mich auch freuen. Aber wie wollen Sie das finanzieren? Was passiert eigentlich genau mit diesen, wenn die Förderung wegfällt?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich finde es gut, daß wir heute die Möglichkeit bekommen, konstruktiv - ich sage das ganz deutlich - über die verflixten **590-DM-Jobs** zu sprechen. Der Landtag hat sich ja schon häufiger mit dem Thema auseinandergesetzt, aber meist endete es dann - je nach Partei - bei Beschimpfungen oder Schulterzucken in Richtung Bonn.

Lippenbekenntnisse zur Abschaffung der sozialversicherungsfreien Beschäftigungen sind wirklich genug abgelegt worden. Sie haben in der Sache nichts gebracht, und bei den Betroffenen haben sie nur zur Frustration geführt, weil in ihren Augen eine Kluft zwischen politischen Reden und politischem Handeln bestand. Von daher begrüßen wir die Initiative der CDU ausdrücklich.

Der SSW kann selbstverständlich die Idee der **Dienstleistungsagenturen** mittragen. Geringfügige Beschäftigungen mögen Arbeitgebern und auch Jobsuchenden kurzfristig attraktiv erscheinen. Aber mittel- und langfristig schaffen sie leider nur Probleme. Da gerade auch im Bereich der Haushaltshilfen solche Jobs entstehen, ist es gut, direkt in diesen bisher unregelmäßig Teil des Arbeitsmarktes einzugreifen. Es kann ja wohl keinen Zweifel daran geben, daß die Marktkräfte in diesem Fall nicht wissen, wo es langgeht.

Es ist immer leichter, ein Feld zu beackern, auf dem jemand die Vorarbeit geleistet hat, und deshalb ist das Ergebnis von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD ausgelegener und fundierter als die Ursprungsinitiative. Der Antrag Drucksache 14/317 enthält einige Punkte, die wir für wichtig halten. Er verdeutlicht die Zielrichtung in bezug auf die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen, und er bringt weitere wichtige Aspekte ein.

Begrüßenswert ist zum Beispiel die angestrebte Verpflichtung der Dienstleistungsagenturen zur Berücksichtigung der besonderen **Interessen von Frauen**. Ich verstehe es so, daß sie unter anderem Arbeitszeitregelungen wünschen, die die

Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern. Das ist unterstützenswert. Allerdings ist das nichts Frauenspezifisches, und ich sehe auch noch nicht ganz, wie die praktische Umsetzung funktionieren soll. Sie werden kaum potentiellen Nutzerinnen und Nutzern der Dienstleistungen bestimmte Zeiten aufdrängen können.

Auch frage ich mich, wie der letzte Satz in Absatz 2 des Antrages von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu verstehen ist. Hier heißt es:

„Das Dienstleistungsangebot soll sich während der Förderungsdauer auch an Bevölkerungsgruppen richten, die zusätzliche Hilfe benötigen, aber bisher nicht in der Lage sind, diese zu finanzieren.“

Ich gehe davon aus, daß wir das im Ausschuß klären werden. Wie gesagt, ich verstehe nicht, wie das zu interpretieren ist.

Vielleicht könnte ich in diesem Zusammenhang noch einmal den berühmten Blick über den eigenen Tellerrand wagen und hinzufügen, daß man nördlich der Grenze seit 1993 einen solchen Modellversuch - er läuft in diesem Jahr aus - mit Dienstleistungsagenturen für Haushaltshilfen für private Haushalte durchführt. Diese Dienstleistungen werden vom Staat pro eingebrachte Dienstleistungsstunde gefördert; das gilt aber nur für Privathaushalte. Das ist vielleicht etwas, was wir im Ausschuß noch diskutieren können. Ich kann hinzufügen, daß man davon ausgeht, daß ungefähr 7 % der **dänischen Haushalte** diese Dienstleistungen im Moment in Anspruch nehmen.

Bei dem SPD-Antrag ist Punkt 2 aus unserer Sicht besonders wichtig. Ihm hätten wir ohne weiteres zustimmen können.

Bei den Punkten 1 und 3 habe ich so meine Schwierigkeiten. Ich finde nicht, daß der Landtag beschließen soll, daß man irgend etwas begrüßt. Und ich finde auch nicht, daß es sinnvoll ist, in Punkt 3 zu sagen, daß wir **alle** Initiativen mit unterstützen. Vielleicht wäre da weniger mehr gewesen. Aber, wie gesagt, es kommt ja mit der Überweisung in den Ausschuß zu einer weiteren Erörterung, und daran werden wir gern teilnehmen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält Frau Abgeordnete Franzen.

Ingrid Franzen [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich nur kurz ein paar Worte zu Ihnen sagen, Frau Kollegin Hunecke. Ich will dabei auch auf das **Jahressteuergesetz 1997** eingehen; das paßt hier sehr gut, denn wir haben ja heute auch über den Haushalt und die Finanzen diskutiert. In diesem Jahresteuergesetz ist von der Regierung die Verdoppelung der steuerlichen Absetzbarkeit von 12 000 auf 24 000 DM geplant. Das soll vor dem Hintergrund des Abbaus von Subventionen und von Abschreibungsmöglichkeiten geschehen. Wenn man nun glauben könnte, daß dies neue **Arbeitsplätze** schüfe und wenn wir dafür Daten und Fakten hätten, könnte man mit der SPD sicherlich darüber sprechen.

(Zurufe von der CDU)

- Ganz langsam! Frau Hunecke hat das als Riesenchance und als Öffnung einer frauenarbeitspolitischen Tür gewertet. Da muß ich sie jedoch darüber aufklären, daß es da gegenteilige Daten und Fakten gibt, die die Bundesregierung durchaus kennt; denn diese Fakten, die ich Ihnen hier vortrage, beruhen auf Antworten auf Kleine Anfragen meiner SPD-Kolleginnen in der Bundestagsfraktion.

Als 1990 die Grenze von 12 000 DM eingeführt wurde, also die Hälfte dessen, was jetzt geplant ist, hat die Bundesregierung gesagt, das würde 100 000 neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse pro Jahr schaffen. Pro Jahr! Das wären bis zum Jahre 1995/96 rund 500 000 bis 600 000 Arbeitsplätze gewesen; Yuppie Westerwelle meinte sogar 700 000. Das wundert nicht. Das Schlimme ist aber, daß die Fakten ernüchternd sind und ein gegensätzliches Bild bieten. In den Jahren 1990 bis 1992 - das ist das, was in der Beantwortung der Kleinen Anfragen zu finden ist - hat es insgesamt 7327 neue

Arbeitsplätze gegeben, mit in den Jahren abnehmender Tendenz. 1992 war sogar ein Minus zu verzeichnen.

Dagegen möchte ich nun die steuerliche Absetzbarkeit gegenrechnen, die ja in den Löchern der Finanzämter verschwindet. Da sieht der Waigel gar nicht, was er da zahlt.

Was wir da mit den rund 7000 neuen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen bekommen haben, spricht wahrlich nicht dafür, hier eine Sache zu propagieren, die mit Effizienz und mit Nutzen für Frauen zu begründen wäre; sie hat mit dem, was wir hier anstreben, nichts zu tun. Wir sind deshalb als SPD-Frauen gehalten - da hat Frau Aschmoneit-Lücke schon richtig erkannt, daß es ein schwieriges Feld ist, das wir da beackern müssen -, im Lande auf der Grundlage der vorhandenen Gesetze etwas zu tun. Frau Moser als die zuständige Ministerin wird Ihnen gleich noch erzählen, wie weit wir hier sind und weshalb wir Ihrem Antrag nicht folgen können.

Lassen Sie mich ein Weiteres sagen, Frau Hunecke, weil Ihre Ausführungen mich geärgert haben. Wir als SPD-Fraktion brauchen keine Belehrung über das, was die **Landfrauen** planen, wollen und wünschen. Das haben wir nicht nötig. Und die Landfrauen sind auch nicht von der CDU gepachtet.

(Beifall von der SPD - Zurufe von der CDU)

- Nein, das sind sie nicht. Dagegen würden sie sich auch entschieden verwahren.

(Zurufe von der CDU)

Wir haben Gespräche mit den Landfrauen geführt, uns ist die Machbarkeitsstudie bekannt, und uns ist bekannt, was damit gemacht werden soll, welche Initiativen für die Bäuerinnen, über die immer nicht geredet wird, wenn Hilfen aufgegeben werden, gestartet werden sollen. Wir werden im Februar die Nagelprobe mit Ihnen bekommen; denn im Einzelplan 16 sind entsprechende Förderungsmittel enthalten. Vielleicht haben Sie das noch nicht gesehen.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Ich bin gespannt, ob Sie denen dann zustimmen werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin gespannt, ob das, was der Herr Oppositionsführer hier an Frauendiskriminierung aufgeführt hat, Ihr endgültiges Wort ist.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Ministerin Moser.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Thema Haushaltspolitik - Entschuldigung, ich hatte das Thema Haushalt noch im Kopf - - Das Thema **Arbeitsplätze im Haushalt** ist seit gut einem Jahr in der Diskussion und politisch neu entdeckt durch das auslösende Moment der französischen Dienstleistungsschecks, die ja in allen Zeitungen beredet worden sind. Die mit der bisherigen Diskussion um Arbeitsplätze im Haushalt verbundenen zum Teil sehr hohen Erwartungen - es wurden heute schon Relativierungen vorgenommen - beruhen zum einen auf der Hoffnung, die katastrophale Lage am Arbeitsmarkt durch neue Arbeitsplätze entlasten zu können, zum anderen aber auch auf der Zielsetzung, die im Bereich privater Haushalte anzutreffende graue - illegale - Beschäftigung umzuwandeln in **sozialversicherungspflichtige**

Beschäftigungsverhältnisse. Ich bitte darum, daß wir gemeinsam den Unterschied zwischen illegaler Beschäftigung und geringfügiger Beschäftigung immer bedenken. Da sollten wir sorgfältig differenzieren, was nicht heißt, daß ich für die Beibehaltung der geringfügig sozialversicherungsfreien Beschäftigung bin, Frau Aschmoneit-Lücke, damit wir uns nicht mißverstehen.

(Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:
Ich habe Sie schon verstanden!)

Beides, nämlich neue Arbeitsplätze und die Umwandlung von Schwarzarbeit und geringfügiger Beschäftigung in sozialversicherungspflichtige

Beschäftigung, kann die Erschließung des privaten Sektors als reguläres Erwerbsarbeitsfeld leisten, allerdings nicht im Umfang eines Wundermittels. Ich glaube, darüber sind wir uns alle einig. Es ist ein Beitrag von vielen zur **Entlastung des Arbeitsmarktes** und auch zur besseren sozialen **Absicherung der Frauen.**

Ich denke, die nach wie vor viel zu hohe Arbeitslosigkeit, die sich trotz günstiger Prognosen und eher optimistischer Annahmen der Wirtschaftsweisen nicht so schnell ändern wird, zwingt uns dazu, jede Chance zur Erschließung neuer Arbeitsfelder und Arbeitsplätze zu nutzen,

(Beifall der Abgeordneten Sabine
Schröder [SPD])

seien sie quantitativ auch nicht riesig.

Die Diskussion zu diesem Bereich Dienstmädchenprivileg, Dienstleistung im Haushalt veranlaßt mich, ein paar Bemerkungen zur Begrifflichkeit zu machen. Die Begriffe Dienstleistung und private Haushalte legen die historische Assoziation zum Dienstmädchen sehr nahe. Aber die rechtliche und soziale Diskriminierung dieser früheren Berufsgruppe - es war eine ordentliche Erwerbsberufsgruppe - ist kein Grund, heute hier ein Arbeitsfeld zu diskriminieren, das Millionen von Hausfrauen und einige wenige Hausmänner täglich beackern,

(Beifall bei der SPD und des
Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug
[F.D.P.])

nämlich die Organisation des Kleinbetriebes Haushalt. Mein Versprecher zu Beginn ist vielleicht auch Ausdruck des Gedankens, daß ich es pikant finde, daß wir nach der Haushaltsdebatte heute über den Arbeitsplatz Haushalt reden.

(Beifall der Abgeordneten Irene
Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN])

Auch dies, die Führung eines privaten Haushalts mit allem drum und dran, erfordert hohe organisatorische und viele sonstige Qualitäten. Deshalb ist dies ein ordentliches **Arbeitsfeld mit Qualifizierungsmöglichkeiten.** Was wir brauchen, ist nicht die Diskriminierung dieser Arbeit, sondern

die Diskriminierung der weitverbreiteten Schwarzarbeit auf diesem Sektor.

Es ist schon angeklungen: Vorsicht bei den quantitativen Erwartungen! Es kann sich nur ein sehr, sehr kleiner Teil überhaupt eine sozialversicherte, volle Arbeitskraft im Haushalt leisten. Deshalb ist das, liebe Frau Hunecke, was jetzt im Jahressteuergesetz vorgesehen ist, nicht hilfreich.

Das Forschungsinstitut der Bundesanstalt für Arbeit, spricht von der Erwartung, 50 000 neue Vollerwerbsarbeitsplätze in Privathaushalten erschließen zu können. Eine Arbeitsgruppe der SPD-geführten Länder geht von 140 000 **Arbeitsplätzen** aus, wenn man die bestehenden - das ist die Voraussetzung - geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse in Vollerwerbsarbeitsplätze um- beziehungsweise zusammenrechnet. Das ist dann allerdings nur eine rechnerische Größe, denn sehr viele, die im Haushalt beschäftigt werden, sind nicht in der Lage und auch nicht Willens, eine Vollzeit- oder auch nur eine Halbzeittätigkeit aufzunehmen.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Deshalb müssen wir bei dieser Umrechnung vorsichtig sein. Es betrifft sehr viel mehr Menschen als Arbeitsplätze.

Das Bundesarbeitsministerium geht bundesweit von 73 000 Personen aus, die in Privathaushalten in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen stehen - wie gesagt, ohne Schwarzarbeit.

Die besondere Struktur dieses Teils „Dienstleistungssektor: geringfügige Beschäftigung“ ist: 93 % der so Beschäftigten sind **Frauen**. Auch dies ist hier schon deutlich gemacht worden. Wir haben es also nicht nur mit einem beschäftigungspolitischen Thema zu tun, sondern auch mit einem gleichstellungspolitischen Thema. Darüber sind die Kollegin Birk und ich uns einig.

Zum Punkt „Erwartungen bei der Bekämpfung von Schattenwirtschaft und illegaler Beschäftigung“! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, machen wir uns nichts vor: Der Arbeitsmarkt privater Haushalt ist geprägt von **Arbeitsverhältnissen ohne Versicherungspflicht** und geprägt von -

vorsichtig formuliert - der Grauzone zur illegalen Beschäftigung, und das ohne jedes Unrechtsbewußtsein. Ich bin mir ziemlich sicher, daß manch ehrbare Familie sich keiner Schuld bewußt ist, wenn sie ohne jede Abgabe für 20 oder 22 DM die Stunde eine Putzhilfe beschäftigt. Dies ist illegal und ist Schwarzarbeit. Hier haben wir noch eine Menge Bewußtseinsbildung zu leisten.

Um diese Situation zu verändern, Frau Aschmoneit-Lücke, müssen auch die versicherungsfreien Arbeitsverhältnisse fallen. Es müssen gleichzeitig steuerliche Anreize für ordentliche Beschäftigung im Haushalt geschaffen werden, und zwar nicht nur für die, die sich einen Vollzeitarbeitsplatz im Haushalt leisten können.

Der Bundesgesetzgeber hält allerdings gegen alle Initiativen - zum Teil parteiübergreifende Initiativen - auf Länder- und Bundesebene am Fortbestand geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse fest. Ich bin davon überzeugt: Arbeit im Haushalt wird nur dann aus der Grauzone herauskommen, wenn auch die potentiellen Arbeitgeberinnen - so sage ich hier einmal ausdrücklich - von der Legalisierung profitieren. Das heißt, steuerliche Berücksichtigung muß politisch erkämpft werden. Da liegt das entscheidende Problem.

In der Diskussion unter dem Stichwort „Dienstmädchenprivileg“, um die steuerliche Begünstigung - ich halte sie für genauso antiquiert wie den Begriff „Dienstmädchen“ - heißt die entscheidende Frage für mich: Wie attraktiv muß beziehungsweise kann die **steuerliche Förderung** des Arbeitsplatzes „Haushalt“ sein?

Da liegt der Teufel im Detail. Darüber sollten wir hier sehr sorgfältig debattieren und nachdenken und dann vielleicht zu gemeinsamen Initiativen auch in der steuerpolitischen Frage in Bonn kommen.

Lassen Sie mich folgendes klarstellen, Frau Hunecke. Der Ansatz des Bundesfinanzministers im Jahressteuergesetz bewirkt an dieser Stelle gar nichts. Die Regelung, die Sie hier vorgestellt haben, nämlich **Dienstleistungsagenturen**, ist davon nicht berührt. Diese sind dadurch steuerlich nicht begünstigt. Wir sind also nach neuen Ideen in diesem Bereich gefragt.

Obwohl die Rahmenbedingungen unzureichend sind, wollen wir schon jetzt in Schleswig-Holstein

die Einrichtung von Agenturen fördern. Wir haben drei Projekte in Vorbereitung, allerdings in einem Stadium, daß ich heute nicht in der Lage bin, Frau Franzen, heute schon über Details zu berichten. Ich werde das aber natürlich im Ausschuß tun, wenn wir dann soweit sind. Wir brauchen das, um schon jetzt einen Beitrag zur **Legalisierung** und zur **Professionalisierung** dieses Arbeitsfeldes zu leisten. Wir brauchen das als Beitrag zur Beschäftigungs- und Gleichstellungspolitik - Gleichstellungspolitik im doppelten Sinne. Betroffen von dieser Frage Arbeitsplätze im Haushalt sind nicht nur diejenigen, die im Haushalt als Hilfen arbeiten, sondern auch diejenigen, die einen Haushalt organisieren und sich verantwortlich fühlen. Das sind doch meistens noch die „Haus-Frauen“, die Frauen. Insofern ist dies in doppelter Weise - -

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das muß man vorsichtig sagen!)

- Na ja, man weiß ja nicht, ob sich dann nicht der eine oder andere Hausmann auf den Schlips getreten fühlt!

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Hier? In diesem Saal?)

Es sind weit überwiegend Frauen. Insofern besteht doppelte Betroffenheit bezüglich der Gleichstellungsrelevanz.

Anders als der CDU-Antrag übrigens suggeriert, gibt es auf **Länderebene** - so wie bei uns - vorerst nur **Konzepte**, so daß ich es für schwierig halte, in einer Anhörung im Ausschuß Leute zu laden, die auch noch nicht weiter sind als wir. Aber darüber hat der Ausschuß zu entscheiden.

Ich will heute für uns anmerken: Ich teile nicht die Auffassung des CDU-Antrags, die Ansätze müßten allein Trägerverbänden überlassen werden. Welche meinen Sie eigentlich? Das wird nicht deutlich. Ich sehe Ansätze eher über „Arbeit statt Sozialhilfe“ zum Beispiel in kommunalen Modellen. Ich sehe durchaus im Rahmen von Existenzgründungen auch gewerbliche Modelle. Deshalb sage ich als Leitlinie: Am attraktivsten sind für mich die Ansätze mit einer klaren Orientierung am ersten Arbeitsmarkt, in einem wirtschaftsnahen Umfeld mit der Chance, den tatsächlichen Markt für solche Dienstleistungen zu testen.

Wir wollen an diesen Modellen weiterarbeiten. Ich würde mich freuen, wenn wir, Frau Birk und ich, im Ausschuß, wenn diese Anträge beraten sind, das eine oder andere Detail erörtern und erläutern könnten.

Es geht aber nicht darum - das sage ich in Anbetracht des CDU-Antrages auch -, Aktionismus bei irgendeinem unausgegorenen Modell zu zeigen oder gar Überschriften mit Mitteln zu fördern. Es geht um wirklich sinnvolle Modelle, die uns auf diesem Feld „Arbeit in privaten Haushalten“ weiterführen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, die beiden Anträge dem Sozialausschuß zu überweisen.

(Zurufe: Zur abschließenden Beratung!)

- Zur abschließenden Beratung! Gut!

Es sind zwei Drucksachen. Ich lasse zunächst abstimmen über die Überweisung des Antrags der Fraktion der CDU, Drucksache 14/231. Wer diesen Antrag zur abschließenden Beratung dem Sozialausschuß überweisen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig überwiesen.

Ich lasse über die Überweisung des Antrags von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/317, abstimmen. Wer zustimmt, daß darüber im Sozialausschuß abschließend beraten wird, den bitte ich um das Handzeichen.

(Holger Astrup [SPD]: Den nicht abschließend!)

- Wie bitte?

(Holger Astrup [SPD]: Den nicht abschließend!)

- Den nicht zur abschließenden Beratung! Wer zustimmen will, daß dieser Antrag dem Sozialausschuß - aber nicht zur abschließenden Beratung - überwiesen wird, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Gegenstimme des Abgeordneten Kayenburg. - Enthaltungen? - -

(Wortmeldung der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD])

- Zur Geschäftsordnung, Frau Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave [SPD]:

Frau Präsidentin, betrachten Sie das bitte nicht als Kritik an der Sitzungsleitung des Präsidiums. Ich glaube, die Irritation ist durch das Plenum entstanden. Meiner Auffassung nach können Beschlußvorlagen nicht zu einer abschließenden Beratung einem Ausschuß überwiesen werden, sondern müssen noch einmal zurück in den Landtag. Deswegen muß es „Überweisung an den Ausschuß“ heißen und nichts sonst.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ja, ich habe mich an dem orientiert, was die Fraktionen hier beantragten. Dann rufe ich die Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU nochmals zur Abstimmung auf. Besteht darin Übereinstimmung?

(Zurufe von CDU und SPD: Beide!)

Dann lasse ich jetzt abstimmen über die Überweisung des Antrags der Fraktion der CDU, Drucksache 14/231, und des Antrages der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/317, zur Behandlung im Sozialausschuß, aber nicht zur abschließenden Beratung. Wer dem so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit sind beide Drucksachen einstimmig dem Sozialausschuß überwiesen worden.

(Unruhe)

- Darf ich um etwas mehr Aufmerksamkeit bitten? Der Geräuschpegel ist unangemessen hoch geworden.

Ehe ich den Tagesordnungspunkt 13 aufrufe, möchte ich zu diesem Tagesordnungspunkt auf der Besuchertribüne den Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Eutiner Sommerspiele, Herrn Grimm, den Geschäftsführer, Herrn Möller, und Herrn Schlenker, Mitglied des Aufsichtsrates, herzlich begrüßen.

(Beifall)

Ferner begrüße ich die Besuchergruppe des SPD-Ortsvereins Kiel-Wik.

(Beifall)

Ich rufe den nächsten Tagesordnungspunkt auf und bitte Sie, daß Sie mir jetzt ebenso zuhören wie den folgenden Rednerinnen und Rednern.

Tagesordnungspunkt 13:

Erhaltung der Eutiner Sommerspiele

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/247

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/269

Änderungsantrag der CDU
Drucksache 14/325

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Dann erteile ich der Frau Abgeordneten Dr. Happach-Kasan das Wort zur Begründung.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! „Aus für die Open-air-Oper?“ - so lautete die Überschrift in der „Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung“. Dazu soll es nach dem Willen der F.D.P.-Fraktion und - wie ich hoffe - des ganzen Hauses nicht kommen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Weiter heißt es in der „Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung“:

„Finanziell sind die Eutiner Sommerspiele mit einer Auslastung von 98 % und einer

80prozentigen Eigendeckung des Etats so erfolgreich wie kaum ein zweites Festival.“

(Ursula Röper [CDU]: Sehr richtig!)

Ich glaube, Sie stimmen mir zu: Wir wären glücklich, dies vom Schleswig-Holstein Musik Festival ebenfalls sagen zu können.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen: Die Festspiele haben vergleichsweise geringe finanzielle Probleme, dafür bedrohen Bürokratismus und eine wenig einsichtige Denkmalpflege ihre Zukunft.

Die Ministerpräsidentin dieses Landes, Heide Simonis, ist Schirmherrin der **Eutiner Sommerspiele**. Sie sagte in einem Interview im „Ostholsteiner Anzeiger“ - ich zitiere -:

„In der Tat zeigt sich die Bedeutung der Eutiner Sommerspiele für das Land Schleswig-Holstein nicht nur in der inhaltlich überzeugenden Ausgestaltung des Festivals und seinen publikumsnahen Inszenierungen, sondern auch in ihrer über das Land hinaus gehenden Ausstrahlung und der damit verbundenen positiven Auswirkung auf den Tourismus und die Wirtschaft.“

Die Konsequenz dieses Satzes kann doch nur heißen: Wir wollen gemeinschaftlich die Festspiele erhalten. Wenn Sie etwas anderes gemeint haben sollten, Frau Simonis, dann sagen Sie es uns bitte.

Ich bin froh, daß in den Anträgen zum Erhalt der Eutiner Sommerspiele eine überraschende Einigkeit besteht, die über die gewählte Überschrift „Erhalt der Eutiner Sommerspiele“ hinausgeht. Wir sind einig darin, daß die Eutiner Sommerspiele ein für ganz Schleswig-Holstein bedeutsames Kulturereignis sind. Darüber hinaus sind wir einig, daß die Spiele Bestandteil des kulturellen Angebots im **Schloßpark** sind.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Vor diesem Hintergrund sollte es doch möglich sein, in weiteren Fragen Einigkeit zu erzielen.

Nach zwei Jahren Diskussion, die die Durchführung der Festspiele, deren Erhalt wir alle wollen, deutlich erschwerte, kann die notwendige Entscheidung zwischen den Anliegen der **Denkmalpflege** und den Anliegen der Festspielleitung nicht weiter auf nachgeordnete Behörden verlagert werden. Es ist eine politische Entscheidung gefordert, eine Entscheidung der Landesregierung.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Es ist eine wesentliche Aufgabe der Politik, Interessenausgleich zwischen widerstreitenden Interessen zu bewerkstelligen. Der Erhalt der Eutiner Festspiele im Schloßpark ist ein klassischer Fall, der die politische Entscheidung fordert.

In dem von der SPD und den Grünen eingereichten Änderungsantrag zu unserem Antrag vermisse ich den Willen zur Übernahme politischer Verantwortung.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Dieser mangelnde Wille macht mir zur Zeit Sorge. Sie drücken sich um die politische Entscheidung. Zur Zeit formuliert der zuständige Denkmalpfleger seine Forderungen an die Spiele, ohne die notwendigen Bedingungen für ihren Bestand zu berücksichtigen. Er gefährdet dadurch ihre Existenz. Erst bei einer politischen Entscheidung für die Spiele ist der auch von Ihnen geforderte, für beide Seiten tragbare Kompromiß möglich.

Ich appelliere an Sie: Wenn Sie einen tragbaren Kompromiß, der für beide Seiten Chancen bietet, wollen, dann müssen Sie den Bestand der Spiele auch sichern und sich politisch für sie entscheiden.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Entschuldigen Sie, Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan, soweit ich Ihren Ausführungen entnehmen kann, sind Sie nicht mehr in der Begründung, sondern bereits in der Aussprache.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Ich möchte begründen, warum ich eine politische Entscheidung will.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Es geht um die Begründung des Antrages. Sind Sie jetzt bereits in der Aussprache?

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Ja.

(Meinhard Füllner [CDU]: Das ist ein integrierter Wortbeitrag!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Gut, dann läuft die Redezeit.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Frau Präsidentin, ich bitte, dann auch bei anderen Beiträgen entsprechend strenge Maßstäbe anzulegen. Sagen Sie mir bitte, ob ich fortfahren darf.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Kollegin, Sie dürfen jetzt fortfahren. Normalerweise wird aber zunächst die Begründung vorgetragen, und dann eröffne ich die Aussprache. Wir nehmen jetzt zur Kenntnis, daß wir in der Aussprache sind, und dann haben Sie weiterhin das Wort.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Danke schön.

Wenn wir gemeinsam für den Erhalt der Festspiele eintreten, ist dies nur glaubwürdig, wenn wir gemeinsam sicherstellen, daß die **Rahmenbedingungen** ihren Bestand ermöglichen. Auch wenn die derzeitige Genehmigung für die **Tribüne** im Jahre 1998 ausläuft, besteht kein ernsthafter inhaltlicher Grund, diese nicht so lange zu verlängern, bis für einen Neubau ein tragfähiges Konzept einschließlich seiner Finanzierung vorliegt. Die 1975 gebaute Tribüne entsprach schon zum Zeitpunkt des Baus der Anlage der im Jahre 1971 verabschiedeten Versammlungsstättenverordnung nicht. Sie wurde gleichwohl genehmigt. Es gibt keinen Grund, jetzt anders zu entscheiden. Sowohl die Gründung der Tribüne als auch die Statik sind hervorragend. Daher ist die Verlängerung der

Genehmigung möglich, wenn sie politisch gewollt ist.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Ein möglicher Neubau muß eine wirtschaftlich vertretbare Fortführung der Festspiele gewährleisten. Wer weniger Plätze will, muß höhere Zuschüsse dauerhaft zusichern. Die Spiele sind in ihrem Charakter volksnah. Sie sind kein Ereignis für elitäre Zirkel. Das muß sich auch in der Preisgestaltung ausdrücken. Eine wirtschaftlich vertretbare Fortführung der Spiele ist nur am gegenwärtigen Standort möglich. Wer Änderungen will, muß durchführbare Finanzvorschläge vorlegen.

Bei den Problemen der vergangenen zwei Jahre wurden die Festspiele weitgehend alleingelassen. Es ist offensichtlich, daß der Schirm der Schirmherrin allzu viele Löcher hat.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Beethoven sagte nach der überaus erfolgreichen Uraufführung des „Freischütz“ in Berlin im Jahre 1821 über Weber:

„Das sonst so weiche Männel, ich hätt's ihm nimmermehr zugetraut. Nun muß der Weber Opern schreiben eine über die andere, ohne viel daran zu knorpeln.“

Ich meine, diese Opern sollten dann auch in Eutin aufgeführt werden. Wir sollten gemeinsam für den Erhalt der vor 45 Jahren zu Ehren von Carl Maria von Weber gegründeten Festspiele eintreten. Erst die **Sicherung ihres Bestandes** ermöglicht die zeitgemäße **Weiterentwicklung** dieser in Schleswig-Holstein einzigartigen fröhlichen Spiele.

Ich beantrage Überweisung an den Ausschuß.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Schröder das Wort. Ehe Frau Schröder hier ist, möchte ich auf der Tribüne auch den SPD-Ortsverein Lütjenburg herzlich begrüßen.

(Beifall)

Sabine Schröder [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir sind uns tatsächlich einig, daß die **Eutiner Sommerspiele** neben dem Schleswig-Holstein Musik Festival zu den großen Musikereignissen des Landes gehören.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie sind ein entscheidender Publikumsmagnet. 1951 wurden sie anlässlich des 125jährigen Todestages von Carl Maria von Weber gegründet. Träger ist eine GmbH, der etwa 80 Gesellschafter angehören, wie ich gelernt habe. Bei einem Gesamtetat von 2,5 Millionen DM betragen die Zuschüsse von Stadt, Kreis und Land lediglich 12,1 %. Es ist dem ehrenamtlichen Engagement, der Geschäftsführung und der hohen Auslastung von 99 % zu verdanken, daß sogar der Wegfall der Zonenrandförderung aufgefangen werden konnte. Damit habe ich persönlich nicht gerechnet. Mit 6 DM Zuschuß pro Besucher gehören die Sommerspiele zu den kostengünstigsten musikalischen Ereignissen im Bundesgebiet. Zum Vergleich: Die Frankfurter Oper wird mit 475 DM pro Besucher bezuschußt.

Nun hat die Bauaufsichtsbehörde des Kreises - nicht das Land - nach den unvermeidlichen Nachbesserungen die vorübergehende Nutzung des Freilichttheaters für drei Jahre genehmigt. Das wissen alle Beteiligten. Die Stadt Eutin arbeitet daher mit Hochdruck an einem Bebauungsplan und hat nach einer Ausschreibung für eine neue Konzeption drei studentische Entwürfe prämiert. Gleichzeitig wurde ein Parkpflegewerk erarbeitet, das jetzt vorliegt und überprüft wird. Soweit so gut. Im übrigen hat das Landesamt für **Denkmalpflege** dem ersten Preis am jetzigen Standort zugestimmt. Auch das sollte man wissen.

Es ist allerdings in diesem Sommer zu einem Konflikt mit einem Denkmalpfleger gekommen, der in einer Fachzeitschrift auf die historische Bedeutung des **Freimauergartens** hingewiesen und mit wirklich unglücklichen Formulierungen den jetzigen Standort in Frage gestellt hat. Inhaltlich muß meinerseits auch kritisiert werden, daß neue Erkenntnisse über den Garten rückwirkend den Sommerspielen zum Vorwurf gemacht wurden.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

Gefordert ist jetzt aber nicht das Schüren des Konfliktes zwischen Denkmalpflege und den Sommerspielen. Beides ist gleichermaßen Attraktion für Stadt, Kreis und Land. Vielmehr müssen jetzt auf Initiative der Stadt Vertreter des Kreises, die Stiftung Schloß Eutin, Naturschützer und der Landeskonservator eine Lösung finden, die allen berechtigten Interessen gerecht wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu gehören Kriterien wie Akustik, Anzahl der Sitzplätze, Fluchtwege, Zuschauerfreundlichkeit und auch die Kosten. Wir als Land überheben uns, wenn wir das entscheiden wollen. Wenn die CDU-Abgeordnete Todsén von Steuergeldverschwendung für eine Neugestaltung des Freilichttheaters spricht, mißachtet sie die Auflagen des Kreises. Das belegen auch Berichte über die Gesellschafterversammlung der Eutiner Sommerspiele. Ich zitiere die „Lübecker Nachrichten“ vom 23. Oktober 1996:

„In seinem Beitrag zur Lage ließ Henneberg“

der Architekt

„- keinen Zweifel daran aufkommen, daß die derzeitige Tribüne nicht über die als Limit gesetzte Spielzeit 1998 hinaus genehmigungsfähig sei... Dazu sei es unerlässlich, die vorhandenen Gebäude aufzugeben und in zumutbarer Entfernung für Ersatz auf anspruchsvollem Niveau zu sorgen.“

Die Anträge von CDU und F.D.P. verkennen die kommunale Zuständigkeit.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Weder die Regierung noch der Landtag haben das Recht, hier in **kommunale Belange** hineinzuregieren. Sie verteidigen doch immer die kommunale Eigenständigkeit!

Herr Dr. Klug, es ist nicht das Land, das den Sommerspielen finanzielle Lasten aufbürdet. Die Eutiner Sommerspiele sind viel zu wichtig, als daß sie Spielwiese für parteipolitische Profilierung sein dürfen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Herlich Marie Todsén [CDU])

Ruhe, Konsens und positive Meldungen helfen der zukunftsorientierten Weiterentwicklung der Sommerspiele.

Der historische Freimauergarten, das Schloß, die bedeutsame Eutiner Landesbibliothek und die Sommerspiele sind ein Konzert, das keine Dissonanzen verträgt. Die Rosenstadt, Johann Heinrich Voß, Carl Maria von Weber, Tischbein sind zusätzliche Pfunde, mit denen die Stadt über die Landesgrenzen hinaus wuchern kann.

Obwohl ich davon ausgehe, daß eine Lösung am jetzigen Standorte gefunden wird, überhebt sich der Landtag, durch Vorgaben Entscheidungen vor Ort aufzudrücken. Ich habe Vertrauen in die Kompetenz der Vertreterinnen und Vertreter von Kreis, Stadt, Sommerspielen und Denkmalpflege und des Naturschutzes. Sie sollten allerdings schnellstens zu einer Entscheidung kommen, da eine kontroverse Diskussion der verbenden Ausstrahlung der Sommerspiele nur schaden kann.

Der SPD-Antrag berücksichtigt die Zuständigkeiten und zielt auf einen Konsens vor Ort, den wir nicht stören sollten. Wenn es aber der Sache dient, bin ich bereit, alle drei Anträge im Ausschuß zu behandeln, und stimme zu, daß wir uns dort über den neusten Sachstand informieren lassen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Todsén.

Herlich Marie Todsén [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Schröder, allein Ihre Einlassungen geben genug Stoff, hier einiges geradezurücken. Zunächst

möchte ich jedoch kritisch und bedauernd anmerken, daß die Schirmherrin der **Eutiner Sommerspiele**, die heute über lange Strecken anwesend war, nun leider nicht mehr im Saal ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir alle haben den Termin seit langem gekannt, und auch wir mußten uns darauf einstellen. Bei allem Verständnis für andere Termine: Die Anwesenheit der Schirmherrin wäre angemessen gewesen.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

- Der Oppositionsführer ist nicht der Schirmherr. Das war ein Schuß in den Ofen, Herr Astrup.

(Holger Astrup [SPD]: Wird er auch nie werden!)

- Das werden wir ja sehen. Er hat jedenfalls bei den Sommerspielen im letzten Jahr ganz klare Äußerungen zum Erhalt der Eutiner Sommerspiele am jetzigen **Standort** gemacht.

Liebe Frau Schröder, in vielem stimmen wir inhaltlich, fachlich überein, auch mit Frau Happach-Kasan. Aber in dem wesentlichen Punkt - und das war der Grund für mich, einen Änderungsantrag zu stellen - „Erhalt am jetzigen Standort“ stimmen wir offensichtlich nicht überein, denn dieser Punkt kommt nicht in Ihrem Antrag vor, auch eben haben Sie wieder von einer Lösung in Nähe des jetzigen Standortes gesprochen. Das haben Sie hier ausdrücklich so formuliert.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das ist für mich einer der entscheidenden Knackpunkte in der Auseinandersetzung.

Ein weiteres: Wir Ostholsteiner Landtagsabgeordnete haben das Thema bisher sehr wohl gemeinsam bearbeitet. Das wissen Sie ganz genau.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Ich persönlich - die Eutiner Sommerspiele liegen in meinem Wahlkreis - habe bisher auf jede parteipolitische Auseinandersetzung zugunsten der

Eutiner Sommerspiele verzichtet. Zum ersten Mal habe ich mich öffentlich dazu geäußert nach Ihrer Darstellung in der letzten Sitzung des Bildungsausschusses, nachdem Sie schon damals draußen eine schiefe Darstellung gebracht haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

In Ihrem Antrag reden Sie von 50 Jahren Eutiner Sommerspiele, obwohl sie 45 Jahre alt sind. Damals haben Sie auch die Schieflage nicht bemerkt, daß nicht der Leiter des Landesamtes für Denkmalpflege anwesend war, sondern der Leiter aus dem Ministerium. Genauso kommen auch heute wieder Schieflagen in die Diskussion, indem Sie mir vorwerfen, ich hätte die Neugestaltung und Umgestaltung im Bereich der Eutiner Sommerspiele als Steuergeldverschwendung bezeichnet. Gucken Sie bitte einmal genau hin, was ich gesagt habe! Ich stehe zu meiner Aussage: Aufgrund des Druckes berechtigter Forderungen um die Sicherheit der **Tribüne**, aufgrund planungs- und baurechtlicher Vorschriften ist Geld ausgegeben worden - und zwar 350 000 DM für die Abgänge und 225 000 DM als Einnahmeverlust, weil 200 Sitzplätze weggenommen werden mußten, um einen Sicherheitsgang zu schaffen, zusammen also 575 000 DM, mehr als eine halbe Million DM. Wenn ich dann weiß, daß die Genehmigung, die gleichzeitig mit diesen Auflagen verknüpft gemacht worden ist, für drei Jahre, nämlich 1996, 1997 und 1998, erteilt worden ist und die Tribüne dann abgerissen werden muß, ist das aus meiner Sicht Steuergeldverschwendung.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich bleibe dabei, daß das Steuergeldverschwendung ist. - Dabei würde wohl auch der eine oder andere Kollege von Ihnen gern klatschen. - Und das in der jetzigen Lage! Wir haben doch heute den ganzen Tag über den Haushalt debattiert, die finanziellen Sorgen und Nöte! Da frage ich mich, ob wir wirklich keine anderen Probleme in diesem Lande haben, als seit zwei Jahren über die Zukunft der Eutiner Sommerspiele und deren Standort zu diskutieren,

(Beifall der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

ihn in Frage zu stellen, obwohl weiteres Geld in erheblichem Umfang ausgegeben worden ist, um die Statik der Tribüne zu überprüfen. Das ist von dem zuständigen Amt in Lübeck gemacht worden. Die Tribüne ist sicher. Dafür hat es ein Zertifikat gegeben, also eine amtliche Kontrolle. Im gleichen Moment, in dem Genehmigungen mit hohen Kosten, mit ihren Sicherheitsauflagen erfüllt werden, in dem von amtlicher Stelle festgestellt worden ist, daß die Statik in Ordnung ist und viel Geld fließt, denkt man darüber nach, die Tribüne nach drei Jahren abzureißen.

Ich sage und behaupte: ohne Not. Zum gleichen Zeitpunkt geht auch die Diskussion um die Verlagerung der Sommerspiele los.

Sie haben sich sicher genauso wie ich die Modelle angeschaut. Dazu kann ich nur sagen: Der jetzige **Standort** ist nicht zufällig ausgesucht worden. Ein wesentlicher Faktor, nämlich die Akustik, wird an diesem Standort von allen als hervorragend bezeichnet. Sie wurde von Fachleuten geprüft, zum Beispiel von einem Professor Marron, Akustiker. Ohne Not, sage ich wieder, geht man her und diskutiert über andere Standorte, wo über die Akustik nie gesprochen worden ist. Dies alles halte ich für unverantwortlich.

Der Standort außerhalb des Schloßparks greift in die Natur, in den Uferbereich ein, wie es schlimmer gar nicht sein kann. Das wird plötzlich dabei gar nicht bedacht. Erweiterungen an der jetzigen Tribüne sind in dem Modell, das ernsthaft diskutiert und prämiert worden ist, verbunden mit Stegen hinten in der Bucht, auf dem Wasser, und das in einer Zeit, wo gerade von ihrer Seite, liebe Kollegen aus der SPD, über die Stegproblematik in höchstem Maße diskutiert wird.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, darf ich Sie auf die Redezeit hinweisen. Kommen Sie bitte zum Schluß. Formulieren Sie bitte Ihren letzten Satz.

Herlich Marie Todsén [CDU]:

Ich komme sofort zum Schluß.

Dies alles zusammengekommen hat mich dazu veranlaßt, meinen Änderungsantrag einzubringen, um von Ihnen heute eigentlich die Zustimmung zu bekommen, ein klares Votum für den jetzigen Standort, weil die Sommerspiele und die Stadt Eutin Planungssicherheit brauchen. Wenn man einen B-Plan aufstellt, um ein Wohngebiet zu schaffen, dann läßt man sich auch erst einmal die große Rahmenbedingung vorgeben, daß Wohnen erlaubt ist, bevor man in die Kosten einsteigt. Diese Sicherheit haben die Eutiner Sommerspiele, hat die Stadt Eutin bis heute nicht.

Ich hätte es sehr begrüßt, wenn heute das Haus geschlossen über alle Parteigrenzen hinweg diesem Antrag zugestimmt und ihn mitgetragen hätte, damit die Kollegen vor Ort endlich arbeiten können. Da der Dreh- und Angelpunkt das **Landesamt für Denkmalpflege** ist, sind wir hier im Landtag - das sage ich ganz deutlich - sehr wohl aufgerufen, dazu der Landesregierung ein Votum dieses Hauses mit auf den Weg zu geben. Ich finde es schade, daß Sie heute dazu nicht bereit sind.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Kommen Sie jetzt bitte zum Schluß.

Herlich Marie Todsén [CDU]:

Aber letzten Endes, um die Diskussion nicht völlig abzublocken, stimme ich einer Ausschußüberweisung zu.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Als ich in den Landtag nachgerückt bin, ahnte ich nicht, daß Sie mir hier die Möglichkeit geben, zu bekennen: Ich liebe die **Eutiner Sommerspiele**. Ich bin eine begeisterte Zuhörerin dieser Spiele. Aber ich bin deshalb so erstaunt, dies hier freimütig äußern zu können, weil ich bisher davon ausging, daß die Eutiner Sommerspiele in kommunaler Verantwortung liegen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das Landesamt für Denkmalpflege ist eine Landesbehörde, Frau Kollegin!)

- Das weiß ich wohl.

Auch wenn die Opposition natürlich jede Möglichkeit nutzt, hier Anträge zu stellen, werden wir damit fertig. Wenn wir allerdings diesen Stil beibehalten und dann auch noch darüber diskutieren, was denn in Segeberg mit den Karl-May-Spielen ist und dem Fledermausschutz - ich könnte Ihnen noch mehrere Beispiele nennen -, dann allerdings ersparen wir uns die Diätendiskussion, denn dann tagen wir so oft, daß sich die 40 DM locker summieren.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Also das ist jetzt dümmer, als die Polizei erlaubt, Frau Kollegin!)

Es gibt vier unterschiedliche Belange, die in Eutin gleichwertig miteinander diskutiert werden müssen: Das ist die kulturhistorische Bedeutung - unumstritten -, das sind die Sicherheitsauflagen, das sind die Belange des Naturschutzes, und das ist natürlich das Interesse der GmbH, die Sommerspiele so attraktiv zu erhalten, wie sie jetzt sind. Ich kann mir schwer vorstellen, daß diese Attraktivität an einem anderen Standort genauso vorhanden ist.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

Aber unser Antrag sagt ja in aller Deutlichkeit, daß wir den Kommunen nicht vorgreifen wollen. Frau Todsén, Sie stellen die Diskussion auf den Kopf, wenn Sie hier sagen, daß die Planungssicherheit des Landes die Voraussetzung dafür ist, daß sich Kreis und Stadt dort einigen. Das ist nicht der Stand der Diskussion, sondern Sie wollen, weil vor Ort bisher die Einigung nicht gelungen ist, weil es erst diesen Runden Tisch gibt, jetzt von Landesseite etwas puschen. Damit verkennen Sie die reale Situation.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Entschuldigung, Frau Abgeordnete. - Ich darf noch einmal um etwas mehr Ruhe und Aufmerksamkeit bitten. - Sie haben das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Der Runde Tisch ist jetzt in Schleswig-Holstein schon eingerichtet, wenn ich richtig informiert bin; er ist zumindest angekündigt. Der Bebauungsplan der Stadt muß jetzt vor Ort politisch entschieden werden. Damit sind die erforderlichen kommunalen Schritte eingeleitet.

Wir sind damit einverstanden, jetzt das Ganze im Ausschuß zu beraten. Wir hätten auch unserem Antrag hier heute zustimmen können, aber eine Beratung im Ausschuß hat wahrscheinlich den Vorteil, daß die vier Belange, die ich nannte, dort noch einmal vorgestellt werden, auch sachlich vorgestellt werden, daß dort noch einmal diskutiert werden kann, wie der Stand vor Ort ist, und dann eine Meinungsbildung stattfindet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort erhält Frau Ministerin Böhrk.

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Meine Vorrednerin und Frau Schröder haben das Wesentliche gesagt. Zwei Bemerkungen von mir noch dazu:

Wir sind uns einig, daß wir die **Eutiner Sommerspiele** erhalten wollen.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

Wir sind uns zweitens hoffentlich auch einig, daß Herr des Verfahrens nicht das Land, nicht die Landesregierung, nicht die Bildungsministerin, nicht das Landesamt für Denkmalpflege ist,

(Holger Astrup [SPD]: Auch nicht Frau Todsen!)

auch nicht Frau Todsen, sondern daß wir in einem Bebauungsplanverfahren sind,

(Herlich Marie Todsen [CDU]: Das weiß ich doch alles!)

wo die Träger öffentlicher Belange angehört werden, wo einer der Träger der öffentlichen Belange die **Denkmalschutzbehörde** ist, und daß wir dabei sind und die **Stadt** dabei ist, eine Lösung zu finden, daß all diejenigen, die laut Gesetz dazu etwas zu sagen haben, möglichst in einen konsensualen Prozeß einbezogen werden. Das ist auch gut.

Wogegen ich mich wehre, weil es von der Sache nicht gerechtfertigt ist, ist, daß das Landesamt für Denkmalpflege hier zum Buhmann gemacht wird,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

als sei das Landesamt für Denkmalpflege diejenige Behörde, die einer konsensualen Lösung im Wege stünde. Dies ist nicht der Fall. Es hat sich vielleicht auch so angeboten, weil ein Denkmalschützer in seiner privaten Zeit seine persönliche Auffassung kundgetan hat. Das hat aber mit dem förmlichen Verfahren nichts zu tun.

Ich habe nichts dagegen, daß dieser Antrag im Ausschuß behandelt wird. Ich möchte nur deutlich machen, daß die Landesregierung und auch ich selbst gern dazu bereit sind, zu einem konsensualen Prozeß beizutragen, in jedem Fall moderierende Funktion zu übernehmen, daß wir aber nicht dazu bereit sind nach dem Motto: Wenn Probleme vor Ort schwierig sind, dann wird nach der Obrigkeit gerufen, und dann sagt die Obrigkeit der Kommune, was sie zu tun hat. Das ist nicht meine Auffassung von kommunaler Demokratie.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist nicht meine Auffassung, daß man aus Gesetzen und Planungsvorhaben ein- und aussteigen kann, wie es einem gerade beliebt.

Noch einmal: Wir sind in einem **Bebauungsplanverfahren**, das jede mögliche Beschleunigung von uns erfahren wird. Was wir dazu beitragen können, wollen wir als Behörde gern

tun, aber die Verantwortlichkeiten sind ganz eindeutig geklärt. Wenn diese Verfahrensstände im Ausschuß noch einmal dargelegt werden können, soll es mir recht sein, weil es ja darum geht, das gemeinsame Ziel zu sichern, nämlich die Erhaltung der Eutiner Sommerspiele als etwas, was für die Stadt, für den Kreis und für das Land Schleswig-Holstein insgesamt gut ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Mir liegen noch drei Wortmeldungen für Redebeiträge nach § 56 Abs. 4 vor. Ich weise nur darauf hin, daß sich die Fraktionen darauf geeinigt haben, im Anschluß hieran noch ohne Aussprache die Tagesordnungspunkte 5 und 4 abzuhandeln.

Zunächst erteile ich das Wort der Frau Abgeordneten Todsen.

Herlich Marie Todsen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will es kurz machen, aber zwei Dinge sind mir zur Klarstellung ganz wichtig.

Frau Ministerin, Sie können natürlich davon ausgehen, daß mir diese Abläufe durchaus bekannt sind. Aber nichtsdestoweniger geht es hier auch um eine **politische Entscheidung**. Hier geht es überhaupt nicht darum - wenn Sie den Antrag genau anschauen, dann sehen Sie das auch -, der Kommune irgend etwas zu diktieren. Wir haben in unserem Antrag formuliert: Wir bitten, daß die Landesregierung darauf hinwirkt, daß bei der Wahrnehmung der Aufgaben der oberen und obersten Denkmalpflegebehörde die Sicherung des jetzigen Standorts der Eutiner Sommerspiele im Vordergrund steht.

Das ist Inhalt des Antrags. Das hat überhaupt nichts mit „Befehlen“ oder ähnlichem in Richtung auf die Kommune zu tun. Ich sage Ihnen auch, warum das so ist. Das **Landesamt für Denkmalpflege** spielt sehr wohl - das habe ich vorhin schon einmal gesagt - eine entscheidende Rolle. Dabei geht es auch nicht darum, daß man einen Buhmann daraus macht. Wenn man sich die Stellungnahmen des Landesamtes für Denkmalpflege zu dem ersten Entwurf des B-Plans ansieht, der daraufhin ja

immerhin gekippt worden ist und zu einer Verlängerung des Verfahrens geführt hat, dann stellt man fest, daß dies alles kein Pappenstiel ist.

Jetzt möchte ich noch einmal auf den Hinweis auf den Mitarbeiter zurückkommen, der hier privat etwas gesagt habe. Ich habe dies vorhin bewußt nicht erwähnt. Ich habe auf dieses Thema - wie Sie vielleicht gemerkt haben - verzichtet. Wenn Sie diese Äußerung hier aber ausdrücklich als private Meinung hinstellen, dann sage ich Ihnen auch dazu meine persönliche Auffassung. Wenn ein Beamter des Landes Schleswig-Holstein in einer offiziellen Broschüre der Behörde etwas zu einem Thema äußert, mit dem er dienstlich befaßt ist, dann habe ich zumindest ein Problem damit anzunehmen, daß dies eine private Meinung sei.

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß nicht, ob dies mit dem Beamtenrecht so einfach in Übereinstimmung zu bringen ist.

Angeichts dieser Signale, die geeignet sind, den Bestand des jetzigen Standorts zu unterminieren - wir haben das doch auch heute wieder gemerkt -, bitte ich um Verständnis, wenn wir alle - auch die Bürgerinnen und Bürger sowie die Verantwortlichen vor Ort - weiterhin die Sorge haben, daß an dem jetzigen **Standort** gerüttelt wird. Wir halten diesen Standort eben unter fachlichen und unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten für entscheidend; deshalb muß er nach unserer Ansicht auch in Zukunft erhalten bleiben.

Ich bitte um Nachsicht, aber aus meiner Sicht waren diese Klarstellungen doch erforderlich.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag erhält Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es geht mir um eine Klarstellung. Man sollte gerade in diesem Hause diese Anmerkung auch machen.

Ein Thema im Landtag diskutieren zu wollen, heißt nicht, es in parteipolitische Diskussionen zu zerren.

Dieses Parlament ist das Haus, das sich über landespolitisch interessante Frage zu unterhalten und darüber zu diskutieren hat.

(Holger Astrup [SPD]: Aber nicht endlos!)

Auch wenn das **Planungsrecht** bei der **Kommune** liegt, müssen wir schlicht feststellen: Die 50 000 Besucher jedes Jahr kommen ja nicht alle aus Eutin, sondern auch aus anderen Regionen. Die Ministerpräsidentin selbst hat die überregionale Bedeutung dieser Spiele festgestellt.

Frau Ministerin, ich wehre mich ein wenig gegen die Behauptung, daß ich den Denkmalpfleger zum Buhmann gemacht hätte. Es gibt eigentlich auch keine Äußerung von mir zu irgendeiner denkmalpolitischen Frage, die es nahelegen würde, daß ich in der **Denkmalpflege** an irgendeiner Stelle einen Buhmann sehe. Ich sehe vielmehr darin eine Fachbehörde, die aus fachlicher Sicht eine Frage entscheidet. Dies ist nicht zu kritisieren. Die Behörde entscheidet dies aus fachlicher Sicht, und wir wollen auch, daß unsere Fachbehörden ihre Entscheidungen aus fachlicher Sicht treffen.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Das ist der Punkt!)

Es kommt aber trotzdem vor - dies geschieht durchaus häufiger -, daß der fachlichen Sicht der Denkmalbehörde die fachliche Sicht einer anderen Behörde, etwa das Interesse einer Kommune, entgegensteht. In diesen Fällen geht es darum, eine politische Entscheidung zu treffen. Dann ist eben festzulegen, wer letztlich entscheidet. Ich bitte nur um diese politische Entscheidung, die durch die Landesregierung gefällt werden sollte.

Ich habe es erlebt, daß im Falle der Wentorfer Kasernen die Landesregierung durchaus in der Lage war, politisch zu entscheiden.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Sehr richtig! - Beifall bei der F.D.P.)

Warum sollte sie es nicht auch hier tun können? Nach den Äußerungen der Ministerin gehe ich ohnehin davon aus, daß sie sich für die Spiele entscheiden wird.

(Angelika Volquartz [CDU]: Am jetzigen Standort hoffentlich!)

Frau Fröhlich, Sie müssen bitte auch zur Kenntnis nehmen - ich bin froh, daß Frau Heinold in dem Sinne gesprochen hat, wie sie es tatsächlich getan hat -: Wir müssen auch das **wirtschaftliche Argument** berücksichtigen; nur mit der jetzigen Preisgestaltung und am jetzigen Standort wird dies machbar sein, es sei denn, Sie haben einen Millionär an der Hand, der mal eben 20 Millionen DM zuschießt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Den sehe ich aber nicht. Wenn Sie so einen Menschen an der Hand haben, können wir über etwas anderes reden, aber ich sehe einen solchen Millionär nicht. Insofern müssen wir uns eben auf diesen Standort beziehen.

Ich bin froh, daß SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gesagt haben, sie wollten einen tragfähigen Kompromiß erreichen. Ein „tragfähiger Kompromiß“ bedeutet, daß beide Seiten ihre gegenseitigen Standpunkte anerkennen. Es bedeutet natürlich aber auch, daß der Denkmalpflege sozusagen „politisch“ gesagt werden muß: Sie haben recht mit Ihrer Forderung, den Park am liebsten pur zu erhalten, aber wir als Landesregierung sind der Meinung, daß diese Spiele aus übergeordnetem Interesse an diesem Standort erhalten bleiben sollen; deswegen muß die Denkmalpflege in diesem Punkte zurücktreten. Ich meine, daß wir darüber im Ausschuß noch einmal diskutieren sollten.

(Holger Astrup [SPD]: Können wir uns noch mit ein paar wichtigeren Dingen heute beschäftigen?)

- Ich finde, das ist durchaus ein wichtiges Thema. Mir ist es ein Anliegen; wenn es dir keines ist, tut es mir leid. Du mußt einfach einmal hinfahren, dann wirst du merken, daß es sich lohnt, die Spiele zu besuchen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat zu einem Kurzbeitrag Herr Abgeordneter Dr. Rossmann.

Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Drei Sätze!

Dieser Landtag sollte sich davor hüten,
Fachbehörde sein oder am B-Plan beteiligt sein zu
wollen.

(Beifall bei der SPD)

Das war der erste Satz.

Zweiter Satz: Dieser Landtag soll gern ausdrücken
- das hat die Kollegin Heinold getan wie andere
auch -, was wir uns aus einer politischen Sicht
heraus vorstellen können und was wir uns nicht
vorstellen können. Wenn Sie das Wort der SPD-
Fraktion dazu haben wollen, dann sage ich: Wir
können uns auch eine Entwicklung der **Eutiner
Festspiele** im Schloßgarten besser vorstellen als
alles andere.

Drittens: In dem, was wir hier beschließen, müssen
wir unser Maß finden. Was von der CDU und der
F.D.P. als Beschlußvorlage vorliegt, findet dieses
Maß nicht, das diesem Landtag zukommt.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden alles daransetzen müssen, im Ausschuß
ein entsprechendes Maß zu finden, das dann auch
dem politischen Charakter, den wir an dieser Stelle
wahren sollten, gerecht wird.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich
schließe damit die Beratung. Es ist beantragt
worden, den Antrag mit den Änderungsanträgen
dem Bildungsausschuß zu überweisen. Wer dem
zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.
- Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung
des Herrn Abgeordneten Hay ist dies so
beschlossen.

(Unruhe)

Wir kommen jetzt zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/307

Ich darf noch um etwas Ruhe bitten. Die Fraktionen
haben sich darauf geeinigt, diesen Punkt 5 der
Tagesordnung ohne Aussprache zu behandeln.

Zur Begründung erteile ich Herrn Minister
Dr. Wienholtz das Wort.

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich
darf den Gesetzentwurf der Landesregierung für ein
Gesetz zur **Änderung des Gesetzes über Sonn-
und Feiertage**, Drucksache 14/307, in die
Beratungen dieses Hohen Hauses einführen. Es ist
die Erwartung geäußert worden, daß ich mich mit
meiner Redezeit unter einer halben Stunde halte;

(Heiterkeit)

ich werde mich bemühen, diesem Wunsch im
Interesse aller gerecht zu werden.

Am 23. Mai dieses Jahres beschloß der Landtag,
den Bußtag als geschützten Feiertag in seiner
kulturellen, sozialen und kirchlichen Bedeutung zu
erhalten. Die Landesregierung wurde aufgefordert,
einen Entwurf zur Änderung des Gesetzes über
Sonn- und Feiertage vorzulegen, der den
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine
unbezahlte Freistellung für den gesamten Tag
ermöglicht. Mit dem vorliegenden Entwurf kommt
die Landesregierung diesem Auftrag nach.

Unabhängig vom religiösen Bekenntnis und der
Mitgliedschaft in Religionsgemeinschaften werden
Beschäftigte und Auszubildende am Bußtag auf
Antrag unbezahlt freigestellt, soweit betriebliche
Notwendigkeiten nicht entgegenstehen. Der
Anspruch auf Freistellung wird nicht an die
Mitgliedschaft in einer bestimmten
Religionsgemeinschaft geknüpft, um allen
Menschen in Schleswig-Holstein Gelegenheit zu
geben, den Bußtag auf ihre Weise zu begehen. Um
eine gemeinsame Tagesgestaltung der Familien zu
ermöglichen, werden auch Schülerinnen und

Schüler am Bußtag auf Antrag vom Unterricht freigestellt.

Ausstellung des schleswig-holsteinischen Kunsthandwerks eröffnet worden ist.

In der Öffentlichkeit und in der Anhörung der Verbände - auch der kommunalen Landesverbände und der Kirchen - stieß der Gesetzentwurf auf unterschiedliche, vielfach auch kritische Resonanz. Ich bin dem Landtag sehr dankbar, daß er es ermöglicht, daß wir morgen im Ausschuß darüber im einzelnen werden beraten können und dann am Freitag die zweite Lesung durchführen werden. Damit werden wir jenen die Chance eröffnen, die noch zum Bußtag in diesem Jahr - am 20. November - von den Möglichkeiten des Gesetzes Gebrauch machen wollen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 18.20 Uhr

Ich bedanke mich für Ihre Geduld.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich bitte um ein Handzeichen, wer für die Überweisung des Gesetzentwurfs an den Innen- und Rechtsausschuß stimmen will. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Die Überweisung ist damit einstimmig beschlossen.

Ich rufe jetzt noch Punkt 4 der Tagesordnung auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Dritten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Dritter Rundfunkänderungsstaatsvertrag) und zur Verbesserung des Rundfunkgebühreneinzugs

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/284

Auch in diesem Fall ist eine Aussprache nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf ebenfalls dem Innen- und Rechtsausschuß zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Die Überweisung ist einstimmig beschlossen.

Ich schließe damit die heutige Sitzung. Die Tagung wird morgen um 10.00 Uhr mit der Behandlung des Punktes 7 der Tagesordnung fortgesetzt.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend und weise darauf hin, daß im Schleswig-Holstein-Saal die